

Monatsbericht des BMF November 2013





Monatsbericht des BMF November 2013

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	6
Analysen und Berichte	7
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013	7
Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen fiskalpolitischer Impulse	15
IWF-Jahrestagung und Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure	23
Stand der SEPA-Umstellung in Deutschland	
Jahrestagung der OECD zu "Performance and Results"	35
Neuausrichtung der Bundesfinanzakademie	37
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	44
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	44
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2013	51
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2013	54
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2013	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	60
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	65
Termine, Publikationen	67
Statistiken und Dokumentationen	71
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential und Konjunkturkomponenten	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bund, Länder und Gemeinden können in den nächsten Jahren weiter mit kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen rechnen.
Dies ist das Ergebnis der 143. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen", die vom 5. bis 7. November in Bremerhaven stattgefunden hat. Für das laufende Jahr 2013 werden nunmehr Steuereinnahmen in Höhe von rund 620 Mrd. € erwartet, die voraussichtlich auf über 730 Mrd. € im Jahr 2018 ansteigen werden. Dieses Ergebnis unterstreicht die Richtigkeit einer Finanz- und Wirtschaftspolitik, die auf nachhaltige Konsolidierung und Stärkung der Wachstumskräfte ausgerichtet ist.

Die Erwartungen zum Steueraufkommen spiegeln vor allem die guten binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wider. Beschäftigungsaufbau und Lohnzuwächse führen zu steigenden Lohnsteuereinnahmen, und zunehmende Unternehmens- und Vermögenseinkommen erhöhen das Aufkommen aus den gewinnabhängigen Steuern. Auch die Entwicklung der Steuern vom Umsatz ist weiterhin aufwärtsgerichtet, denn die Inlandsnachfrage bleibt voraussichtlich robust. Sie ist unverändert die treibende Kraft der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in Deutschland. Zu diesem Befund kommt auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



in seinem Mitte dieses Monats vorgelegten Jahresgutachten 2013/14.

Gegenüber dem Ergebnis der vorangegangenen Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres haben sich für den Bund für die nächsten Jahre keine gravierenden Abweichungen ergeben. Somit steht die Haushaltsplanungdes Bundes auf einem soliden Fundament. Ein nachhaltig ausgeglichener Bundeshaushalt bleibt in greifbarer Nähe. Allerdings zeigt das Ergebnis der Steuerschätzung auch: Die finanzpolitischen Spielräume sind begrenzt. Zusätzliche Einnahmen für umfangreiche Ausgabenprogramme haben sich hierdurch nicht ergeben.

P. 201-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands steht im Zeichen einer konjunkturellen Expansion. In den Sommermonaten hat sich die Erholung mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal fortgesetzt. Positive Impulse kamen ausschließlich aus dem Inland.
- Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) überschritt nach Ursprungswerten im September erstmals die Schwelle von 42 Millionen Personen. Die Zunahme der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit schwächte sich am aktuellen Rand ab.
- Der Verbraucherpreisindex für Deutschland stieg im Oktober um 1,2% gegenüber dem Vorjahr an. Damit verlangsamte sich der Preisniveauanstieg – vor allem aufgrund einer Verbilligung von Mineralölprodukten – den dritten Monat in Folge.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Oktober 2013 im Vorjahresvergleich um 3,7% gestiegen. Dieses Ergebnis ist vorrangig auf den Zuwachs im Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern und der Ländersteuern zurückzuführen. Die gemeinschaftlichen Steuern überschritten das Vorjahresniveau insgesamt um 4,8%.
- Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Oktober auf 260,7 Mrd. € und stiegen somit um 2,6 Mrd. € (+1,0 %) gegenüber dem Vorjahr. Die Einnahmen des Bundes stiegen im selben Zeitraum um 3,2 Mrd. € (+1,4 %) auf 223,8 Mrd. € gegenüber dem Wert des Vorjahreszeitraums. Eine verlässliche Prognose zu einzelnen Positionen des Bundeshaushalts beziehungsweise zur Entwicklung des Finanzierungssaldos lässt sich derzeit nicht ableiten, da noch die Ergebnisse der volatilen Monate November und Dezember abzuwarten sind.
- Bei der Ländergesamtheit setzt sich die positive Entwicklung in den Haushalten auch bis Ende September weiter fort. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt fällt mit 0,8 Mrd. € um knapp 3,4 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Oktober 1,81%, während diese Ende September noch bei 1,93 % lag.

Europa

- Die Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe trafen sich am 14. Oktober 2013 in Luxemburg.
 Im Vordergrund der Gespräche standen die Lage in den Programmländern Irland, Portugal,
 Griechenland und Spanien sowie Aspekte der Bankenunion.
- Schwerpunkte des ECOFIN-Rates am 15. Oktober 2013 waren die Bankenunion, die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 24. und 25. Oktober 2013 und ein Gedankenaustausch zum Europäischen Semester.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013

- Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" erwartet für den gesamten Vorausschätzungszeitraum 2013 bis 2018 für Bund, Länder und Gemeinden eine kontinuierliche Zunahme des Steueraufkommens.
- Gegenüber dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2013 ist für den Gesamtstaat im Jahr 2013 mit einem größeren Mehraufkommen zu rechnen, in den folgenden Jahren bis 2018 sind die erwarteten Mehreinnahmen jedoch verhältnismäßig gering.
- Für den Bund entsprechen die Einnahmeerwartungen weitgehend denjenigen der Steuerschätzung vom Mai.
- Bund, Länder und Gemeinden verfügen damit auch in den nächsten Jahren über eine solide Einnahmebasis. Die finanzpolitischen Spielräume bleiben allerdings begrenzt.

1	Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen	6
	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	8
3.1	Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum	8
3.2	Vergleich mit der letzten Schätzung vom Mai 2013	.10
4	Finanzpolitische Schlussfolgerungen	.13

Vom 5. bis 7. November 2013 fand in Bremerhaven auf Einladung der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, Karoline Linnert, die 143. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2013 bis 2018.

1 Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen

Die Schätzung geht vom geltenden Steuerrecht aus. Gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2013 waren die finanziellen Auswirkungen der folgenden Gesetze zu berücksichtigen:

Gesetz zur Umsetzung der
Amtshilferichtlinie sowie zur
Änderung steuerlicher Vorschriften
(Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz –
AmtshilfeRLUmsG) vom 26. Juni 2013

- Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 7. Mai 2013 vom 15. Juli 2013
- Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Bundeshaushaltsordnung vom 15. Juli 2013;
 Verringerung der Beträge gemäß
 § 1 S. 5 Finanzausgleichsgesetz
 (FAG) für die Jahre 2014 und 2015 ff.;
 Verringerung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich
 von Sonderlasten durch die strukturelle
 Arbeitslosigkeit (§ 11 Abs. 3a FAG) ab dem
 Jahr 2014
- Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Aufbauhilfe" und zur Änderung weiterer Gesetze (Aufbauhilfegesetz) vom 15. Juli 2013: Erhöhung der Beträge nach § 1 S. 5 FAG für die Jahre 2014 bis 2019

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013

- Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags vom 15. Juli 2013; Artikel 5: Schaffung von § 12a FAG für die Ausgleichsjahre 2011 und 2012; geringfügige Auswirkung auf Höhe der Bundesergänzungszuweisungen
- Zweite Verordnung zur Änderung der Energiesteuer- und der Stromsteuer-Durchführungsverordnung vom 24. Juli 2013

2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Der Steuerschätzung liegen die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion der Bundesregierung zugrunde. Die Bundesregierung erwartet danach für dieses Jahr ebenso wie in der Frühjahrsprojektion einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um real 0,5 %. Für das Jahr 2014 wurde die

Annahme geringfügig um 0,1 Prozentpunkt auf + 1,7 % angehoben. Im Zeitraum 2015 bis 2017 wird unverändert ein Anstieg um real 1,4 % pro Jahr erwartet, welcher auch in das Jahr 2018 fortgeschrieben wurde. Im Schätzzeitraum 2013 bis 2018 werden für das nominale Bruttoinlandsprodukt Veränderungsraten von 2,6 % (2013), 3,3 % (2014) und jeweils 3,0 % für die restlichen Schätzjahre 2015 bis 2018 prognostiziert.

Die für die Steuerschätzung besonders relevanten Erwartungen zu den Bruttolöhnen und -gehältern wurden im Rahmen der Herbstprojektion nur wenig verändert. Gegenüber der Frühjahrsprojektion wird für das Jahr 2013 von einer um 0,2 Prozentpunkte niedrigeren Zunahme der Lohnsumme (+ 3,1%) ausgegangen, während der Anstieg in den weiteren Schätzjahren jeweils um 0,1 Prozentpunkte höher ausfällt. Bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" für die Steuerschätzungen Mai 2013 und November 2013

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	20)13	20)14	2	2015
	Steuer- schätzung Mai 2013	Steuer- schätzung November 2013	Steuer- schätzung Mai 2013	Steuer- schätzung November 2013	Steuer- schätzung Mai 2013	Steuer- schätzung November 2013
BIP nominal	+2,2	+2,6	+3,3	+3,3	+3,0	+3,0
BIP real	+0,5	+0,5	+1,6	+1,7	+1,4	+1,4
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+3,3	+3,1	+3,1	+3,2	+2,7	+2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+1,5	+3,0	+5,2	+5,0	+3,7	+3,6
Private Konsumausgaben	+2,3	+2,5	+2,9	+3,0	+2,9	+2,9
	20)16	2017		2018	
	Steuer- schätzung Mai 2013	Steuer- schätzung November 2013	Steuer- schätzung Mai 2013	Steuer- schätzung November 2013		Steuer- schätzung November 2013
BIP nominal	+3,0	+3,0	+3,0	+3,0	-	+3,0
BIP real	+1,4	+1,4	+1,4	+1,4	-	+1,4
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+2,7	+2,8	+2,7	+2,8	-	+2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+3,7	+3,6	+3,7	+3,6	-	+3,6
Private Konsumausgaben	+2,9	+2,9	+2,9	+2,9	-	+2,9

 $Quelle: Arbeits kreis \, "Gesamtwirtschaftliche Voraussch\"{a}tzungen".$

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013

wurde die Prognose für das Jahr 2013 erheblich um 1,5 Prozentpunkte auf + 3,0 % angehoben. Ab dem Jahr 2014 wird die Zunahme voraussichtlich marginal geringer ausfallen als noch im Mai 2013 erwartet.

3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

3.1 Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum

Die Schätzergebnisse sind Tabelle 2 zu entnehmen¹. Danach werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2013 gegenüber dem Ist-Ergebnis 2012 um 20,4 Mrd. € (+3,4%) anwachsen. Der Bund erreicht dabei einen Zuwachs der Steuereinnahmen um 1,4 %, die Länder um 3.4% und die Gemeinden um 4.9%. Das Aufkommen der EU steigt voraussichtlich um 18,3 %. Der unterdurchschnittliche Zuwachs der Einnahmen des Bundes ist zum überwiegenden Teil auf den Anstieg der aus dem Steueraufkommen des Bundes zu leistenden EU-Eigenmittel-Abführungen zurückzuführen. Zudem prognostizierte der Arbeitskreis für die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern im Jahr 2013 lediglich einen Zuwachs um 0,8 %. Die Gemeinden profitieren in diesem Jahr insbesondere von der guten Entwicklung der Lohn- und Einkommensteuern, da der Gemeindeanteil an diesen Steuern gemäß Schätzannahme des Arbeitskreises um 7.0 % zunimmt. Auch die weiterhin wachsenden Gewerbesteuereinnahmen (nach Abzug der Umlagen + 3,7%) sichern den Gemeinden im Jahr 2013 eine solide Einnahmebasis. Für die Folgejahre rechnet der Arbeitskreis ausgehend von den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben mit

einem weiteren kontinuierlichen Anstieg des Steueraufkommens insgesamt.

Im gesamten Schätzzeitraum wird, ausgehend vom letzten Ist-Jahr 2012, bis zum Jahr 2018 ein Zuwachs der Steuereinnahmen um 21,9% erwartet. Die größte Dynamik weisen hierbei die gemeinschaftlichen Steuern aus. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen wird voraussichtlich von 71,0% im Jahr 2012 auf 74,2% im Jahr 2018 anwachsen. Die verschiedenen Steuerarten, aus denen sich die gemeinschaftlichen Steuern zusammensetzen, bieten dabei ein uneinheitliches Bild. Dieses bleibt auch bestehen, wenn einzelne Steuerarten um Besonderheiten im Basisjahr bereinigt werden.

Der größte Aufkommensanstieg ergibt sich nominell für die Körperschaftsteuer mit einem Zuwachs von 50,3 % im Jahr 2018 gegenüber dem Basisjahr 2012. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Jahr 2012 Sonderfälle das Aufkommen um circa 2,5 Mrd. € gemindert haben. Zudem verringerten circa 0,5 Mrd. € Investitionszulagen das Aufkommen im Jahr 2012, die aufgrund des Auslaufens der Zulage-Gewährung im Jahr 2018 nicht mehr negativ zu Buche schlagen. Weiterhin überzeichnet der Wegfall der Altkapitalerstattungen im Jahr 2018 den Einnahmezuwachs; diese betrugen im Jahr 2012 2,2 Mrd. €. Bereinigt man die Basis um die entsprechenden Positionen, beträgt die Zuwachsrate bei der Körperschaftsteuer lediglich 14,9 %. Aufgrund der durch Sonderfälle geschwächten Basis wird der Aufkommensanstieg im Jahr 2013 voraussichtlich bei 17,2 % liegen, gefolgt von niedrigen einstelligen Steigerungsraten in den Jahren 2014 bis 2017 und im Jahr 2018 - wegen des Wegfalls der Altkapitalerstattungen einem wiederum zweistelligen Anstieg (+11,4%).

Den zweiten Rang nimmt die veranlagte Einkommensteuer mit einem Anstieg von 40,1% ein. Wird hier das Basisjahr 2012

¹ Hinsichtlich der Ergebnisse für die Einzelsteuern wird auf die auf der Internetseite des BMF veröffentlichten Ergebnistabellen unter der Rubrik Steuern/Steuerschätzung verwiesen.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013

um die Investitionszulage und die ebenfalls auslaufende Eigenheimzulage bereinigt, verringert sich der Zuwachs auf immer noch beachtliche 33,6 %. Nach einem kräftigen Wachstum im Jahr 2013 (+ 12,0 %) rechnet der Arbeitskreis mittelfristig mit einem niedrigeren durchschnittlichen jährlichen Wachstum mit Zuwachsraten zwischen 3,7 % und 5,5 %.

Die veranlagte Einkommensteuer wird – im Hinblick auf die Höhe des Aufkommenszuwachses – gefolgt von der Lohnsteuer, für die sich im Zeitraum 2012 bis 2018 ein Plus von 37,3% ergibt. Dies ist unter Berücksichtigung der Bereinigungen bei den anderen Steuerarten die höchste Zuwachsrate unter den gemeinschaftlichen Steuern. Im gesamten Schätzzeitraum wird die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens wesentlich von der erwarteten Steigerung der Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) und nur noch in geringem Umfang von der Zunahme der Beschäftigtenzahlen getragen.

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge schlägt mit einem Anstieg im gesamten Schätzzeitraum von 21,4% zu Buche. Hier wird gegen Ende des Schätzzeitraums mit einer Erholung des Durchschnittszinses gerechnet – dies schlägt sich in allmählich ansteigenden Aufkommenszuwächsen nieder. Die Steuern vom Umsatz erreichen zwischen 2012 und 2018 lediglich einen Anstieg von +18,1%. Dies entspricht annähernd dem Zuwachs der privaten Konsumausgaben (im Zeitraum 2012 bis 2018: +18,4%; vergleiche Tabelle 1).

Das nominelle Schlusslicht bilden die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, die lediglich einen Zuwachs von 1,8 % aufweisen. Hier verzerren jedoch wieder Sonderfälle im Basisjahr 2012 das Bild (circa + 3,2 Mrd. €) – nach Bereinigung der Basis ergibt sich ein durchaus beachtlicher Anstieg der Einnahmen um 21,3 %.

Nach den gemeinschaftlichen Steuern weisen die reinen Gemeindesteuern mit einem Plus von 18,4% im Zeitraum 2012 bis 2018 ebenfalls einen kräftigen Zuwachs auf, der von der aufkommensstärksten Gemeindesteuer, der Gewerbesteuer (+ 20,2%), getragen wird. Die hinsichtlich des Volumens zweitgrößte Steuer – die Grundsteuer B – verzeichnet hingegen nur ein unterdurchschnittliches Wachstum (+13,2%).

Auch bei den Ländersteuern (+ 17,6 %) sorgt vor allem die aufkommensstärkste Steuerart – die Grunderwerbsteuer – mit einem geschätzten Anstieg von 2012 bis 2018 um 24,7 % für den kräftigen Zuwachs.

Die reinen Bundessteuern haben bei den meisten Steuerarten im Schätzzeitraum leichte Rückgänge zu verzeichnen. Dies betrifft z. B. die beiden großen Verbrauchsteuern Energiesteuer und Tabaksteuer, bei denen mittelfristig mit weiteren Verbrauchseinschränkungen und somit mit Einbußen im Aufkommen gerechnet wird. Lediglich die gute Entwicklung des Solidaritätszuschlags (+ 28,1%) sorgt – gekoppelt an die Zuwächse bei seinen Bemessungsgrundlagen (Lohn- und Einkommensteuer; Körperschaftsteuer) – für ein leichtes Plus bei den reinen Bundessteuern (+ 2,4%).

Die volkswirtschaftliche Steuerquote steigt im Jahr 2013 voraussichtlich auf 22,68 % an (2012: 22,50 %). Bis zum Ende des Schätzzeitraums nimmt die Quote nach Einschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" weiterhin leicht zu und wird im Jahr 2018 bei 23,00 % liegen.

3.2 Vergleich mit der letzten Schätzung vom Mai 2013

Tabelle 3 zeigt den Vergleich der aktuellen Schätzergebnisse mit der letzten Steuerschätzung (Mai 2013). Die Steuereinnahmen insgesamt werden im Jahr 2013

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013

Tabelle 2: Ergebnis der Steuerschätzung November 2013

	Ist	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
1. Bund							
in Mrd. €	256,3	260,0	269,0	277,5	291,5	298,7	309,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,4	1,4	3,4	3,2	5,1	2,5	3,5
2. Länder							
in Mrd. €	236,3	244,3	251,9	260,8	269,5	277,6	287,2
$Ver \"{a}nder ung gegen\"{u}ber Vor jahr in \%$	5,4	3,4	3,1	3,6	3,3	3,0	3,4
3. Gemeinden							
in Mrd. €	81,1	85,0	88,2	91,5	94,7	98,0	101,6
$Ver \"{a}nder ung gegen\"{u}ber Vor jahr in \%$	5,8	4,9	3,7	3,7	3,6	3,5	3,6
4. EU							
in Mrd. €	26,3	31,1	31,3	34,0	30,6	32,4	33,5
$Ver \"{a}nder ung gegen\"{u}ber Vor jahr in \%$	7,6	18,3	0,6	8,6	-10,0	5,8	3,4
5. Steuereinnahmen insgesamt							
in Mrd. €	600,0	620,5	640,3	663,8	686,3	706,8	731,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	3,4	3,2	3,7	3,4	3,0	3,5

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich. Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten. Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

voraussichtlich mit 620,5 Mrd. € um 5,3 Mrd. € höher ausfallen, als noch im Mai 2013 geschätzt wurde. Die Einnahmeerwartungen vor Berücksichtigung der Steuerrechtsänderungen (sogenannte Schätzabweichungen) haben sich um 5,5 Mrd. € erhöht. Davon beruhen circa 3.1 Mrd. € auf verbesserten koniunkturellen Aussichten, die sich in höheren Schätzansätzen vor allem bei der veranlagten Einkommensteuer, der Lohnsteuer und der Gewerbesteuer niederschlugen. Dazu kommen Mehreinnahmen aufgrund der geänderten Einschätzung über den Beginn der Erstattung von Steuern in Folge der Umsetzung des EuGH-Urteils zu den Streubesitzdividenden für Altfälle in Höhe von circa 1,6 Mrd. €. Der Arbeitskreis geht aufgrund aktueller Informationen entgegen der Annahme im Mai nun davon aus, dass die Erstattungen nicht mehr in diesem Jahr, sondern erst im Jahr 2014 beginnen werden.

Weiterhin wird in einem großen Einzelfall eine Körperschaftsteuernachzahlung in Höhe von 0,9 Mrd. € erwartet – die Aufkommensprognose für die Körperschaftsteuer wurde gegenüber dem Mai entsprechend erhöht. Die erstmals in die Steuerschätzung einbezogenen Rechtsänderungen verringern das erwartete Mehraufkommen um 0,2 Mrd. €.

Höhere EU-Abführungen in Höhe von 0,8 Mrd. € mindern im Jahr 2013 das voraussichtliche Mehraufkommen des Bundes. Von den Steuermehreinnahmen aufgrund von Rechtsänderungen entfallen auf den Bund 0,1 Mrd. €. Insgesamt ergeben sich für das Jahr 2013 für den Bund lediglich Mehreinnahmen von 1,3 Mrd. €. Die Länder können hingegen Zuwächse von 2,4 Mrd. € erwarten. Für die Gemeinden entstehen voraussichtlich Mehreinnahmen in Höhe von 1,1 Mrd. €.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013

Im Jahr 2014 erhöhen die neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen das Aufkommen leicht um 0,1 Mrd. €. Aufgrund der veränderten konjunkturellen Entwicklung rechnet der Arbeitskreis mit 1,8 Mrd. € an Mehreinnahmen gegenüber Mai 2013. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die erwartete Verschiebung der Erstattungen infolge des EuGH-Urteils zu den Streubesitzdividenden die Einnahmen im Jahr 2014 um 0,7 Mrd. € verringert. Per Saldo ist für das Jahr 2014 damit von einem um 1,9 Mrd. € höheren Steueraufkommen auszugehen als noch im Mai 2013 erwartet. Für den Bund werden 0,3 Mrd. € Mehreinnahmen prognostiziert, wobei die EU-Abführungen dieses Ergebnis

um 0,1 Mrd. € gemindert haben. Für die Länder liegt die Einnahmeerwartung um 0,8 Mrd. € über dem Ansatz vom Mai 2013. Die Gemeinden können im Vergleich zur Mai-Schätzung sogar von Mehreinnahmen in Höhe von 1,0 Mrd. € ausgehen.

Die Prognosen für das Jahr 2015 wurden vom Arbeitskreis ebenfalls um 1,9 Mrd. € angehoben. Auch hier mindern die geänderten Erwartungen hinsichtlich der Erstattungen infolge des EuGH-Urteils zu den Streubesitzdividenden den Schätzansatz (-0,8 Mrd. €). In den Jahren 2016 und 2017 sind ebenfalls voraussichtlich Mehreinnahmen zu verzeichnen (2016: +2,6 Mrd. €; 2017:

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2013 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2013
Beträge in Mrd. €

		Abweichungen				
2013	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		Ergebnis der Steuerschätzung		
	Mai 2013	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	November 2013
Bund ³	258,7	1,3	-0,1	-0,8	2,2	260,0
Länder ³	241,9	2,4	-0,1	-	2,5	244,3
Gemeinden ³	83,9	1,1	0,0	-	1,1	85,0
EU	30,6	0,5	0,0	0,8	-0,3	31,1
Steuereinnahmen insgesamt	615,2	5,3	-0,2	0,0	5,5	620,5
	Ergebnis der		Abweid	chungen		Ergebnis der
2014	Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Steuerschätzung
	Mai 2013	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	November 2013
Bund ³	268,6	0,3	0,2	-0,1	0,2	269,0
Länder ³	251,1	0,8	-0,1	-	0,9	251,9
Gemeinden ³	87,2	1,0	0,0	-	1,0	88,2
EU	31,6	-0,2	0,0	0,1	-0,3	31,3
Steuereinnahmen insgesamt	638,5	1,9	0,1	0,0	1,8	640,3
	Ergebnis der		Abweid	chungen		Ergebnis der
2015	Steuerschätzung	Abweichung	davon:			Steuerschätzung
	Mai 2013	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	November 2013
Bund ³	277,7	-0,2	0,2	-0,8	0,4	277,5
Länder³	260,3	0,5	0,0	-	0,6	260,8
Gemeinden ³	90,5	1,0	0,0	-	0,9	91,5
EU	33,5	0,5	0,0	0,8	-0,2	34,0
Steuereinnahmen insgesamt	661,9	1,9	0,3	0,0	1,6	663,8

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013

noch Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2013 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2013 Beträge in Mrd. €

	Franksiador		Abweio	hungen		Ergebnis der
2016	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Steuerschätzung
	Mai 2013	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	November 2013
Bund³	291,3	0,3	0,3	-0,7	0,7	291,5
Länder³	268,5	0,9	0,0	-	0,9	269,5
Gemeinden³	93,7	1,0	0,1	-	0,9	94,7
EU	30,2	0,4	0,0	0,7	-0,2	30,6
Steuereinnahmen insgesamt	683,7	2,6	0,4	0,0	2,2	686,3
		Abweichungen				

	Ergebnis der		Abweid	chungen		Ergebnis der
2017	Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Steuerschätzung
	Mai 2013	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	November 2013
Bund ³	298,8	-0,1	0,3	-0,9	0,5	298,7
Länder³	276,9	0,8	0,0	-	0,7	277,6
Gemeinden³	97,0	1,0	0,1	-	0,9	98,0
EU	31,8	0,6	0,0	0,9	-0,3	32,4
Steuereinnahmen insgesamt	704,5	2,3	0,4	0,0	1,9	706,8

¹ Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften vom 26. Juni 2013 (Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz - AmtshilfeRLUmsG).

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

+2,3 Mrd. €). In allen drei Jahren erhöhen die neu einbezogenen Rechtsänderungen das erwartete Aufkommen um 0,3 Mrd. € (2015) beziehungsweise 0,4 Mrd. € (2016 f.).

Die EU-Abführungen mindern auch in diesen Jahren das erwartete Bundesergebnis (2015: -0,8 Mrd. €; 2016: -0,7 Mrd. €; 2017: -0,9 Mrd. €). Gegenüber dem Mai 2013 wird für den Bund insgesamt in den Jahren 2015 und 2017 ein geringfügiges Minderaufkommen und im Jahr 2016 ein leichtes Mehraufkommen erwartet (2015: -0,2 Mrd. €; 2016: +0,3 Mrd. € und 2017: -0,1 Mrd. €).

Das Jahr 2018 wurde in der November-Schätzung 2013 erstmals geschätzt.

Die Veränderungen der Schätzansätze gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2013 für die einzelnen Steuern sind in Tabelle 4 dargestellt. Die veranlagte Einkommensteuer und die Gewerbesteuer können im gesamten Schätzzeitraum kräftige Zuwächse verzeichnen. Die Entwicklung der Steuern vom Umsatz stellt sich in allen Jahren des Schätzzeitraums schlechter dar als noch im Mai 2013. Die Schätzansätze für die Lohnsteuer und die Körperschaftsteuer wurden im

Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 7. Mai 2013 vom 15. Juli 2013.

 $Gesetz\ zur\ \ddot{A}nderung\ des\ Finanzausgleichsgesetzes\ und\ der\ Bundeshaushaltsordnung\ vom\ 15.\ Juli\ 2013.$

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Aufbauhilfe" und zur Änderung weiterer Gesetze vom 15. Juli 2013 (Aufbauhilfegesetz). Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags vom 15. Juli 2013.

 $Zweite Verordnung zur \"{A}nderung der Energiesteuer- und der Stromsteuer- Durchführungsverordnung vom 24. Juli 2013.$

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung, Finanzausgleich und Konsolidierungshilfen (Betrag der Konsolidierungshilfen vorbehaltlich der Entscheidung des Stabilitätsrates gemäß § 2 Absatz 2 Konsolidierungshilfengesetz).

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013

ersten Schätzjahr erheblich angehoben. In den übrigen Jahren werden hier geringere Zuwächse erwartet. Für die Bundessteuern ergab sich basierend auf höheren Ansätzen – insbesondere für die Versicherungsteuer und den Solidaritätszuschlag – insgesamt eine Aufwärtskorrektur.

4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Nach den Ergebnissen des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" können alle staatlichen Ebenen in den nächsten Jahren mit moderat steigenden Steuereinnahmen rechnen. Im Vergleich zur Steuerschätzung vom Mai 2013 werden für Länder und Gemeinden im gesamten Prognosezeitraum begrenzte Mehreinnahmen erwartet, während für den Bund die Aufkommenserwartungen im Großen und Ganzen im Rahmen der bisherigen Erwartungen bleiben.

Die positive Entwicklung des Steueraufkommens spiegelt die günstigen Wirtschaftsdaten in Deutschland wider. Die Binnenwirtschaft ist in einer guten Verfassung. Dies zeigt sich u. a. auch in steigender Beschäftigung sowie zunehmenden Lohnund Gewinneinkommen, die die Steuereinnahmen voraussichtlich im gesamten Prognosezeitraum begünstigen werden. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt zu Recht fest, dass in Deutschland

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2013 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2013 Einzelsteuern

Steuerart	2013	2014	2015	2016	2017
Steuerart		Abweichungen	in Mio. € gegenüb	er Mai 2013	
Lohnsteuer	650	150	350	600	600
veranlagte Einkommensteuer	1 350	1 050	500	400	350
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 365	-825	-1 035	- 205	- 255
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	190	179	26	-127	-179
Körperschaftsteuer	980	180	400	510	510
Steuern vom Umsatz	-750	- 300	- 350	- 600	- 800
Gewerbesteuer	600	600	650	700	700
Bundessteuern insgesamt	356	116	526	526	546
davon					
Energiesteuer	-100	-250	-200	-250	- 200
Stromsteuer	50	0	250	220	190
Tabaksteuer	0	- 40	20	0	60
Versicherungsteuer	225	225	225	225	225
Solidaritätszuschlag	300	250	250	300	300
Kraftfahrzeugsteuer	20	-30	20	70	10
sonstige Bundessteuern	-39	- 39	- 39	- 39	-39
Ländersteuern insgesamt	574	714	743	742	741
Gemeindesteuern insgesamt	302	302	302	302	302
Zölle	-300	-300	-250	-250	-250
Steuereinnahmen insgesamt	5 317	1 866	1 862	2 598	2 265

 $Quelle: Arbeitskreis \, "Steuerschätzungen".$

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013

aufgrund günstiger Voraussetzungen ein wirtschaftlicher Aufschwung angelegt sei. In diesem dauerhaft günstigen wirtschaftlichen Umfeld wird die Entwicklung der Steuereinnahmen aufwärtsgerichtet bleiben, so dass die Einnahmebasis von Bund, Ländern und Gemeinden solide bleibt. Die finanzpolitischen Spielräume bleiben jedoch eng begrenzt.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN FISKALPOLITISCHER IMPULSE

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen fiskalpolitischer Impulse

Ergebnisse von Simulationsrechnungen für Deutschland

- In der Diskussion um die strukturellen Ungleichgewichte im Euroraum wird an Deutschland die Forderung herangetragen, zur Stärkung der Binnennachfrage auch finanzpolitische Instrumente wie z. B. staatliche Ausgabenprogramme einzusetzen.
- Das makroökonometrische Weltwirtschaftsmodell (NiGEM) bietet die Möglichkeit, die konjunkturellen Effekte temporärer expansiver fiskalpolitischer Maßnahmen und die Anpassungsreaktionen in der Leistungsbilanz Deutschlands und der Hauptpartnerländer zu quantifizieren.
- Die Berechnungen mit NiGEM machen deutlich, dass eine expansive Finanzpolitik zur Stärkung der deutschen Binnennachfrage unter Kosten-Nutzen-Aspekten nicht zielführend ist. Selbst bei hohem Mitteleinsatz sind die Wirkungen auch international sehr eng begrenzt, bei einer gleichzeitig dauerhaften Erhöhung der Schuldenstandsquote in Deutschland.

1	Einleitung	15
	Aufbau der Simulationen	
3	Simulationsergebnisse	18
	Fogit	21

1 Einleitung

Die stark angestiegenen
Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands
sind Gegenstand einer kritischen Diskussion
im nationalen und internationalen Kontext.
Dabei wird oftmals argumentiert, dem
Staat stünden finanzpolitische Instrumente
zur Stärkung der Binnennachfrage zur
Verfügung. Die damit einhergehende
Ausweitung der deutschen Importe aus den
Partnerländern (vor allem in Europa) und
damit spiegelbildlich zunehmende Exporte der
Handelspartner würden dazu beitragen, die
Leistungsbilanzungleichgewichte insbesondere
innerhalb der Europäischen Union zu
verringern.

Das vom National Institute of Economic and Social Research (NIESR) mit Sitz in London entwickelte makroökonometrische Weltwirtschaftsmodell NiGEM bietet die

Möglichkeit, die konjunkturellen Effekte expansiver fiskalpolitischer Maßnahmen und die Anpassungsreaktionen in der Leistungsbilanz Deutschlands und der Hauptpartnerländer zu quantifizieren. Ziel der Analyse ist es, abzuschätzen, welche Größenordnungen die Wirkungen einer zwei Jahre andauernden Politik der fiskalischen Expansion auf das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Leistungsbilanz Deutschlands sowie wichtiger Handelspartner innerhalb des Euro-Währungsgebiets haben. Neben den Auswirkungen für die kurze Frist bietet das Modell die Möglichkeit, internationale Spillover-Effekte und die längerfristigen Einflüsse zu simulieren. Von besonderem Interesse ist, inwieweit die Wahl des fiskalpolitischen Instruments einen Einfluss auf die komplexen Wirkungszusammenhänge ausübt. Dabei gilt zu beachten, dass mit den unterschiedlichen einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen differenzierte fiskalische Multiplikatoren verbunden sind.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN FISKALPOLITISCHER IMPULSE

Im Weiteren werden in Abschnitt 2 zunächst die Modellsimulationen definiert und die den Simulationen zugrundeliegenden Modellannahmen vorgestellt. Anschließend wird das NiGEM-Modell kurz skizziert. Dem folgt in Abschnitt 3 die Darstellung und Erläuterung der Simulationsergebnisse.

2 Aufbau der Simulationen

Insgesamt werden fünf Simulationen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Staates betrachtet und miteinander verglichen.
Diese beinhalten einheitlich eine fiskalische Expansion von insgesamt rund 50 Mrd. € über einen Zeitraum von zwei Jahren (also 1% des BIP pro Jahr). Dabei sind folgende fiskalische Maßnahmen separat analysiert worden: Ausweitung der staatlichen Investitionen und des staatlichen Konsums sowie Steuerentlastungen (Unternehmensteuern, Einkommensteuer, Umsatzsteuer).

Während der Dauer der Schockperiode sind diese Variablen exogen gesetzt. Dies bedeutet, dass von möglichen Rückwirkungen, die sich durch die Reaktion der übrigen Modellvariablen ergeben, abgesehen wird. Erst nach Ablauf der simulierten Einflussnahme kommen die modellierten Wirkungsbeziehungen wieder voll zum Tragen. Die Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen verteilen sich dabei nahezu gleichmäßig über den Schockzeitraum. Abweichend davon entfällt die fiskalische Entlastung in der Unternehmensteuersimulation aufgrund der verzögerten Reaktion des Unternehmensteueraufkommens auf eine Reduktion des Unternehmensteuersatzes in NiGEM auf eine drei Quartale länger andauernde Periode.

Die Fiskalstimuli werden nicht gegenfinanziert. Dementsprechend führen die transitorischen Ausgabensteigerungen und Steuersenkungen zu einer Ausweitung des staatlichen Finanzierungsdefizits. Technisch wird dies in NiGEM mittels Endogenisierung des langfristigen Budgetziels für die Dauer des temporären Fiskalimpulses umgesetzt. Nach den zwei Jahren kommt in den Simulationen eine Budgetregel zum Einsatz, um die als Folge des expansiven Fiskalimpulses ausgelösten Finanzierungsdefizite wieder auszugleichen.

Um die Vergleichbarkeit der resultierenden Effekte der unterschiedlichen fiskalpolitischen Maßnahmen sicherzustellen, werden den einzelnen Simulationen identische Modellannahmen zugrundegelegt:

- Die privaten Wirtschaftssubjekte bilden ihre Erwartungen nicht vorausschauend.
- Die Geldpolitik reagiert im Schockzeitraum nicht auf den expansiven fiskalischen Impuls.
- Die Zentralbanken verfolgen eine Zwei-Säulen-Strategie.
- Die Untergrenze des nominalen Leitzinses von Null wird stets eingehalten.
- Die Budgetregel wird im Schockzeitraum ausgeschaltet.

Die Geldpolitik wird für alle Länder des Euroraums zentral von der Europäischen Zentralbank (EZB) gesteuert, während die Fiskalpolitik unter nationaler Verantwortung bleibt. Als Konsequenz wirken fiskalpolitische Maßnahmen in Deutschland auch über die gemeinsame Geldpolitik auf die Partnerländer im Euroraum ein.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN FISKALPOLITISCHER IMPULSE

Das makroökonometrische Weltwirtschaftsmodell (NiGEM)

Das National Institute's Global Econometric Model¹ (kurz NiGEM) ist ein umfangreiches strukturelles makroökonometrisches Weltwirtschaftsmodell, das auf Quartalsdaten basiert und sich durch eine theoretische wie empirische Fundierung auszeichnet. Das Modell kann einerseits für die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und andererseits für Simulationen vielfältiger ökonomischer Szenarien genutzt werden. Es besteht aus miteinander verbundenen Teilmodellen mit jeweils kompletter Nachfrage- und Angebotsseite sowie einer Vermögensstruktur für alle wichtigen Industriestaaten, einigen großen Schwellenländern wie China und Indien, Regionen und Ländergruppen. Insgesamt sind in NiGEM mittlerweile 43 individuelle Ländermodelle und 13 regionale Modelle einbezogen, die kontinuierlich erweitert werden. Die Verbindungen der Ländermodelle untereinander ergeben sich über die gegenseitigen Handelsverflechtungen, Interdependenzen internationaler Finanzmärkte und international diversifizierte Vermögensbestände. Jedes Ländermodell wiederum setzt sich aus miteinander verbundenen Teilmodellen für die einzelnen makroökonomischen Bereiche zusammen. Auch ein Modell für den Bankensektor wurde u. a. für Deutschland integriert.

Modellstruktur

Allen Länder- und Regionalmodellen liegt eine gemeinsame (geschätzte und kalibrierte) Struktur zugrunde. Die Parameter werden dabei anhand der historischen Daten geschätzt. Diese Grundstruktur beinhaltet einheitlich

- eine Produktionsfunktion, die den Output für die lange Frist im "steady state"
 (Gleichgewichtssituation) bestimmt,
- Gleichungen für die Aggregate der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage für die kurze Frist,
- einen Block von Lohn- und Preisvariablen, eine Beschreibung des Staatssektors,
- die Modellierung der internationalen Handelsbeziehungen und Finanzmärkte.

In der kurzen Frist weist NiGEM keynesianische Eigenschaften auf, d. h. der Output ist nachfragedeterminiert. Die Kapazitätsauslastung beeinflusst mittel- bis langfristig das Preissystem sowie die Investitionen und bringt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Einklang mit dem gesamtwirtschaftlichen Angebot. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften repräsentiert dabei einen elementaren stabilisierenden Mechanismus im Modell und wird über länderspezifische effektive Wechselkurse abgebildet. Diese orientieren sich an der regionalen Außenhandelsstruktur des jeweiligen Landes.

Modelleinordnung

Der Modellaufbau von NiGEM folgt dem neukeynesianischen Ansatz. Dieser kombiniert den neoklassischen Gleichgewichtsgedanken mit nominalen Rigiditäten auf dem Arbeits- und Gütermarkt. Preis- und Lohnrigiditäten werden innerhalb der Modellwelt der monopolistischen Konkurrenz aus

¹ http://niesr.ac.uk/national-institute-global-econometric-model-nigem

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN FISKALPOLITISCHER IMPULSE

dem Rational- und Maximierungsverhalten der Marktteilnehmer erklärt. Diesem Theorieansatz folgend, reagieren Preise und Löhne nur mit Verzögerung auf exogene Schocks und veränderte reale Gegebenheiten. Das bedeutet, dass auch von systematisch betriebenen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen zumindest temporäre Realwirkungen ausgehen. Die laufende Entwicklung von Mengenund Preisvariablen hängt wesentlich von den zukünftig erwarteten Werten dieser Größen ab. Die Geldpolitik wird in neukeynesianischen Modellen nicht länger durch Geldmengensteuerung, sondern durch eine regelgebundene Zinssteuerung durchgeführt.

Simulationen und Prognose

Mit NiGEM lassen sich die Auswirkungen exogener Schocks wie die Veränderung der Löhne und Rohstoffpreise oder Maßnahmen der Geld-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik im In- und Ausland auf die deutsche oder andere Volkswirtschaften sowie auf die Weltwirtschaft quantifizieren. Ebenso sind Migrationsszenarien sowie Wechselkurs- und Risikoprämienschocks implementiert. Das Modell erlaubt es auch, Simulationsanalysen anhand verschiedener Theorien der Erwartungsbildung (rational expectations oder adaptive learning) getrennt für das Verhalten der verschiedenen wirtschaftlichen Akteure (wie z. B. Konsumenten, Beschäftigte, Finanzmarktteilnehmer) durchzuführen. Zudem können unterschiedliche geldpolitische Strategien der Notenbanken (u. a. Taylor-Regel, Zwei-Säulen-Strategie) gewählt werden. Bei der Zwei-Säulen-Strategie in NiGEM setzen die Zentralbanken ihr zinspolitisches Instrumentarium bei Abweichungen vom Inflationsziel und nominalen Zielbruttoinlandsprodukt ein. Ferner besteht die Möglichkeit, Budgetregeln zu aktivieren, die entweder auf den laufenden Finanzierungssaldo oder auf die Verschuldungsquote des Staates abzielen. Über diesen Mechanismus soll im Modell die langfristige Solvenz der Staaten gesichert werden. Die Funktionsfähigkeit kann wie folgt beschrieben werden: Bei Abweichungen des tatsächlichen Budgetdefizits beziehungsweise der Verschuldungsquote von den jeweiligen Zielgrößen wird unter Berücksichtigung eines Anpassungsparameters die Einkommensteuer erhöht. Neben der Durchführung von Simulationen ermöglicht NiGEM die Erstellung kurz-, mittel- und langfristiger Prognosen. In der Methodenvielfalt gesamtwirtschaftlicher Prognosen und Simulationen nehmen große strukturelle makroökonometrische Modelle wie NiGEM eine wichtige Rolle ein.

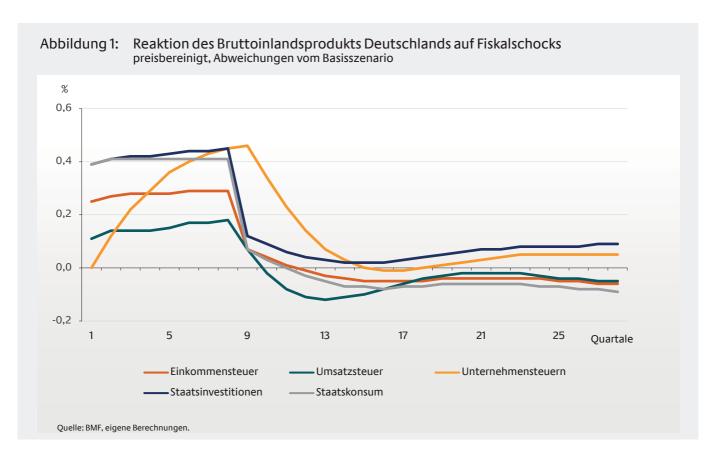
3 Simulationsergebnisse

Die Ergebnisse der Fiskalsimulationen für das reale BIP Deutschlands für einen 7-jährigen Projektionshorizont sind in Abbildung 1 dargestellt. Die Linien spiegeln die prozentuale Abweichung des aus den Simulationen resultierenden BIP gegenüber dem Basisszenario im Untersuchungszeitraum wider.²

Demnach könnten temporäre Fiskalstimuli das reale BIP Deutschlands während des Andauerns der fiskalischen Expansion (Schockzeitraum Quartale 1 bis 8) mit einer Spanne von rund 0,15 % (Umsatzsteuersimulation) bis 0,45 % (Unternehmensteuer- und Staatsinvestitionssimulation) erhöhen. Damit läge der kurzfristige fiskalische Effekt deutlich unterhalb der Höhe des ursprünglichen Impulses in Höhe von 1% des BIP. Die ausgabenseitigen Maßnahmen weisen dabei tendenziell zunächst größere Multiplikatoren auf. Aufgrund des Importgehalts der durch die Ausgabensteigerungen und Steuersenkungen induzierten zusätzlichen Inlandsnachfrage wird in allen Simulationen

² Ein Wert von 0,4% in Quartal 1 bedeutet, dass das aus der Simulation resultierende BIP in dieser Periode (kein kumulativer Effekt) um 0,4% über dem Wert des BIP im Basisszenario liegen würde.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN FISKALPOLITISCHER IMPULSE



der positive BIP-Effekt gemindert. Ein Teil der durch den steuerlichen Impuls induzierten Wertschöpfung entsteht im Ausland. Nach Auslaufen der expansiven Fiskalmaßnahmen reduziert sich die positive Outputwirkung jedoch deutlich, und für drei der fünf Simulationen wird das in der Basisprojektion angenommene BIP mittel- und langfristig sogar unterschritten.

Geringere Einkommensteuerbelastungen führen über den in NiGEM modellierten Konsumkanal im Schockzeitraum (Jahre 1 und 2) zu einer deutlichen Ausweitung der privaten Konsumausgaben. Ein Teil des zusätzlichen Einkommens fließt in die Ersparnisbildung. Eine Reduktion der Umsatzsteuer ließe den privaten Konsum ungefähr halb so hoch steigen. Die privaten Investitionen werden in diesen beiden Simulationen kaum berührt. Hingegen trägt eine Senkung der Unternehmensteuern über den Investitionskanal temporär zur spürbaren Erhöhung der Unternehmensinvestitionen bei. Die Ausweitung der

Staatsausgabenkomponenten geht direkt in die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ein und löst eine verhaltene Reaktion im privaten Konsum und den Investitionen der Unternehmen aus.

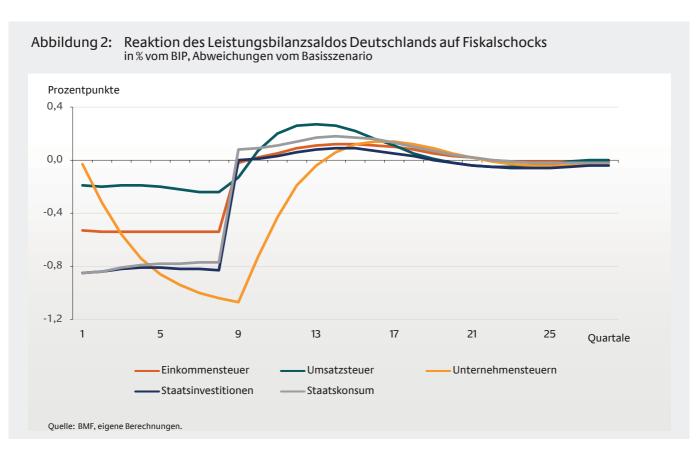
Insbesondere die Ausgabensteigerungen üben im Schockzeitraum einen aufwärtsgerichteten Druck auf Löhne und Verbraucherpreise in Deutschland aus. Die Senkung des Umsatzsteuersatzes führt im Jahr 1 zu einer deutlichen Reduktion der Inflationsrate. Nach Rückführung des Umsatzsteuersatzes auf den ursprünglichen Wert steigt die Inflationsrate im Jahr 3 jedoch wieder merklich. Da in den Simulationen adaptive Erwartungen und der Verzicht auf eine konträre Reaktion der Geldpolitik unterstellt wurden, steigen die Zinsen erst ab dem Jahr 3 an – am stärksten für den Umsatzsteuerschock. Die Folge wäre eine partielle Verdrängung der privaten Investitionstätigkeit, die sich belastend auf die konjunkturelle Entwicklung auswirkt. Nach Beendigung der Stimuli unterschreitet in allen fünf Szenarien die geschätzte

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN FISKALPOLITISCHER IMPULSE

Erwerbstätigkeit die Basislinie. Darüber hinaus wird die kurzfristige Ausweitung der Wirtschaftsleistung durch eine dauerhafte Erhöhung der staatlichen Verschuldung erkauft. Es gibt bei keiner Maßnahme eine volle Selbstfinanzierung durch positive Wachstumseffekte (Begünstigung öffentlicher Haushalte durch höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben sowie durch geringere Arbeitsmarktausgaben). Der Schuldenstand des Staates erhöht sich daher dauerhaft um rund 1 Prozentpunkt des BIP in den Steuersimulationen beziehungsweise 1½ Prozentpunkte für die ausgabenseitigen Stimuli.

An dieser Stelle wird die größtenteils binnenwirtschaftliche Betrachtung um die außenwirtschaftlichen Beziehungen erweitert. Das Ziel der nachhaltigen Korrektur der Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz Deutschlands wird – wie Abbildung 2 zeigt – mittel- bis langfristig in allen Szenarien verfehlt. In den Simulationen ist lediglich kurzfristig eine Reduktion des Leistungsbilanzsaldos in einer Spanne von 0,2 bis 1,1 Prozentpunkten in Relation zum BIP zu beobachten. Diese Reaktion resultiert einerseits aus einer merklichen Zunahme der Importe und andererseits aus einem moderaten Anstieg der Exporte. Am schwächsten fällt die Korrektur für den Umsatzsteuerschock aus. Nach Beendigung der expansiven Fiskalmaßnahmen erzielt Deutschland in den Jahren 3 bis 5 als Folge deutlich sinkender Importe sogar wieder höhere Leistungsbilanzüberschüsse als im Basisszenario.

Die sich aus den Simulationen ergebenden Übertragungseffekte auf andere EWUund wichtige Handelspartnerländer sind trotz des hohen Impulsvolumens von rund 50 Mrd. € nur marginal. So betragen die Außenhandelsmultiplikatoren für Frankreich, Italien und Spanien im Schockzeitraum zwischen 0,05 % und 0,1 %. Das BIP der meisten Handelspartner wird lediglich



GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN FISKALPOLITISCHER IMPULSE

während der Dauer des Fiskalimpulses leicht erhöht. Nach Auslaufen der expansiven Fiskalmaßnahmen lassen die stimulierenden Spillover-Effekte deutlich nach. Ebenso wie Deutschland werden diese EWU-Staaten von einer restriktiveren Geldpolitik im Euroraum beeinträchtigt. In der Folge unterschreitet das geschätzte BIP die Basisprojektion für die Jahre 3 bis 6 mit Werten zwischen -0,1% und -0,25 % spürbar, wobei Spanien am stärksten betroffen wäre. Im Vergleich zu den ausgabenseitigen Fiskalschocks (über die Staatsinvestitionen und den Staatskonsum) resultieren insbesondere aus den Simulationen für die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer spürbar geringere internationale Transmissionseffekte.

Die Simulationen zeigen, dass transitorische Fiskalmaßnahmen in Deutschland nur wenig zum Abbau der Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums beziehungsweise auf internationaler Ebene beitragen können. Dies drückt sich in einer lediglich geringfügigen und zeitlich begrenzten Anpassung (Verbesserung) der Leistungsbilanzsalden der Handelspartnerländer aus. Diese liegt im Schockzeitraum bei rund 0,05 Prozentpunkten und steigt für Italien und Spanien kurzzeitig auf bis zu 0,1 Prozentpunkte an. Von der temporär höheren Importnachfrage Deutschlands profitieren jedoch auch andere Überschussländer. Mit der Eintrübung der Wirtschaftsleistung in Deutschland nach dem Auslaufen der Fiskalstimuli sinken die Exporte in die Bundesrepublik wieder, und der Saldo Frankreichs unterschreitet für die Jahre 3 bis 4 sogar das Basisszenario. In der mittleren Frist sind die expansiven fiskalpolitischen Impulse Deutschlands sogar kontraproduktiv, denn die Geldpolitik würde auf die kurzfristige Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität mit einer monetären Straffung reagieren, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Euroraums dämpft. In der Folge weitet sich der deutsche Leistungsbilanzüberschuss vor allem gegenüber Drittländern für mehrere Jahre gegenüber der Basisprojektion sogar noch aus.

Sensitivitätsanalyse

Alternativszenarien, denen veränderte Grundannahmen in NiGEM zugrunde gelegt werden, würden im Schockzeitraum eine etwas schwächere Reaktion des BIP und des Leistungsbilanzsaldos anzeigen. Werden eine endogene Zinsreaktion oder vorausschauende Erwartungen der Wirtschaftssubjekte zugelassen, würde die EZB früher gegen den expansiven fiskalischen Impuls gegensteuern und den Leitzins erhöhen. Überdies antizipieren die privaten Wirtschaftssubjekte die zukünftig mit kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen und Steuerentlastungen einhergehenden Leitzinsund Steuererhöhungen – mit der Folge, dass die langfristigen Zinsen bereits während des Schockzeitraums steigen. Damit einher geht ein partielles zinsinduziertes Crowding-out der privaten Investitionen. Konsumenten und Unternehmen konterkarieren den durch die transitorischen staatlichen Stimuli induzierten Outputanstieg. Darüber hinaus würde ein höheres Zinsniveau tendenziell auch zu einer Aufwertung des Euro führen, sodass auch die heimischen Exporte außerhalb des Euroraums infolge der gesunkenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit erschwert werden.

4 Fazit

Die Simulationen verdeutlichen, dass die positiven Wachstumseffekte fiskalpolitischer Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland mit der Wahl des Instruments quantitativ differenzieren. Unabhängig davon, ob die fiskalische Expansion auf der Ausgabenseite oder auf der Einnahmenseite erfolgt, ist nur zeitweilig eine positive Wirkung auf das deutsche Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die Binnenbetrachtung ergibt ferner, dass eine temporäre Erhöhung der staatlichen Investitionen oder eine Reduktion der Unternehmensteuern eine vergleichsweise expansivere Wirkung auf das BIP hätte. Bei beiden Maßnahmen gibt es auch längerfristig

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN FISKALPOLITISCHER IMPULSE

leicht positive Wachstumseffekte durch Ausweitung des Produktionspotentials (Kapitalstockausweitung durch staatliche beziehungsweise private Investitionen). Bei einer temporären Ausweitung der staatlichen Konsumausgaben sind währenddessen keine langfristigen Wachstumsimpulse zu verzeichnen. Die Nachteile – insbesondere eine dauerhafte Erhöhung der Schuldenstandsquote in Deutschland – überwiegen jedoch in allen betrachteten Szenarien.

Die positiven Wachstumseffekte bei wichtigen EWU- und Handelspartnerländern sind trotz des hohen deutschen Fiskalimpulses nur marginal. Das BIP der meisten Staaten würde lediglich während des Schockzeitraums leicht erhöht. Der Effekt auf die Leistungsbilanzsalden wäre ebenso vernachlässigbar gering. Die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb des Euroraums werden kaum verringert. Die Berechnungen mit dem makroökonometrischen Weltwirtschaftsmodell NiGEM machen deutlich, dass eine expansive Finanzpolitik zur Stärkung der deutschen Binnennachfrage unter Kosten-Nutzen-Aspekten nicht zielführend ist. Selbst bei hohem Mitteleinsatz

sind die Wirkungen auch international sehr eng begrenzt.

Abschließend muss darauf hingewiesen werden, dass die aus makroökonometrischen Modellen gewonnenen Simulationsergebnisse stets kritisch behandelt werden sollten. Einerseits wird die Aussagekraft der hier berechneten Resultate wesentlich durch die Gültigkeit der in NiGEM abgebildeten theoretischen wie empirischen Wirkungszusammenhänge determiniert. Dem Vorteil der größeren Realitätsnähe durch Schätzung der Parameter auf der Basis empirischer Daten steht dabei der Nachteil der Abhängigkeit der Ergebnisse von der gewählten Modellstruktur und der durchgeführten Kalibrierung entgegen. Andererseits könnten andere Makromodelle zu abweichenden Resultaten gelangen. So erfasst NiGEM umfassend die Außenhandelsbeziehungen Deutschlands. Dementsprechend sind die fiskalischen Multiplikatoren tendenziell niedriger als in primär auf Deutschland fokussierten makroökonometrischen Modellen. Gleichwohl signalisieren die durchgeführten Berechnungen, dass die Auswirkungen fiskalpolitischer Maßnahmen mit unerwünschten makroökonomischen Effekten verbunden sein können.

IWF-Jahrestagung und Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

IWF-Jahrestagung und Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

- Vom 10. bis 12. Oktober 2013 trafen sich anlässlich der Jahresstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington D. C. die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20, die G8-Deauville-Partnerschaft sowie der Lenkungsausschuss des IWF (IMFC).
- Schwerpunkt der Diskussionen war ein Austausch über die Lage der Weltwirtschaft und die Reform des IWF.

1 Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

Das Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington war das letzte unter russischer G20-Präsidentschaft, die insbesondere mit Ergebnissen in der internationalen Steuerpolitik (Aktionsplan gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung multinationaler Unternehmen sowie Fahrplan zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs), der Finanzpolitik (nationale Strategien zur Haushaltskonsolidierung), der Finanzmarktregulierung (von Deutschland initiierte Roadmap zur Überwachung und Regulierung des Schattenbankensektors) und Fragen der Investitions finanzierung (Einrichtung einer Study Group unter Ko-Vorsitz Deutschlands) wichtige Erfolge vorweisen kann. Ab Dezember 2013 wird Australien für ein Jahr die G20-Präsidentschaft übernehmen.

Das G20-Treffen in Washington war vor allem durch die Diskussion der aktuellen Lage der Weltwirtschaft gekennzeichnet. Aufgrund der unmittelbaren zeitlichen Nähe zum G20-Gipfel im September waren konkrete neue Beschlüsse in den meisten Themen der Agenda nicht vorgesehen.

Zur Lage der Weltwirtschaft stellten die Finanzminister und Notenbankgouverneure fest, dass sich die wirtschaftliche Erholung seit dem G20-Gipfel im September fortgesetzt habe. Dabei seien Verbesserungen in den größten Industrieländern und langsameres Wachstum in einigen Schwellenländern zu konstatieren. Risiken und Herausforderungen bestünden fort, vor allem auch die vielerorts inakzeptabel hohe Arbeitslosigkeit. Die USA wurden von der G20 aufgefordert, dringend die derzeitigen fiskalischen Unsicherheiten anzugehen. Zur Geldpolitik stellten die Finanzminister und Notenbankgouverneure fest, dass mit stärkerem und anhaltendem Wachstum wohl auch eine Normalisierung der Geldpolitik einhergehe. Diese werde weiterhin sorgfältig ausgestaltet und klar kommuniziert. Die G20 bekräftigte ihren Willen, die gemeinsam verabredeten Maßnahmen für ein starkes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum umzusetzen, insbesondere auch die in Sankt Petersburg verabschiedeten nationalen Strategien zur Haushaltskonsolidierung.

IWF-JAHRESTAGUNG UND TREFFEN DER G20-FINANZMINISTER UND -NOTENBANKGOUVERNEURE

Ein weiteres Thema des Treffens war die Investitionsfinanzierung. Die von Deutschland gemeinsam mit Indonesien geleitete Study Group legte mit der Entwicklung eines Arbeitsplans eine wichtige Grundlage für die weiteren Schritte in diesem Bereich. Inhaltlich ist für die Bundesregierung vor allem die Mobilisierung privaten Kapitals entscheidend. Dies wurde auch von den Finanzministern und Notenbankgouverneuren in Washington bestätigt. Aufbauend auf den Ergebnissen der russischen Präsidentschaft wird Australien die Arbeiten als wichtigen Schwerpunkt der eigenen Präsidentschaft im nächsten Jahr weiterführen.

Bei den weiteren Themen der Agenda wurde vor allem die notwendige Umsetzung der wichtigen Beschlüsse des Gipfels im September bekräftigt – etwa bei der Finanzmarktregulierung, wo in Sankt Petersburg eine von Deutschland initiierte Roadmap zur besseren Überwachung und Regulierung des Schattenbankensektors verabschiedet wurde. Auch bei der Steuerpolitik betonten die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure, dass die wichtigen Beschlüsse gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung konsequent umgesetzt werden sollen.

2 IWF-Jahrestagung mit Sitzung des IWF-Lenkungsauschusses (IMFC)

Zur Lage der Weltwirtschaft verliefen die Diskussionen im IMFC weitgehend analog zu denen in der G20. Ein weiteres Thema war die Umsetzung der 2010 beschlossenen Reformen der IWF-Leitungsstruktur und der IWF-Quoten. Diese Reformen sehen den Übergang zu einem Exekutivdirektorium vor, bei dem alle Mitglieder gewählt werden und nicht wie bisher die fünf größten Anteilseigner (darunter auch Deutschland) ihren Exekutivdirektor benennen können. Alle EU-Länder und die Mehrzahl der G20-Länder haben die Reform fristgerecht ratifiziert. Sie tritt in Kraft, wenn drei Fünftel der Mitglieder des IWF,

die 85 % der Stimmrechte repräsentieren, sie ratifiziert haben. Die USA haben bisher die Reform nicht umgesetzt, was aufgrund der Sperrminorität der USA ein Inkrafttreten der Reform verhindert. Ob und wann die USA diese umsetzen, ist zurzeit unklar. Die Mitglieder des IMFC betonten erneut die Wichtigkeit der Reform und forderten alle IWF-Mitglieder zu einer schnellen Ratifizierung auf. Der bisherige Zeitplan für die parallelen Verhandlungen zur 15. Quotenüberprüfung und zur Überprüfung der Quotenformel (geplanter Abschluss: Januar 2014) wurde bestätigt. Diese Prozesse sind Teil der Anstrengungen, den IWF an geänderte weltwirtschaftliche Gewichte anzupassen.

Zur Überwachungspolitik (surveillance) und Kreditvergabe (lending) des IWF begrüßten die Mitgliedstaaten die bisherige Implementierung einer stärker multilateral ausgerichteten IWF-Überwachung (Integrated Surveillance Decision), auf der auch der "Spillover Report" und der "External Sector Report" basieren. Zudem wird der anstehenden Überprüfung der Überwachungstätigkeit des IWF im Rahmen des "Triennial Surveillance Review" und der anstehenden Überprüfung der Kreditfazilitäten entgegengesehen.

Im Hinblick auf die IWF-Tätigkeit in Entwicklungsländern berichtete Managing Director Christine Lagarde, dass die notwendige Zustimmung der Mitglieder vorliege, die noch verbliebenen Erlöse aus IWF-Goldverkäufen freizugeben. Damit soll die nachhaltige Finanzierung der IWF-Entwicklungsländerfazilität (Poverty Reduction and Growth Trust, PRGT) sichergestellt werden. Zudem wird dem baldigen Abschluss des Überprüfungsprozesses für Schuldentragfähigkeitsgrenzen in IWF-Programmen entgegengesehen.

3 Deauville-Partnerschaft

Die im Frühjahr 2011 in Reaktion auf die Umbrüche im nordafrikanisch-arabischen

IWF-Jahrestagung und Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

Raum auf dem G8-Gipfel in Deauville gegründete sogenannte Deauville-Partnerschaft mit dem Ziel, den Aufbau demokratischer Strukturen sowie die Entwicklung der Wirtschaft in dieser Region zu unterstützen, kam am Rande der diesjährigen Jahrestagung auf Finanzministerebene ebenfalls zusammen. Das Treffen, an dem neben den G8-Finanzministern auch die Finanzminister aus dem nordafrikanischarabischen Raum teilnahmen, diente dazu, sich über die bisher erzielten Fortschritte auszutauschen und sinnvolle Handlungsfelder für den weiteren Verlauf der Initiative zu definieren. Im kommenden Jahr wird Russland

die Präsidentschaft und damit auch den Vorsitz der Deauville-Partnerschaft übernehmen. Zu konkreten Schwerpunkten hat sich Russland bislang noch nicht geäußert.

4 Ausblick auf die nächsten Treffen

Das nächste Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure wird am 22. und 23. Februar 2014 in Sydney stattfinden. Die Frühjahrstagung von IWF und Weltbank findet vom 11. bis 13. April 2014 in Washington statt.

STAND DER SEPA-UMSTELLUNG IN DEUTSCHLAND

Stand der SEPA-Umstellung in Deutschland

- Gemäß der europäischen SEPA-Verordnung (EU) Nr. 260/2012 sind die nationalen Überweisungsund Lastschriftverfahren bis zum 1. Februar 2014 auf die europäischen SEPA-Verfahren (SEPA-Überweisung und SEPA-Lastschrift) umzustellen.
- Nach den Indikatoren der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Deutschen Bundesbank ist der Umstellungsstand in den einzelnen Euro-Ländern sehr unterschiedlich. Deutschland gehört sowohl bei der Nutzung der SEPA-Überweisung als auch bei der Nutzung der SEPA-Lastschrift bislang zu den Nachzüglern. Aufgrund der derzeit noch niedrigen SEPA-Nutzung ist absehbar, dass die Umstellung geballt innerhalb der nächsten zwei Monate erfolgen wird. Darauf müssen die Zahlungsdienstleister technisch und organisatorisch vorbereitet sein.
- Nach Angaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht werden die Zahlungsdienstleister keine größeren Probleme mit der SEPA-Umstellung haben, wenn in der Schlussphase alles weiter nach Plan läuft. Bei den Zahlungsdienstnutzern spricht Einiges dafür, dass die rechtzeitige SEPA-Umstellung für den Verbraucher, die Bundesverwaltung sowie für größere Unternehmen und Unternehmen, die keine Lastschriften einreichen, kein größeres Problem darstellen dürfte. Es kommt jetzt darauf an, dass auch kleine und mittelständische Unternehmen und Vereine, die Lastschriften einreichen, eine rechtzeitige SEPA-Umstellung sicherstellen. Hier müssen die Zahlungsdienstleister ihre Kundenberatung weiter verstärken.

1	Einleitung	26
	SEPA - Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum	
3	SEPA-Indikatoren der EZB und der Deutschen Bundesbank	28
3.1	SEPA-Überweisung	28
	SEPA-Lastschrift	
3.3	Gläubiger-ID	28
3.4	Bewertung der SEPA-Indikatoren	30
4	Stand der SEPA-Umstellung bei den deutschen Zahlungsdienstleistern	32
5	Stand der SEPA-Umstellung bei den deutschen Zahlungsdienstnutzern	33
6	Schlussfolgerungen	33

1 Einleitung

Gemäß der europäischen SEPA-Verordnung (EU) Nr. 260/2012 sind die nationalen Überweisungs- und Lastschriftverfahren bis zum 1. Februar 2014 auf die europäischen SEPA-Verfahren (SEPA-Überweisung und SEPA-Lastschrift) umzustellen. SEPA steht für Single Euro Payments Area, den einheitlichen Zahlungsverkehrsraum für Eurozahlungen. Nach den Indikatoren der EZB ist der

Umstellungsstand in den einzelnen Euro-Ländern sehr unterschiedlich. Deutschland gehört sowohl bei der Nutzung der SEPA-Überweisung als auch bei der Nutzung der SEPA-Lastschrift bislang zu den Nachzüglern. Mit Blick darauf, dass die SEPA-Umstellung bei allen Marktteilnehmern innerhalb der nächsten zwei Monate abgeschlossen werden muss, führen die EZB-Indikatoren dazu, dass der SEPA-Umstellungsstand in Deutschland in den Medien häufig als alarmierend eingestuft wird. Inwieweit die EZB-Indikatoren einen

STAND DER SEPA-UMSTELLUNG IN DEUTSCHLAND

solchen Schluss zulassen und wie sich der aktuelle Stand der SEPA-Umstellung bei den Zahlungsdienstleistern in Deutschland aus Sicht des BMF darstellt, soll in diesem Beitrag behandelt werden.

2 SEPA - Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum

Ein einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum ist gerade für Deutschland, den größten Zahlungsverkehrsmarkt in der Europäischen Union (EU), von großer Bedeutung. Bürger können innerhalb Europas ihren Aufenthalt frei wählen. Unternehmen können europaweit ihre Waren frei verkaufen und ihre Dienstleistungen grenzüberschreitend anbieten. Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren eines solchen Binnenmarktes ist, dass auch bargeldlose Zahlungen nicht an Ländergrenzen gebunden sind. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen der grenzüberschreitende Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen über das Internet stetig zunimmt. Mit dem Euro gibt es bereits seit über zehn Jahren eine gemeinsame Währung und damit ein einheitliches Zahlungsmittel. Im bargeldlosen Zahlungsverkehr existierten hingegen bislang 28 unterschiedliche Systeme. Dies ist nicht nur ineffizient, sondern führt auch dazu, dass der europäische Binnenmarkt mit einheitlichen Produkten und einheitlicher Infrastruktur unvollendet bleibt.

Mit der europäischen SEPA-Verordnung und den von der europäischen Kreditwirtschaft entwickelten SEPA-Zahlverfahren können die bestehenden Unterschiede in den Mitgliedstaaten der EU nunmehr überwunden werden. Der bargeldlose Euro-Zahlungsverkehr kann dadurch in der EU einfacher, schneller und kostengünstiger durchgeführt werden. Vorteile haben davon alle Zahlungsdienstenutzer. Dies gilt an erster Stelle für Unternehmen, die ihre Dienstleistungen und Produkte in der gesamten EU oder international

anbieten. Diese erhalten durch SEPA die Möglichkeit, unabhängig von ihrem Sitz oder Wohnort ihre gesamten bargeldlosen Euro-Zahlungen, ihre Kontoführung sowie das Cash Management im gesamten SEPA-Markt effizient, sicher und einheitlich zu steuern und sich für ihre Kontoführung das Kreditinstitut mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis in ganz Europa auszusuchen. Unternehmen, die im Internethandel aktiv sind, können, in Absprache mit ihrer Bank, ihren Kunden das Überweisungs- und Lastschriftverfahren nunmehr europaweit als elektronische Zahlungsmöglichkeit neben der Kreditkartenzahlung und ähnlichen Bezahlmöglichkeiten anbieten. Zahlungsdienstleister können ihre einheitlichen SEPA-Produkte über harmonisierte Abwicklungssysteme im gesamten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) anbieten, ohne davon abweichende Systeme und Produkte für die nationalen Märkte vorhalten zu müssen. Aber auch die Verbraucher haben Vorteile; sie können ihren gesamten Zahlungsverkehr bei einer beliebigen Bank in ganz Europa abwickeln. Dies wird vor allem dann interessant, wenn sich der europaweit steigende Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten preissenkend und qualitätssteigernd auf die Angebote der Kreditinstitute auswirkt.

Bei der SEPA-Überweisung und der SEPA-Lastschrift handelt es sich um Produkte der europäischen Kreditwirtschaft. Sie wurden vom European Payments Council entwickelt und werden seit 2008 (Überweisungen) beziehungsweise 2009 (Lastschriften) auf dem europäischen Markt angeboten. Doch allein mit der damaligen Einführung der europäischen Zahlverfahren durch die europäische Kreditwirtschaft konnte ein marktgetriebener Zahlungsverkehrsbinnenmarkt nicht realisiert werden. Der europäische Gesetzgeber hat daher mit der SEPA-Verordnung ein Enddatum für die nationalen Verfahren festgelegt, um den Binnenmarkt in diesem Bereich nunmehr zu vollenden. Die Änderungen, die sich durch

STAND DER SEPA-UMSTELLUNG IN DEUTSCHLAND

SEPA für Bürger, Unternehmen sowie Banken ergeben, wurden bereits im Monatsbericht des BMF vom Mai 2012 erläutert.

3 SEPA-Indikatoren der EZB und der Deutschen Bundesbank

Der Stand der SEPA-Umstellung in der EU wird regelmäßig von der EZB überprüft. Als Indikator dient der Anteil der SEPA-Überweisungen und SEPA-Lastschriften am Gesamtvolumen der von den Instituten durchgeführten Überweisungen beziehungsweise Lastschriften. Dazu erheben die jeweiligen Nationalbanken (in Deutschland die Deutsche Bundesbank) von den Instituten in ihrem Mitgliedstaat die entsprechenden Zahlungsverkehrsdaten. Sie bilden den Stand der SEPA-Nutzung im Interbankenbereich ab. Nicht entnommen werden kann diesen Daten. inwieweit auch die Zahlungsdienstnutzer (Verbraucher sowie Unternehmen und Vereine) bereits die Zahlungen im SEPA-Format einleiten. Aus diesem Grund erhebt die Deutsche Bundesbank ergänzend in Deutschland die sogenannte Gläubiger-ID. Diese benötigen Lastschrifteinreicher, um am SEPA-Lastschriftverfahren teilnehmen zu können.

Der Stand der SEPA-Umstellung in Deutschland wird zudem regelmäßig im sogenannten Migrationsbericht des Deutschen SEPA-Rates veröffentlicht. Die aktuellsten Zahlen hat die Deutsche Bundesbank Ende Oktober 2013 vorgestellt.

3.1 SEPA-Überweisung

Nach den Zahlen der EZB steigt der SEPA-Indikator für die Nutzung der SEPA-Überweisung in den Euro-Ländern stetig an (vergleiche Abbildung 1). Im September lag der Anteil der SEPA-Überweisungen an allen durchgeführten Überweisungen bei 56,26 %. Deutschland ist jedoch weiterhin ein Nachzügler bei der Nutzung. Der SEPA-Anteil betrug im 3. Quartal 2013 lediglich knapp 14 % aller Überweisungen.

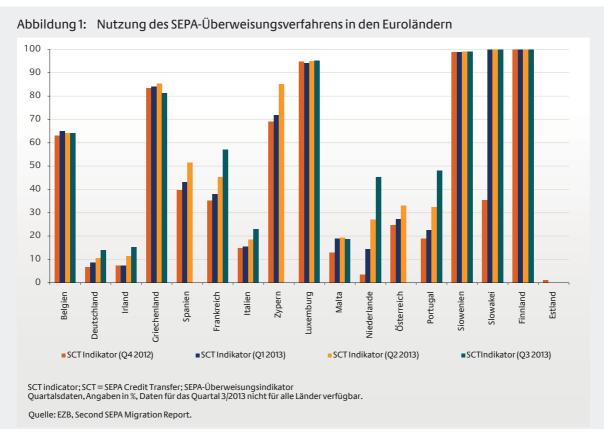
3.2 SEPA-Lastschrift

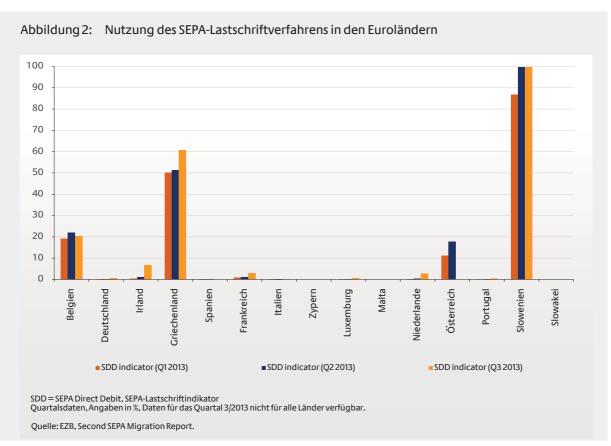
Die Nutzung der SEPA-Lastschrift verläuft weiterhin sehr zögerlich. 6,84% beträgt der Anteil der SEPA-Lastschriften an allen getätigten Lastschriften in den Euroländern (vergleiche Abbildung 2). In Deutschland wird das neue Verfahren mit einem Anteil von 0,68% im 3. Quartal fast gar nicht genutzt.

3.3 Gläubiger-ID

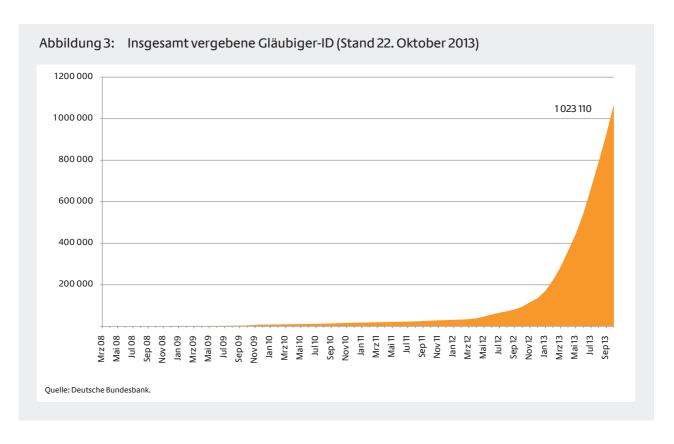
Als zusätzlichen Indikator für den SEPA-Vorbereitungsstand in Deutschland erhebt die Deutsche Bundesbank die sogenannte Gläubiger-ID. Diese benötigen Lastschrifteinreicher, um am SEPA-Lastschriftverfahren teilnehmen zu können. Die Zahl der vergebenen Gläubiger-ID steigt kontinuierlich an. Bis Ende Oktober 2013 wurden insgesamt 1 068 745 Gläubiger-ID beantragt, davon allein im Oktober 145 360 Gläubiger-ID.

STAND DER SEPA-UMSTELLUNG IN DEUTSCHLAND





STAND DER SEPA-UMSTELLUNG IN DEUTSCHLAND



3.4 Bewertung der SEPA-Indikatoren

Nach den Zahlen der EZB gehört Deutschland im Euro-Raum zu den Nachzüglern. Bei den SEPA-Indikatoren der EZB ist jedoch zu bedenken, dass die Zahlen hauptsächlich etwas über den Umstellungsstand der Institute aussagen, weniger über den der Zahlungsdienstnutzer. Dies liegt vor allem daran, dass es sich bei den Daten um Angaben aus dem Interbankenverkehr handelt. Erfasst wird, ob das Institut die Zahlung im SEPA-Format durchführt, nicht aber, ob der Zahlungsdienstnutzer sie - wie nach der SEPA-Verordnung gefordert - im SEPA-Format auslöst. Auch werden die Angaben der Institute weder durch die Nationalbanken noch durch die EZB qualitativ geprüft.

SEPA-Überweisung

Die Zahl der SEPA-Überweisungen in Deutschland wird vermutlich im November/Dezember dieses Jahres stark ansteigen. Dies liegt an dem letzten Release-Wechsel, den die Institute beziehungsweise ihre IT-Dienstleister zur abschließenden Implementierung der SEPA-Verfahren in ihrer IT-Infrastruktur durchführen werden. Der Release-Wechsel ermöglicht zum einen, dass dann auch die Institute ihren eigenen Zahlungsverkehr im SEPA-Format durchführen. Dies war bislang nicht der Fall. Zum anderen wird mit dem Release-Wechsel ermöglicht, dass eine Vielzahl der Kundenüberweisungen (z. B. im Online-Banking) automatisch in das SEPA-Format umgewandelt und in diesem durchgeführt wird, auch wenn die Bankkunden Überweisungen im "Altformat" einreichen.

SEPA-Lastschrift

Etwas anders stellt sich die Lage im Lastschriftbereich dar. Zwar können auch hier Institute grundsätzlich Lastschriften im SEPA-Format durchführen, ohne dass der Kunde sie im SEPA-Format einreicht. Der Aufwand ist jedoch ungleich höher und die "Umwandlung" nicht vollautomatisiert möglich.

STAND DER SEPA-UMSTELLUNG IN DEUTSCHLAND

Positiv auf die SEPA-Indikatoren im Lastschriftbereich dürfte sich jedoch die in diesem Monat eingeführte COR 1-Lastschrift (Lastschrift mit verkürzter Vorlagefrist) auswirken. Anders als die SEPA-Basislastschrift, für die nach den Vertragswerken der europäischen Kreditwirtschaft eine Vorlagefrist von fünf (bei erstmaligen Lastschriften) beziehungsweise zwei Tagen (bei wiederkehrenden Lastschriften) vorgesehen ist, besteht bei der COR 1-Lastschrift eine Vorlagefrist von einem Tag. Ansonsten entspricht sie der SEPA-Basislastschrift. Die COR 1-Lastschrift dürfte vor allem für Arbeitgeber von Bedeutung sein. Die Mehrzahl der Arbeitgeber nutzt bisher für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge (Kranken-, Pflege-, Renten-, Arbeitslosenversicherung) das Lastschriftverfahren. Die bei der SEPA-Basislastschrift geltenden Fristen (fünf beziehungsweise zwei Tage) sind jedoch schwer mit den für den Beitragseinzug geltenden gesetzlich vorgegebenen Fristen vereinbar. Dieses Problem wird durch die COR 1-Lastschrift nunmehr gelöst und dürfte für einen entsprechenden Schub bei der SEPA-Umstellung sorgen.

Anders als bei den Überweisungen kann bei den Lastschriften ein SEPA-Anteil von nahezu 100 % ab dem 1. Februar 2014 nicht erwartet werden. Dies liegt vor allem an der Übergangsbestimmung Artikel 16 Absatz 4 SEPA-Verordnung, von dem der deutsche Gesetzgeber in § 7c Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG) Gebrauch gemacht hat. Danach kann das im deutschen Handel weit verbreitete Elektronische Lastschriftverfahren (ELV) in seiner jetzigen Form (basierend auf Kontonummer, Bankleitzahl und DTA-Format) bis zum 1. Februar 2016 weiter genutzt werden. Nach Angaben des Handelsverband Deutschland (HDE) werden jährlich bis zu 1 Mrd. Lastschriften im ELV eingereicht. Vor diesem Hintergrund erscheint ein Zielwert von über 70 % bei der Nutzung des SEPA-Lastschriftverfahrens ab 1. Februar 2014 nicht realistisch.

Gläubiger-ID

Die Anzahl der von der Bundesbank vergebenen Gläubiger-ID lässt zwar den Schluss zu, dass sich die jeweiligen Antragsteller mit der SEPA-Umstellung beschäftigen. Ob oder in welchem Umfang sie das SEPA-Lastschriftverfahren bereits nutzen, kann diesen Angaben jedoch nicht entnommen werden. Auch kann aus der Anzahl der vergebenen Gläubiger-ID nicht geschlossen werden, wie viele Lastschrifteinreicher noch nicht über eine Gläubiger-ID verfügen. Zwar existieren in Deutschland rund 3,6 Millionen Unternehmen und 600 000 eingetragene Vereine. Die Anzahl der Zahlungsdienstnutzer, die eine Gläubiger-ID benötigen, lässt sich jedoch nicht allein aus den Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Anzahl der Unternehmen und Vereine in Deutschland ableiten. Zwar wird ein Großteil der Vereine das Lastschriftverfahren zum Einzug der Mitgliedsbeiträge nutzen. Bei den Unternehmen hingegen dürfte die Nutzung des Lastschriftverfahrens von der jeweiligen Branche und dem jeweiligen Geschäftsmodell abhängen. So gibt es eine Reihe von Geschäftsfeldern, in denen das Lastschriftverfahren gar nicht genutzt wird, so z. B. im Handwerk, im produzierenden Gewerbe und zum Teil auch im Dienstleistungssektor.

Im Ergebnis wird deutlich, dass die SEPA-Indikatoren der EZB und der Deutschen Bundesbank zwar wichtige Hinweise zum Stand der SEPA-Umstellung in Deutschland und in der EU liefern. Sie beleuchten aber nur einen Teilaspekt der SEPA-Umstellung, nämlich die Zahlungsabwicklung im Interbankenverkehr. Aussagen über den tatsächlichen Umstellungsstand bei den Zahlungsdienstnutzern lassen die Zahlen nur eingeschränkt zu. So kann aus einem niedrigen SEPA-Indikator geschlossen werden, dass auch die Zahlungsdienstnutzer bislang kaum Zahlungen im SEPA-Format initiieren. Der Umkehrschluss, dass bei einem hohen SEPA-Indikator entsprechend

STAND DER SEPA-UMSTELLUNG IN DEUTSCHLAND

viele Zahlungsdienstnutzer Zahlungen im SEPA-Format einleiten, kann hingegen nicht gezogen werden. Ein EU-weiter Vergleich des Umstellungsstands bei den Zahlungsdienstnutzern ist daher anhand der SEPA-Indikatoren der EZB und der Deutschen Bundesbank kaum möglich.

4 Stand der SEPA-Umstellung bei den deutschen Zahlungsdienstleistern

Um zu klären, ob die deutschen Zahlungsdienstleister zum 1. Februar 2014 technisch und organisatorisch in der Lage sein werden, den Zahlungsverkehr in SEPA abzuwickeln, führte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Auftrag des BMF eine Erhebung im Juli 2013 durch. Das Auskunftsersuchen ergab Folgendes:

Die Zahlungsdienstleister sind auf das SEPA-Verfahren organisatorisch grundsätzlich gut vorbereitet. Die Geschäftsprozesse sind bereits weitestgehend an SEPA angepasst. Die Bankkunden können sich darauf verlassen, dass ihre Zahlungsdienstleister bereits jetzt in der Lage sind, SEPA-Zahlungen durchzuführen. Ihre eigene Zahlungsabwicklung hatten die Institute zum damaligen Zeitpunkt jedoch noch nicht auf SEPA umgestellt.

Die technische Umstellung auf das SEPAFormat wird maßgeblich durch die externen
IT-Dienstleister der Zahlungsdienstleister
(Rechenzentren) durchgeführt. Der Aufsicht
liegen keine Anhaltspunkte vor, die eine
fristgerechte Umsetzung der Projekte bei
den IT-Dienstleistern in Zweifel ziehen.
Die IT-Dienstleister haben dem Aspekt
der Massenfestigkeit Rechnung getragen.
Allerdings sieht die BaFin den engen Zeitpuffer
zwischen dem letzten Release-Wechsel im
Herbst 2013 und dem 1. Februar 2014 kritisch.
Die Institute sind aufsichtsrechtlich dafür
verantwortlich, dass ihre Dienstleister die
letzten technischen Anpassungen zeitgerecht

abschließen. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass unerwartete Störungen in einem ausreichenden Zeitfenster vor dem 1. Februar 2014 aufgefangen werden können.

Die Zahlungsdienstleister informieren ihre Kunden in vielfältiger Weise über SEPA. Sie unterstützen insbesondere Firmenkunden bei der Umwandlung ihrer Kundenstammdaten und bei der Umstellung auf die SEPA-Basisund die SEPA-Firmenlastschrift. Dennoch verfügen die Zahlungsdienstleister in der Fläche noch nicht über ausreichende Kenntnisse über den SEPA-Umsetzungsstand ihrer Kunden. Das umfassende Wissen um die SEPA-Fähigkeit ihrer Kunden, insbesondere der Lastschrifteinreicher, ist jedoch für die Abschätzung des institutseigenen Risikos, das mit einer nicht fristgerechten SEPA-Umstellung der Kunden einhergeht, erforderlich.

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse gab die BaFin folgende Empfehlungen ab:

- Die deutschen Zahlungsdienstleister sollten die Umstellungsprojekte im eigenen Haus ohne Verzögerung abschließen.
- 2. Die technische Umstellung sollte mit ausreichendem Zeitpuffer zum SEPA-Stichtag abgeschlossen sein. Haben Zahlungsdienstleister einen IT-Dienstleister mit der technischen Umstellung beauftragt, so sollte sich die Geschäftsführung regelmäßig und zeitnah über den erfolgreichen Ablauf der Umstellungsprojekte des IT-Dienstleisters informieren und bei erkennbaren Problemen sofort auf die Problembeseitigung drängen.
- 3. Die Information der Kunden über die SEPA-Umstellung sollte noch einmal intensiviert werden. Dies gilt insbesondere für die Kundengruppe, welche Lastschriften einreicht. Die konkrete Ansprache einzelner Kunden oder Kundengruppen

STAND DER SEPA-UMSTELLUNG IN DEUTSCHLAND

sollte dabei im Vordergrund stehen. Hier sollten Zahlungsdienstleister risikoorientiert auf die Kunden zugehen und die SEPA-Umstellung beim Kunden einfordern.

Aufgrund der dritten Empfehlung hat die BaFin im Oktober 2013 einen ergänzenden Fragebogen zum SEPA-Lastschriftverfahren an alle deutschen Institute versandt. Mit dem Fragebogen soll vor allem geklärt werden, welche Gruppen von Zahlungsdienstnutzern die meisten Lastschriften einreichen und wie die Institute diese bei der SEPA-Umstellung begleiten.

5 Stand der SEPA-Umstellung bei den deutschen Zahlungsdienstnutzern

Bei den einzelnen Gruppen der Zahlungsdienstnutzer besteht, anders als bei den der laufenden Aufsicht der BaFin unterworfenen Zahlungsdienstleistern, eine weitgehend ungesicherte Datenlage zum Stand der SEPANutzung. Feststellbar ist jedoch, dass die SEPANutzung recht unterschiedlich ist.

Für Verbraucherdürfte die rechtzeitige SEPA-Umstellung kein größeres Problem darstellen. Für sie ändert sich nicht viel. Ihre Bankleitzahl und Kontonummer wird durch die IBAN (International Bank Account Number) ersetzt. Daueraufträge werden als Überweisungen automatisch umgestellt. Hat der Verbraucher eine Lastschrift erteilt, dann wird diese automatisch umgestellt. Darüber wird er von demjenigen, dem er die Lastschrift erteilt hat, in der Regel informiert. Bis zum 1. Februar 2016 können Verbraucher zudem Überweisungen noch mit der herkömmlichen Kontonummer und Bankleitzahl durchführen. Die "alten" Nummern können aufgrund einer Übergangsbestimmung in der SEPA-Verordnung (Artikel 16 Absatz 1 SEPA-Verordnung) bis zum 1. Februar 2016 von den Banken in die IBAN umgewandelt werden (sogenannte Konvertierung).

Den Zahlen der EZB-Indikatoren kann entnommen werden, dass in Deutschland die SEPA-Verfahren noch nicht flächendeckend von Unternehmen und Vereinen genutzt werden. Der Stand der Vorbereitung der SEPA-Umstellung in den Unternehmen und Vereinen kann diesen Zahlen hingegen nicht entnommen werden. Er wird je nach Unternehmensgröße und Nutzung von Zahlungsinstrumenten (insbesondere Lastschriften) sehr unterschiedlich sein.

Auch die öffentliche Verwaltung muss ihre Zahlverfahren bis zum 1. Februar 2014 auf SEPA umstellen. Die Umstellung in der Bundesverwaltung wird bis Ende November 2013 weitestgehend abgeschlossen sein. Bereits heute werden über 80 % aller Überweisungen aus dem Bundeshaushalt mittels SEPA durchgeführt. Bei den Lastschriften beträgt der Anteil der SEPA-Lastschriften über 70 %. Die Deutsche Post AG Renten Service zahlt monatlich im Auftrag der gesetzlichen Rentenversicherungsträger 25 Millionen Renten an 20 Millionen Rentner im In- und Ausland per SEPA-Überweisung aus. Die Bundesagentur für Arbeit zahlt z. B. das Kindergeld (monatlich rund 9 Mio. Zahlungen) und das Arbeitslosengeld I (monatlich rund 1,2 Mio. Zahlungen) per SEPA-Überweisung aus. Nach der halbjährlich von der Europäischen Kommission über das BMF durchgeführten Abfrage zum Stand der SEPA-Umstellung wird das SEPA-Überweisungsverfahren von den Ländern immerhin für etwa ein Viertel aller Überweisungen genutzt (Stand Juni 2013). Aussagekräftige Daten zur SEPA-Umstellung in den Kommunen liegen dem BMF nicht vor. Die meisten noch nicht umgestellten Bewirtschafter in den Ländern und Kommunen haben die SEPA-Umstellung jedoch für November/Dezember 2013 avisiert.

6 Schlussfolgerungen

Die Frage, ob Zahlungsdienstleister und Zahlungsdienstnutzer flächendeckend in der Lage sein werden, bis zum 1. Februar 2014

STAND DER SEPA-UMSTELLUNG IN DEUTSCHLAND

ihren Zahlungsverkehr auf SEPA umzustellen, lässt sich nicht mit einem eindeutigen "ja" oder "nein" beantworten. Aus den Indikatoren der EZB beziehungsweise der Deutschen Bundesbank kann zwar gefolgert werden, dass die SEPA-Verfahren von den deutschen Zahlungsdienstnutzern bislang kaum genutzt werden. Ob die Zahlungsdienstnutzer in den anderen Euro-Ländern die SEPA-Verfahren im Vergleich stärker nutzen, kann den Indikatoren nicht entnommen werden. Auch kann den Zahlen nicht entnommen werden, wie gut der Vorbereitungsstand der Zahlungsdienstleister und der Zahlungsdienstnutzer mit Blick auf die Umstellung zum 1. Februar 2014 ist. Aufgrund der bislang niedrigen SEPA-Nutzung ist jedoch absehbar, dass die Umstellung geballt innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums, also "auf einen Schlag" erfolgen wird. Darauf müssen die Institute technisch und organisatorisch vorbereitet sein. Insoweit besteht noch bei allen Marktakteuren Handlungsbedarf.

Aufgrund der bisherigen Erkenntnislage seitens der BaFin lässt sich feststellen, das die Institute, wenn im Endspurt alles nach Plan läuft, keine größeren Probleme mit der SEPA-Umstellung haben werden. Sie müssen jedoch ihre Betreuung von Firmenkunden und Vereinen, soweit diese Lastschrifteinreicher sind, weiter intensivieren.

Bei den Zahlungsdienstnutzern spricht einiges dafür, dass die rechtzeitige SEPA-Umstellung für Verbraucher, für die Bundesverwaltung sowie für größere Unternehmen und Unternehmen, die keine Lastschriften einreichen, kein größeres Problem darstellen dürfte. Offen ist derzeit noch, ob vor allem kleine und mittelständische Unternehmen und Vereine, die Lastschriften einreichen, eine rechtzeitige SEPA-Umstellung sicherstellen können. Für die rechtzeitige Umstellung des eigenen Zahlungsverkehrs sind die Betroffenen selbst verantwortlich. Um den Prozess zu unterstützen, haben die Bundesregierung, die Deutsche Bundesbank und die deutsche Kreditwirtschaft jedoch eine

Reihe von Maßnahmen ergriffen (z. B. Informationskampagnen).

Nach der SEPA-Verordnung hat die Umstellung der bargeldlosen Zahlverfahren zwingend zum 1. Februar 2014 zu erfolgen. Die Bundesregierung hatte sich in Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 11. Mai 2011 (Drucksache 17/5768) in den Verhandlungen zur SEPA-Verordnung für eine längere Übergangszeit (vier statt zwei Jahre) eingesetzt, weil bereits damals die jetzt zutage tretenden Umstellungsschwierigkeiten befürchtet werden mussten. Die Bundesregierung wurde jedoch von den übrigen Mitgliedstaaten ebenso wie vom Europäischen Parlament nicht unterstützt.

Für Verbraucher, Unternehmen und Vereine sehen die SEPA-Verordnung und das SEPA-Begleitgesetz keine hoheitlichen Sanktionen, wie etwa Bußgeldtatbestände vor, sollten diese sich nach dem 1. Februar 2014 nicht verordnungskonform verhalten. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass sich Kreditinstitute aufgrund der Vorgaben der SEPA-Verordnung und ihrer Kundenbedingungen nicht in der Lage sehen, die Zahlungen ihrer Kunden in den alten Formaten durchzuführen.

Mit Blick auf die Zahlungsdienstleister steht der BaFin - als zuständiger Behörde - bei verordnungswidrigem Verhalten der Institute ein breites Spektrum an Reaktionsmöglichkeiten zur Verfügung, und es steht im Ermessen der Behörde, welches Instrument eingesetzt wird. Der Entscheidung geht stets eine genaue Sachverhaltsaufklärung voraus. Erst auf dieser Basis können weitere Überlegungen angestellt werden, wie das Ermessen ausgeübt wird. Dabei gilt es, insbesondere den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Deshalb sind Maßnahmen von einer schriftlichen Rüge der Geschäftsleitung über Anordnungen gemäß § 25b Absatz 2 Kreditwesengesetz (KWG) oder bis zur Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens gemäß § 56 Absatz 4b KWG denkbar, die die BaFin dann zu treffen hat.

JAHRESTAGUNG DER OECD ZU "PERFORMANCE AND RESULTS"

Jahrestagung der OECD zu "Performance and Results"

Rückblick auf die Ergebnisse der Veranstaltung

- Am 7. und 8. November 2013 trafen sich rund 80 Delegierte aus den OECD-Mitgliedstaaten anlässlich der neunten Jahrestagung des "OECD Senior Budget Officials Network on Performance and Results" im BMF in Berlin.
- Das Netzwerk ist ein Gremium aus Vertretern der nationalen Finanzministerien sowie externen Experten, das sich vorwiegend zentralen Fragen der wirkungsorientierten Haushaltspolitik widmet und regelmäßig zu einem Erfahrungsaustausch zusammenkommt.
- Schwerpunkt der diesjährigen Jahrestagung unter Vorsitz von Dr. Christian Kastrop (Leiter der Unterabteilung für Grundsatzfragen der Finanzpolitik im BMF) war die praktische Umsetzung einer wirkungsorientierten Haushaltspolitik im Dialog mit Öffentlichkeit und Politik.

Den Auftakt der diesjährigen, unter Schirmherrschaft des BMF durchgeführten Jahrestagung des "OECD Senior Budget Officials Network on Performance and Results" setzte Haushaltsstaatssekretär Werner Gatzer mit einem Grußwort an die Teilnehmer, in dem er die Bedeutung des Netzwerks auch für die weiteren Arbeiten in Deutschland zur Steigerung von Wirksamkeit und Transparenz der öffentlichen Ausgaben würdigte.

Im Anschluss diskutierten Dr. Robert Heller (Präsident der Bundesfinanzakademie) und Derek Eder (Mitbegründer von Open City, USA) die kommunikativen Erfordernisse an eine wirksamkeits- und transparenzsteigernde Haushaltspolitik. Dabei wurde einerseits beleuchtet, auf welche Kommunikationsfaktoren es bei der Einführung einer wirkungsorientierten Steuerung des öffentlichen Haushaltswesens ankommt. So sei nicht nur der richtige Adressatenkreis (Bürger, Verwaltung, politische Entscheidungsträger, staatliche Ebenen) entscheidend, sondern insbesondere auch zeitliche Taktung und Inhalte der Kommunikation. Andererseits wurden Best-Practice-Beispiele gegeben, wie komplexe Haushaltsdaten möglichst verständlich, transparent und bürgernah aufbereitet

werden können, um Aufmerksamkeit und Interesse der Bürger zu stärken.

Zudem widmete sich die Veranstaltung der Frage, welche Rückwirkungen von Evaluationen und Evaluationsergebnissen auf den Haushaltsprozess ausgehen. Es wurde deutlich, dass sich die Einführung sogenannter "Spending Reviews" in Zeiten begrenzter fiskalischer Spielräume in vielen OECD-Ländern bewährt hat. Bei "Spending Reviews" handelt es sich um exante-Evaluationen, die zur strategischen Ausgabenkontrolle und -priorisierung eingesetzt werden. Sie werden typischerweise im Vorfeld von Haushaltsverhandlungen von ad hoc zusammengesetzten Arbeitsgruppen in der Regel unter Federführung der Finanzministerien für einzelne oder übergreifende Politikbereiche durchgeführt. "Spending Reviews" resultieren in Vorschlägen zur Steigerung der Wirksamkeit und Effizienz der jeweiligen Ausgabenstruktur. In diesem Prozess kommen insbesondere auch Ergebnisse aus ex-post-Evaluationen zum Tragen, die den Grad der Zielerreichung des bisherigen Ausgabenverhaltens prüfen. Es sei allerdings zu berücksichtigen, dass der Erfolg von "Spending Reviews" immer auch von der Klarheit der im Vorfeld definierten Ziele und

JAHRESTAGUNG DER OECD ZU "PERFORMANCE AND RESULTS"

vom Grad der politischen Verbindlichkeit abhänge.

In den meisten OECD-Ländern hat sich die zunehmende Erstellung und Nutzung von Wirkungsinformationen (in Form von Evaluationsergebnissen, Performance-Indikatoren u. a.) im Haushaltsverfahren in vielerlei Hinsicht als sinnvoll herausgestellt:

- zur Erhöhung der öffentlichen Transparenz über Ziele und Prioritäten der Regierung,
- zur Steigerung der Wirkungsorientierung innerhalb der Regierung und der öffentlichen Verwaltung,
- zur Setzung und Unterstützung von Prioritäten,
- zur Anregung von internen und öffentlichen Diskussionen.
- auf dem Weg hin zu einer stärker evidenzorientierten Politik, die ihre Berechtigung insbesondere in finanziellen Notlagen hat.

Grundlegend sei, Wirkungsorientierung im Haushaltsverfahren nicht zum Selbstzweck werden zu lassen, sondern an strategischen politischen Herausforderungen auszurichten. Zudem bestand Einvernehmen, dass wirkungsorientierte Haushaltspolitik zunehmend auch dazu genutzt werden könne und sollte, langfristige Herausforderungen (wie z. B. den demografischen Wandel) stärker in den Blick zu nehmen. Gleichwohl sei festzustellen, dass in den meisten Ländern zumeist noch keine automatisierte Rückkopplung von Wirkungsinformationen auf die Allokation von Haushaltsmitteln bestehe.

Dr. Michael Thöne vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln führte in die Diskussion um die Auswirkungen nationaler und internationaler Benchmarks (wie z. B. PISA) auf politische Entscheidungsprozesse ein. Im Verlauf der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass ein intelligentes Design der Benchmarks entscheidend sei, um Länder zu Wirksamkeitssteigerungen zu motivieren und gleichzeitig Fehlanreize zu vermeiden. Dabei komme es zum einen auf konzeptionelle Faktoren an, wie beispielsweise auf eine angemessene Vergleichbarkeit von Daten. Auch institutionelle Faktoren, u. a. der Einfluss von Interessengruppen, sowie eine sorgfältige Wahl des Themas spielten eine wesentliche Rolle.

Im weiteren Verlauf der Konferenz wurden zentrale Ergebnisse des "Valuefor-Money"-Projekts der OECD vorgestellt. Im Rahmen dieses Projekts wurden Daten über den Einsatz von Haushaltsmitteln für zentrale Regierungsaufgaben von 13 OECD-Ländern gesammelt und darüber hinaus einzelne Fallstudien durchgeführt. Der Abschlussbericht des Projekts enthält zahlreiche Reformansätze, die die Leistungsfähigkeit des Staates im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln verbessert haben beziehungsweise verbessern können.

Darüber hinaus wurden weitere
Themenbereiche wie die Rolle der IT in der
wirkungsorientierten Haushaltssteuerung,
die Erarbeitung ressortübergreifender
Strategieprozesse und die zielorientierte
Haushaltsführung in föderalen Systemen
behandelt. Auch wurden erste Orientierungen
für OECD-Grundsätze und Standards der
Budgetüberwachung diskutiert. Insgesamt
gab das diesjährige Treffen des OECDNetzwerks einen umfassenden Überblick über
gegenwärtige Trends und Fragestellungen
wirkungsorientierter Haushaltspolitik.

Die Präsentationen und Vorträge der Veranstaltung sind auf der Internetseite des Netzwerks verfügbar.

NEUAUSRICHTUNG DER BUNDESFINANZAKADEMIE

Neuausrichtung der Bundesfinanzakademie

Stärkung der Lehre für den gleichmäßigen Vollzug der Steuergesetze in Bund und Ländern

- Die Bundesfinanzakademie (BFA) hat auf der Grundlage von Artikel 108 Absatz 2 Grundgesetz (GG) den Auftrag, die einheitliche Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Steuerverwaltungen der 16 Länder und des Bundes in Führungspositionen (in der Regel höherer Dienst) durchzuführen.
- Die Dozenten sind das "Gesicht der BFA". Sie werden durch die Neuausrichtung ab dem 1. Oktober 2013 gestärkt: organisatorisch durch Entlastung von Verwaltungsaufgaben, so dass sie sich auf die eigene Lehre in der Ausbildung und das Management der Gastdozenten in der Fortbildung konzentrieren können; individuell durch Verpflichtung zur eigenen Lehre, zur didaktischen Fortbildung und zum Auffrischen praktischer Erfahrungen beziehungsweise Kenntnisse durch mehrmonatigen Einsatz in einem Finanzamt.
- Die BFA bietet den Führungskräften der Steuerverwaltungen auch zukünftig als einzige Einrichtung die Möglichkeit zu übergreifendem Erfahrungsaustausch zwischen Bund und Ländern und zur Bildung von Netzwerken mit internationalen Bezügen.

1	Einleitung	37
1.1	Auftrag der BFA: Aus- und Fortbildung der Führungskräfte der Steuerverwaltungen	37
1.2	Eckpunkte für die Neuausrichtung der BFA	39
	Stärkung von Lehre und Lehrenden	
2.1	Ausrichtung der Organisation der BFA auf die Lehre	40
2.2	Verbesserung der individuellen Kompetenz der Lehrenden	41
3	Effiziente Verwaltung unterstützt Lehre und Lehrenden	41
4	Mittelfristig: Gleichberechtigte Aufgabenwahrnehmung in Brühl und Berlin	42
	Aushlick	47

1 Einleitung

1.1 Auftrag der BFA: Aus- und Fortbildung der Führungskräfte der Steuerverwaltungen

Die BFA ist eine einzigartige Einrichtung, die in besonderer Weise das Zusammenwirken von Bund und Ländern im Bundesstaat widerspiegelt. Der Bund stellt mit der BFA die zentrale bundesweite Aus- und Fortbildungseinrichtung für die Führungskräfte der Steuerverwaltungen bereit (vergleiche Abb. 1).



NEUAUSRICHTUNG DER BUNDESFINANZAKADEMIE

Nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes hat der Bund für fast alle Steuern (bis auf die örtlichen Aufwand- und Verbrauchsteuern) die Gesetzgebungskompetenz. Der Ertrag der Steuern fließt nach den Vorgaben der Finanzverfassung (Artikel 106 GG) dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zu. Die Verwaltungskompetenz ist nach Artikel 108 GG in Anlehnung an die Ertragskompetenz geregelt: Der Bund verwaltet seine Steuern (z. B. Energieund Kraftfahrzeugsteuer), die Länder verwalten ihre Steuern (z. B. Erbschaft- und Schenkungsteuer, Grunderwerbsteuer) und im Auftrag des Bundes die Steuern, die Bund und Ländern gemeinschaftlich zustehen. Dies sind die wichtigsten Steuern, da sie die höchsten Einnahmen haben und deshalb maßgeblich die Haushalte von Bund und Ländern finanzieren: nämlich Umsatz-, Einkommenund Körperschaftsteuer. Sie erbrachten mit 426,2 Mrd. € im Jahr 2012 insgesamt 71,0 % der gesamten Steuereinnahmen (s. a. Monatsbericht BMF vom 22. Juli 2013).

Damit die Steuern auf der Grundlage der Bundesgesetze einheitlich erhoben werden, müssen sich Bund und Länder nicht nur über die Anwendung der Steuergesetze ständig abstimmen; die Angehörigen der Steuerverwaltungen müssen auch in gleicher Weise aus- und fortgebildet werden sowie vernetzt, d. h. länderübergreifend, handeln können.

Dazu unterhält der Bund die BFA, die den verfassungsrechtlich begründeten Auftrag (Artikel 108 Absatz 2 Satz 2 GG) hat, die einheitliche Ausbildung und die Fortbildung der Beamten des höheren Dienstes der Steuerverwaltungen der Länder nach Maßgabe des Steuerbeamtenausbildungsgesetzes (StBAG) und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung (StBAPO) sowie der mit den Ländern abgestimmten Vorgaben durchzuführen; die Ausbildung der Angehörigen des gehobenen und mittleren Dienstes führen die Länder durch. Dementsprechend vermittelt die BFA steuerfachliche Kenntnisse sowie Führungskompetenzen und stellt ein Forum für ein

Bund-Länder-übergreifendes Netzwerk der Steuerbeamten in Führungspositionen (circa 3 % aller Angehörigen der Steuerverwaltungen) bereit.

Im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Länder und den Bund ist die BFA als selbständige Einheit organisatorisch, personell und haushaltsmäßig in das BMF integriert. Sie wurde im Jahr 1951 gegründet, war viele Jahre in Siegburg beheimatet und zog im Jahr 1994 nach Brühl. Im Jahr 2011 hat sie den Lehrbetrieb auch in Berlin aufgenommen.

Im Rahmen der Ausbildung werden seit 1953 neu eingestellte Beamten in die Aufgaben des höheren Dienstes der Steuerverwaltung eingeführt; ihnen werden dabei steuerliche Fachkompetenz sowie die methodischen, sozialen, wirtschaftlichen und internationalen Fähigkeiten vermittelt, die für die Wahrnehmung einer Führungsposition in der Steuerverwaltung notwendig sind. Die Einführungszeit beträgt zwölf Monate. Sie besteht aus ergänzenden Studien an der BFA von je vier Wochen (A-, B-, C-Lehrgang) und einer praktischen Einweisung in den Finanzämtern und Mittelbehörden (Oberfinanzdirektionen, Landesämter) der Länder (§ 5 Absatz 2 StBAG; §§ 25 bis 30 StBAPO). Im Jahr danach nehmen sie an insgesamt einmonatigen fortführenden Studien (D-Module) teil (§ 5 Absatz 3 StBAG).

Am Fortbildungsprogramm können alle Beamten in Positionen, die dem höheren Dienst zugerechnet werden (insbesondere (Haupt-)Sachgebietsleiter, Finanzamtsvorsteher und entsprechende Führungskräfte der Mittelbehörden), teilnehmen. Auch bei der Entwicklung von bundeseinheitlichen Fortbildungsmaßnahmen zu Themen von grundsätzlicher Bedeutung wirken Bund und Länder zusammen (§ 7 Absatz 2 StBAG).

Die BFA trägt damit maßgeblich dazu bei, das verfassungsrechtliche Gebot des einheitlichen und gleichmäßigen Vollzugs der Steuergesetze in Bund und Ländern durchzusetzen, das sich aus Artikel 3 Absatz 1 GG und

NEUAUSRICHTUNG DER BUNDESFINANZAKADEMIE

Auf einen Blick: Leistungen der BFA im Jahr 2012

Lehrgangsteilnehmer	7 200 (davon ergänzende Studien: 1 330)
Lehrende	Hauptamtliche: 15; Gastdozenten: rund 700
Unterrichtsstunden	15 000 (davon ergänzende Studien: circa 2 800)
Lehrveranstaltungen	382 (davon ergänzende Studien: 71)
Lehrgangswochen	403 (davon ergänzende Studien: 156)
Übernachtungen	circa 30 000 (davon in Berlin: circa 5 000)
Ausgaben für Lehrveranstaltungen (Honorare einschließlich Reisekosten)	circa 0,9 Mio. € (davon 30 000 € für Fachliteratur)
Ausgaben für Infrastruktur	circa1,6 Mio. €
Ausgaben für Personal (ohne Honorare)	circa 2,5 Mio. €

Artikel 20 Absatz 3 GG sowie den Anforderungen der Finanzverfassung in Artikel 105 ff. GG ableitet. Denn die Finanzbehörden haben die Steuern nach Maßgabe der Gesetze gleichmäßig festzusetzen und zu erheben.

1.2 Eckpunkte für die Neuausrichtung der BFA

Anlass der Neuausrichtung sind die Erwartungen der Länder und des Bundes an die zukünftige Ausbildung und Fortbildung der Steuerbeamten des höheren Dienstes vor dem Hintergrund der zunehmend von Ländern und Bund vernetzt wahrzunehmenden Aufgaben sowie der Gewinnung und Bindung von qualifizierten Mitarbeitern aufgrund der Folgen der demografischen Entwicklung.

Dementsprechend orientierte sich die Neuausrichtung an folgenden Eckpunkten: Die BFA soll ihre Aufgaben mittelfristig möglichst gleichberechtigt an den Standorten Brühl und Berlin wahrnehmen; Organisation und Verwaltung sollen auf effiziente Einheiten aufbauen. Außerdem sollen Zukunftsperspektiven für Aufgabenfelder entwickelt werden, die neben den Kernaufgaben nach § 7 StBAG wahrgenommen werden können.

Kriterien für die Entscheidung über die von einer Projektgruppe mit Unterstützung

durch aufgabenkritische Untersuchungen der Arbeitseinheit "Führung und Steuerung" im BMF sowie dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) erarbeiteten Vorschläge beziehungsweise Empfehlungen waren:

- 1. Stärkung der Lehre
- 2. Verwaltung dient der Lehre
- 3. Funktion bestimmt die Zuständigkeiten
- 4. Präsident leitet übergreifend Lehre und Verwaltung zur Erreichung gemeinsamer Ziele.

Die Neuausrichtung wurde am 1. Oktober 2013 wirksam.

2 Stärkung von Lehre und Lehrenden

Durch die organisatorische Neuausrichtung – verbunden mit individuellen Maßnahmen – werden die Lehre beziehungsweise die Lehrenden nachhaltig gestärkt. Lehrende sind die hauptamtlich Lehrenden der BFA (Lehrbereichsleiter und ihre Dozenten) sowie die Gastdozenten. Auf dieser Grundlage kann die Qualität der Lehre kontinuierlich verbessert werden.

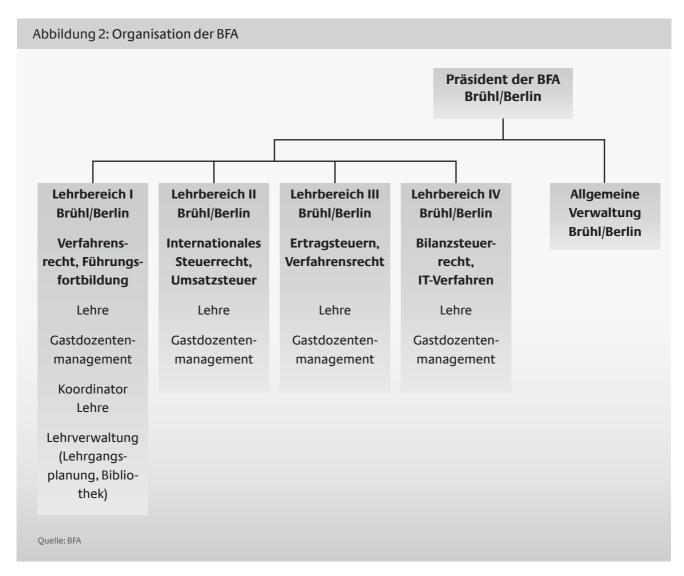
NEUAUSRICHTUNG DER BUNDESFINANZAKADEMIE

2.1 Ausrichtung der Organisation der BFA auf die Lehre

Prägend für die Akademie ist der adressatenbezogene Einsatz von Lehrenden. Bei der Ausbildung, insbesondere den ergänzenden Studien, vermitteln die hauptamtlich Lehrenden der BFA vor allem die Grundlagen des Steuerrechts. In der Fortbildung werden jährlich circa 700 erfahrene Praktiker insbesondere aus den Steuerverwaltungen, Finanzgerichten, der Wirtschaft und der Wissenschaft als Gastdozenten tätig. Deren Einsatz steuern die hauptamtlich Lehrenden der BFA, indem sie geeignete Gastdozenten gewinnen und binden sowie für die fachliche Abstimmung des Unterrichts auf die Ziele der BFA und

die Erfordernisse der Führungskräfte aus den Steuerverwaltungen sorgen. Dadurch wird nachhaltig die Qualität der Fortbildung gesichert.

Diese Doppelaufgabe (eigene Lehrtätigkeit und Management der Gastdozenten) verlangt eine effektive Organisation. Die hauptamtlich Lehrenden sollen sich auf diese Aufgaben konzentrieren können. Deshalb wird die bewährte transparente Organisation in Lehrbereichen beibehalten, die die fachliche Schwerpunktbildung und damit auch eine effektive Vertretung jedes Fachgebiets durch mindestens zwei hauptamtlich Lehrende gewährleistet. In den ergänzenden Studien sollen grundsätzlich die hauptamtlich Lehrenden der BFA unterrichten.



NEUAUSRICHTUNG DER BUNDESFINANZAKADEMIE

Für diese Aufgaben sind organisatorisch vier Lehrbereiche notwendig und ausreichend; sie sind weitgehend von Verwaltungsaufgaben entlastet und grundsätzlich für ein steuerliches Fachgebiet zuständig – und zwar unabhängig davon, ob eine Veranstaltung in Brühl oder Berlin angeboten wird.

Der Leiter des Lehrbereichs I hat grundsätzlich die gleichen Aufgaben wie die übrigen Lehrbereichsleiter; zusätzlich steuert er als "Koordinator Lehre" die lehrbereichsübergreifenden Aufgaben einschließlich des Einsatzes der Lehrenden während des Jahres. Dazu sind ihm die mit den Aufgaben der Lehrbereiche untrennbar verbundenen unterstützenden Tätigkeiten (z. B. Lehrgangsplanung) der Lehrverwaltung zugeordnet worden. Als Koordinator ist er nicht Vorgesetzter der Lehrbereichsleiter und hat nicht die Funktion eines ständigen Vertreters des Präsidenten. Auf diese Weise wird eine der Größe der BFA angemessene Hierarchie mit nur noch zwei Stufen (Präsident und Leiter der Lehrbereiche sowie der Verwaltung) geschaffen. Zusätzliche Gremien zur internen Koordination werden entbehrlich und das Risiko von Kommunikationsdefiziten wird vermindert.

Die neue Organisation schafft klare Verantwortlichkeiten. Führungs- und Leitungsaufgaben haben der Präsident, die Leiter der Lehrbereiche und der Verwaltung.

Die effiziente Organisation ermöglicht auch den weiteren Ausbau der Funktion der BFA als Forum für den länderübergreifenden Erfahrungs- und Informationsaustausch. Der Bedarf dafür ist im Hinblick auf die zunehmende Vernetzung der Tätigkeiten der Steuerverwaltungen insbesondere auch mit dem Ausland (z. B. multilaterale Betriebsprüfung) gestiegen.

2.2 Verbesserung der individuellen Kompetenz der Lehrenden

Die hauptamtlich Lehrenden an der BFA müssen ihre Eignung sowohl für die Lehre als auch für die ministerielle Tätigkeit im BMF nachgewiesen haben. Das erlaubt den gewünschten Austausch zwischen Lehre und einer Referententätigkeit im BMF (Steuerabteilung). Dementsprechend ist die Tätigkeit in der BFA grundsätzlich befristet angelegt und soll im Rahmen der Personalentwicklung Berücksichtigung finden

Damit die Lehre die erwartete hohe Qualität hält, wird eine Schwerpunktlehrverpflichtung für die hauptamtlich Lehrenden in den ergänzenden Studien eingeführt und das Evaluationsverfahren darauf ausgerichtet, notwendige Verbesserungen zügig zu erkennen und umzusetzen.

Zur kontinuierlichen Verbesserung der didaktischen Fähigkeiten nehmen die Lehrenden in regelmäßigen Abständen an einer berufspädagogischen Fortbildung teil.

Zur Auffrischung ihrer Praxiserfahrungen werden sie für mehrere Monate in einem Finanzamt eingesetzt. Das hilft, die ergänzenden Studien bei der BFA besser mit der praktischen Einweisung beim Finanzamt, für die die Länder verantwortlich sind, zu verzahnen.

3 Effiziente Verwaltung unterstützt Lehre und Lehrenden

Die Bildung einer eigenen Einheit für die allgemeine Verwaltung, die dem Präsidenten direkt unterstellt ist, entlastet die Lehrbereiche, die sich nunmehr voll auf die Lehre und das Management der Gastdozenten konzentrieren können. Aufgaben der allgemeinen Verwaltung sind insbesondere: Organisation, Haushalt, IT, Liegenschafts- und Raummanagement, Bürodienste, Öffentlichkeitsarbeit, Bibliothek, Finanzgeschichtliche Sammlung/ Steuermuseum. Doppelstrukturen wurden abgebaut, soweit einzelne Aufgaben der

NEUAUSRICHTUNG DER BUNDESFINANZAKADEMIE

allgemeinen Verwaltung (z.B. Reisekostenund Honorarabrechnungen) zur effizienten Erfüllung an einer Stelle im Bereich des BMF einschließlich BADV gebündelt werden können.

4 Mittelfristig: Gleichberechtigte Aufgabenwahrnehmung in Brühl und Berlin

Die BFA bietet ihre Lehrgänge, Seminare und sonstigen Veranstaltungen entweder in Brühl oder in Berlin an. Mittelfristig soll die BFA ihre Aufgaben in der Aus- und Fortbildung möglichst gleichberechtigt an den beiden Standorten wahrnehmen; dabei sind bauliche, organisatorische und personalwirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen.

Ziel ist es, die unterschiedlichen Vorteile der beiden Standorte entsprechend den Lernzielen und dem Inhalt der Veranstaltungen bestmöglich für die Teilnehmer nutzbar zu machen.

An welchem Standort welche Veranstaltung angeboten wird, ist grundsätzlich nach folgenden Kriterien zu entscheiden: Notwendigkeit des Einsatzes von Angehörigen der Steuerabteilung des BMF als Lehrende, Einblick in die Gesetzgebung durch die Möglichkeit zum Besuch von Bundestag und Bundesrat beziehungsweise zu Gesprächen mit Abgeordneten und Ländervertretern, Möglichkeiten der Verbindung zu Institutionen und Personen außerhalb der Steuerverwaltungen von Bund und Ländern (z. B. ausländische Steuerexperten), Einbeziehung von Vortragenden aus Wirtschaftsverbänden, Einbindung von (steuerpolitischen) Veranstaltungen (z. B. Berliner Steuergespräche; Kolloquien des Instituts Finanzen und Steuern) in den Ablauf von Seminaren, Gelegenheit zum Bilden und Halten von Netzwerken.

Danach ergibt sich grundsätzlich, dass die ergänzenden Studien mit den A-, B- und C-Lehrgängen in Brühl stattfinden – bis auf zwei Wochen des C-Lehrgangs, die wegen des Schwerpunkts beim Internationalen Steuerrecht in Berlin durchgeführt werden. Die sogenannten D-Module und die Fortbildungsveranstaltungen werden in Brühl oder Berlin angeboten. Veranstaltungen zu folgenden Themen sollen grundsätzlich am Standort Berlin durchgeführt werden: Internationales Steuerrecht, Europarecht, Forum für leitende Führungskräfte (z. B. Steuerabteilungsleiter, Präsidenten der Oberfinanzdirektionen beziehungsweise Landesämter, Finanzamtsvorsteher), aktuelle steuerpolitische Fragen, steuerfachliche Sonderveranstaltungen.

5 Ausblick

Die Aufmerksamkeit in der Bevölkerung für den einheitlichen Vollzug der Steuergesetze und die Gleichmäßigkeit der Besteuerung nimmt zu. Ebenso wird erwartet, dass die Steuerverwaltungen unter Einsatz moderner Steuerungs- und Führungsmethoden effizient arbeiten. Das verlangt nicht nur die eng vernetzte Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen von Bund, insbesondere Bundeszentralamt für Steuern, und Ländern in Deutschland, sondern zunehmend zwischen den Staaten der EU sowie mit Industrieländern weltweit. Der Fortbildungsbedarf im internationalen Steuerrecht steigt seit Jahren. Die BFA reagiert mit einem erweiterten Fortbildungsangebot, zu dem auch z.B. in Zusammenarbeit mit dem Bundessprachenamt Lehrgänge in Englisch für Betriebsprüfer gehören.

Vernetzung schließt auch weitere Aufgaben ein, wie z.B. die Fortbildung für Richter und Staatsanwälte, die mit Steuer- und Wirtschaftsstrafsachen befasst sind.

NEUAUSRICHTUNG DER BUNDESFINANZAKADEMIE

Daraus leiten sich die zukünftigen Schwerpunkte für die BFA ab:

- 1. Verstärken des Erfahrungsaustauschs und der Netzwerke zwischen den Angehörigen der Steuerverwaltungen einschließlich der Finanzministerien, der Politik und mit ausländischen Steuerbehörden zur Verbesserung des Steuervollzugs und der
- Steuergesetzgebung sowie der Nachwuchsgewinnung.
- 2. Verbessern des Angebots an Seminaren für Führungskräfte in den Steuerverwaltungen der Länder und des Bundes zur zielgenauen Fortbildung auf der Basis länderübergreifender Erfahrungen.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Im 3. Quartal hat sich die konjunkturelle Erholung mit einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal fortgesetzt. Positive Impulse kamen ausschließlich von der Inlandsnachfrage.
- Die Erwerbstätigenzahl überschritt nach Ursprungswerten im September erstmals die Schwelle von 42 Millionen Personen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit schwächte sich zuletzt ab.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus (+1,2 % gegenüber dem Vorjahr) verlangsamte sich aufgrund rückläufiger Preise für Mineralölprodukte – den dritten Monat in Folge.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland steht angesichts günstiger Rahmenbedingungen im Zeichen einer breitangelegten konjunkturellen Expansion. In den Sommermonaten hat sich die Erholung fortgesetzt. Erwartungsgemäß fiel der Anstieg des BIP im 3. Quartal jedoch geringer aus als im vor allem durch witterungsbedingte Nachholeffekte überzeichneten 2. Vierteljahr.

So ist laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts das BIP im 3. Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3% gegenüber dem Vorquartal angestiegen. Positive Impulse kamen ausschließlich von der Inländischen Verwendung. Dabei wurde sowohl in Ausrüstungen als auch in Bauten mehr investiert. Darüber hinaus waren die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates etwas höher als im 2. Vierteljahr. Die Ausweitung der Binnennachfrage trug zu einem weiteren Anstieg der preisbereinigten Importe bei. Die Exporte entwickelten sich dagegen verhalten. Damit bremsten die Nettoexporte rein rechnerisch den BIP-Anstieg. Im Vergleich zum Vorjahr ist das preisbereinigte BIP ebenfalls angestiegen (nach Ursprungswerten + 1,1%, kalenderbereinigt + 0,6 %). Ausführliche Ergebnisse zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im 3. Quartal veröffentlicht das Statistische Bundesamt am 22. November 2013.

Die günstige Wirtschaftslage der Unternehmen sowie die Ausweitung des privaten Konsums und das hohe Beschäftigungsniveau spiegeln sich in einer positiven Entwicklung des Steueraufkommens im bisherigen Jahresverlauf wider. So erhöhte sich beispielsweise das Lohnsteueraufkommen in der Bruttobetrachtung (also ohne Abzug von Kindergeld und Altersversorgungszulage) von Januar bis Oktober 2013 um 4,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Die jüngsten Daten sowie die insgesamt günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigen, dass die Kräfte überwiegen, die in Richtung eines Aufschwungs wirken. Die Aussichten für weitere Impulse aus der Industrie sind angesichts aufwärtsgerichteter Auftragseingänge insbesondere im Investitionsgüterbereich gut. Die Unternehmen und die Konsumenten sind zuversichtlich gestimmt. Damit stützt das aktuelle Konjunkturbild die Herbstprojektion der Bundesregierung, die für 2013 – wie auch schon im Frühjahr - einen Anstieg des BIP um 0,5% erwartet. Für das Jahr 2014 dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität voraussichtlich um real 1,7% zunehmen. Auch die Prognosen der Gemeinschaftsdiagnose (GD + 0,4% und + 1,8 %) sowie des Sachverständigenrats (SVR+0,4% und+1,6%) liegen etwa in dieser Größenordnung. Wie die Bundesregierung, so erwarten auch die Institute der GD und der SVR, dass der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität von der Binnennachfrage getragen wird. Der Konsum der privaten

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Haushalte dürfte dabei mit einem Anstieg um 0,8% in diesem und 1,2% im nächsten Jahr eine wichtige Stütze des Wachstums bleiben. Dies ist auf eine Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus, steigende Lohn- und Vermögenseinkommen sowie auf einen moderaten Preisniveauanstieg zurückzuführen, die zusammengenommen die Kaufkraft der Konsumenten deutlich erhöhen. Auch die Investitionen werden sich voraussichtlich allmählich erholen. Aufgrund der Vorbelastung aus dem Winterhalbjahr 2012/2013 dürften im Jahresdurchschnitt 2013 die Ausrüstungsinvestitionen jedoch noch rückläufig sein (-1,6% gegenüber dem Vorjahr) und die Bauinvestitionen nur leicht zunehmen. Im nächsten Jahr werden ein merklicher Zuwachs der Investitionen in Ausrüstungen und ein kräftiger Anstieg der Bauinvestitionen erwartet. Begünstigend wirken die nach wie vor guten Rahmenbedingungen für Investitionen wie die expansive Geldpolitik und die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen für Investitionen (nicht zuletzt auch wegen der sehr guten Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen aufgrund der guten Gewinnentwicklung). Mit einer Verbesserung des Auslastungsgrads der Produktionskapazitäten dürfte die Kapazitätserweiterung als Investitionsmotiv wieder mehr in den Vordergrund treten. Insbesondere auch durch Produktinnovationen soll die Investitionstätigkeit vorangetrieben werden. Hiervon gehen auch die vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) befragten Unternehmen aus (Herbstumfrage des DIHK). Darüber hinaus nehmen mit einer erwarteten allmählichen Belebung der Weltwirtschaft – insbesondere in den Krisenländern des Euroraums – die Absatzperspektiven der Unternehmen im Ausland wieder zu. Damit dürfte sich – nach einem marginalen Anstieg der Exporte in diesem Jahr - die Ausfuhrtätigkeit im Jahr 2014 moderat erholen. Angesichts einer anziehenden Binnennachfrage und einer entsprechenden Zunahme der Importe dürften die Nettoexporte jedoch rein rechnerisch in beiden Jahren den BIP-Anstieg dämpfen.

Im 3. Quartal 2013 haben die nominalen Warenexporte leicht um 0,4% zugenommen (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal). Dabei war im Quartalsverlauf - nach Einbußen im Juli - in den darauffolgenden Monaten eine moderate Zunahme der Ausfuhren zu beobachten. Im Zeitraum Januar bis September 2013 lag das nominale Ausfuhrergebnis leicht unterhalb des entsprechenden Vorjahresniveaus (Ursprungswerte - 0,9%). Dabei konnte der Anstieg der Ausfuhren in EU-Länder außerhalb des Euroraums (+1,1%) durch den weiteren Rückgang der Exporte in Drittländer (-0,8%) und in den Euroraum (-2,0%) nicht kompensiert werden. Den September für sich betrachtet wurde jedoch in allen hier aufgeführten Regionen das Vorjahresniveau deutlich überschritten.

Die nominalen Warenimporte sanken im 3. Quartal leicht (saisonbereinigt - 0,3 % gegenüber dem Vorquartal), was nach geringem Anstieg im Juli und August gegenüber dem jeweiligen Vormonat auf einen deutlichen Importrückgang im September zurückzuführen war. Die Einfuhren nach Ursprungswerten sanken im Zeitraum Januar bis September gegenüber dem Vorjahr spürbar um 1,4%. Am stärksten war der Importrückgang aus Drittländern (-4,3%). Dem deutlichen Zuwachs aus EU-Ländern außerhalb des Euroraums (+2,6%) stand eine moderate Abnahme der Einfuhren aus Ländern des Euroraums entgegen (-0,8%).

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten) wies kumuliert im 3. Quartal einen Überschuss von 49,9 Mrd. € aus. Dieser war um 0,9 Mrd. € niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Der Leistungsbilanzüberschuss summierte sich in den Monaten Juli bis September auf insgesamt 44,0 Mrd. € und unterschritt dabei das Vorjahresergebnis um 1,4 Mrd. €. Der Leistungsbilanzüberschuss in Prozent des BIP belief sich im 3. Quartal insgesamt auf 6,3%. Er fiel damit geringer aus als im 1. Halbjahr (6,8%).

$\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€		Vorpe	eriode saisor	bereinigt	Vorjahr				
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	1.Q.13	2.Q.13	3.Q.13	1.Q.13	2.Q.13	3.Q.13		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,1	+0,7	+0,0	+0,7	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1		
jeweilige Preise	2 666	+2,2	+0,7	+1,6	+0,5	+0,4	+3,4	+3,3		
Einkommen ¹										
Volkseinkommen	2 054	+2,1	+1,0	+2,3		+0,4	+3,9			
Arbeitnehmerentgelte	1 378	+3,9	+0,5	+0,6		+3,1	+2,5			
Unternehmens- und										
Vermögenseinkommen	677	-1,4	+2,0	+5,9		-4,2	+6,9			
Verfügbare Einkommen										
der privaten Haushalte	1 680	+2,3	+0,1	+0,9		+0,5	+2,4			
Bruttolöhne ugehälter	1 127	+4,2	+0,7	+0,8		+3,3	+2,7			
Sparen der privaten Haushalte	176	+1,6	-0,8	+0,8		-3,2	-2,2			
		2012			Veränderung ir	n % gegenüb	er			
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	ggü.Vorj.	Vorpe	eriode saisor	pereinigt Vorj			ahr ²		
Auftragseingänge	bzw. Index	in%	Aug 13	Sep 13	Dreimonats- durchschnitt	Aug 13	Sep 13	Dreimonats- durchschnitt		
in jeweiligen Preisen										
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1 096	+3,3	+1,0	+1,7	+0,4	-5,7	+3,6	-0,8		
Waren-Importe	906	+0,4	+0,1	-1,9	-0,3	-2,3	-0,3	-0,6		
in konstanten Preisen von 2010										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	105,7	-0,4	+1,6	-0,9	+0,6	+0,9	+1,0	+0,2		
Industrie ³	106,8	-0,6	+2,2	-1,1	+0,3	+1,2	+1,4	+0,3		
Bauhauptgewerbe	105,8	-1,1	-0,2	-1,8	+2,1	+1,5	-0,8	+0,4		
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)										
Industrie ³	105,8	-0,6	+2,6	-0,8	-0,0	-0,4	+1,0	-0,6		
Inland	104,8	-1,6	+2,2	-1,1	+1,0	-0,6	-0,1	-1,3		
Ausland	107,0	+0,4	+2,9	-0,5	-1,0	-0,1	+2,2	+0,2		
Auftragseingang (Index 2010 = 100)										
Industrie ³	103,2	-3,8	-0,3	+3,3	+1,6	+3,1	+7,9	+4,5		
Inland	100,8	-5,6	+2,1	-1,0	+2,5	+4,6	+4,2	+3,1		
Ausland	105,1	-2,3	-2,2	+6,8	+1,0	+1,8	+10,7	+5,4		
Bauhauptgewerbe	108,8	+4,3	-6,5		+3,5	-2,8		+6,3		
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)										
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,2	+0,2	-0,2	-0,4	-0,1	+0,4	+0,2	+1,5		
Handel mit Kfz	103,6	-2,3	+1,4		+0,5	-2,4		-0,4		

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012	Veränderung in Tausend gegenüber								
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in%	Vorp	eriode saison	bereinigt		Vorjahr				
	Mio.	ggu. voij. iii //s	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13			
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	+7	+24	+2	+41	+61	+48			
Erwerbstätige, Inland	41,61	+1,1	+11	+7		+251	+250				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,01	+1,9	+9			+353					
		2012	Veränderung in % gegenüber								
Preisindizes 2010 = 100		aaii Mari in W		Vorperiod	le	Vorjahr					
20.0	Index	ggü. Vorj. in %	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13			
Importpreise	108,7	-7,1	+0,1	+0,0		-3,4	-2,8				
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	107,0	+1,7	-0,1	+0,3		-0,5	-0,5				
Verbraucherpreise	104,1	+2,0	+0,0	+0,0	-0,2	+1,5	+1,4	+1,2			
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden						
gewerbliche Wirtschaft	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13			
Klima	+6,1	+1,6	+4,2	+4,6	+5,0	+7,7	+8,0	+7,3			
Geschäftslage	+8,5	+3,6	+8,7	+7,7	+8,9	+12,5	+11,3	+11,1			
Geschäftserwartungen	+3,6	-0,4	-0,3	+1,5	+1,2	+3,0	+4,8	+3,6			

¹ Jahresdurchschnitt und Quartale Stand August 2013.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Zum Überschuss in der Handelsbilanz trug vor allem die deutliche Verringerung der Importe aus Drittländern bei. Dabei spielten die deutlich rückläufigen Importpreise von Rohstoffen eine wesentliche Rolle. Die Abnahme der Importe aus Drittländern schlägt sich auch in einem deutlichen Rückgang der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer - kumuliert für die Monate Januar bis Oktober - um 7,3 % gegenüber dem Vormonat nieder. Die konjunkturelle Belebung in einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften kann die geringere Dynamik in einigen Schwellenländern nur teilweise kompensieren. Dies zeigt auch die leichte Abwärtsrevision der Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur weltwirtschaftlichen Entwicklung ("World Economic Outlook" vom Oktober).

Für den weiteren Jahresverlauf und das nächste Jahr signalisieren internationale Frühindikatoren eine allmähliche konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft.

So zeichnet sich gemäß dem OECD Composite Leading Indicator in den meisten großen OECD-Mitgliedsstaaten und auch in China ein Anziehen des Wirtschaftswachstums und damit eine Trendwende zum Besseren ab. Darauf deutet auch der globale Einkaufsmanagerindex hin, der mit seinem Anstieg im Oktober seinen 10-jährigen Durchschnitt leicht überschritt. Angesichts der positiven Signale erwarten die deutschen Unternehmen in den nächsten drei Monaten eine leichte Verbesserung ihrer Exportgeschäfte. Belastend wirkt jedoch immer noch die Nachfrageschwäche im Euroraum. So sind die Auftragseingänge aus dem Ausland zwar im 3. Quartal angestiegen. Allerdings hat sich jedoch die Dynamik etwas verringert, was auf nahezu stagnierende Bestellungen aus den Ländern des Eurowährungsgebiets zurückzuführen war.

Basierend auf der insgesamt auch aus dem 2. Quartal resultierenden guten Auftragslage

 $^{{}^2} Produktion ar beit stäglich, Um satz, Auftrag seing ang Industrie kalenderbereinigt, Auftrag seing ang Bauhaupt gewerbe saison bereingt.$

³Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

setzte sich der Anstieg der Industrieproduktion im 3. Vierteljahr fort, jedoch in vermindertem Tempo. Im 3. Vierteljahr nahm die Investitionsgüterproduktion mit 0,9 % gegenüber dem Vorquartal überdurchschnittlich zu, während die Herstellung von Vorleistungs- und Konsumgütern nahezu stagnierte. Der Verkauf der erzeugten Investitionsgüter im Inland zog in den Sommermonaten merklich an. Belastend wirkte das Auslandsgeschäft, sodass der Umsatz in der Industrie insgesamt stagnierte.

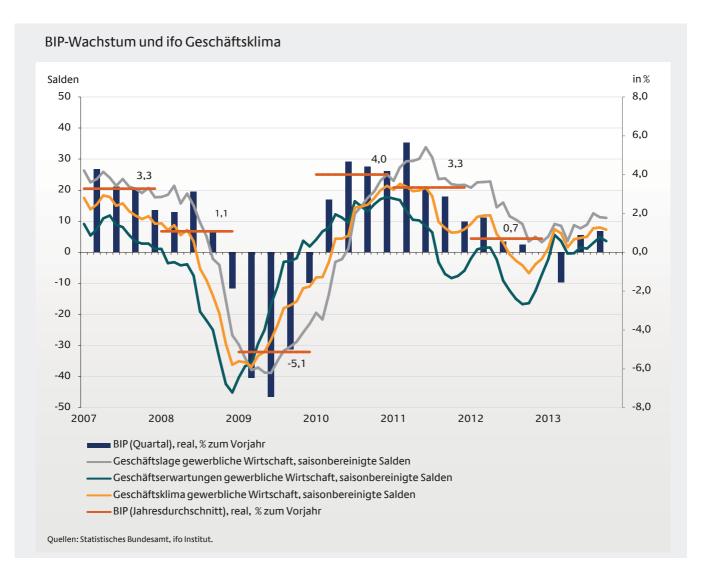
Die Auftragsentwicklung im Durchschnitt der Monate Juli bis September deutet in saisonbereinigter Betrachtung auch für das Schlussquartal auf eine Ausweitung der industriellen Erzeugung hin. Dabei zeigt die Inlandsnachfrage nach industriellen Produkten einen deutlichen Aufwärtstrend. nachdem die Inlandsorders im 2. Quartal noch rückläufig waren (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal). Die Inlandsbestellungen der Investitionsgüterproduzenten zogen am kräftigsten an (+4,0%). Vor allem ein Plus im Maschinenbau sowie im Kraftfahrzeugbereich trug hierzu bei. Neben der Zunahme des industriellen Auftragsvolumens signalisiert die optimistische Stimmung in den Unternehmen, dass auch im Schlussquartal mit einem Anstieg der Aktivität im Industriesektor gerechnet werden kann. Dabei zeichnet sich vor allem eine weitere Belebung der Investitionstätigkeit ab. Die dynamische Entwicklung der inländischen Auftragseingänge stützt die Erwartungen der Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion, dass die konjunkturelle Erholung im Schlussquartal insbesondere von der Binnennachfrage getragen wird.

Die Bauproduktion zeigte im 3. Quartal einen Aufwärtstrend (saisonbereinigt + 2,1% gegenüber dem Vorquartal). Im Quartalsverlauf zeichnete sich jedoch ein Auslaufen der witterungsbedingten Nachholeffekte ab. Das Ausbaugewerbe wurde in den Sommermonaten am kräftigsten ausgeweitet, aber auch Hochbau- und Tiefbauleistungen nahmen zu. Die weitere Entwicklung im

Bausektor ist schwer einzuschätzen: Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe zeigten im Juli/August gegenüber Mai/ Juni eine Seitwärtsbewegung, die aus einer gegenläufigen Entwicklung der Nachfrage nach Tiefbauleistungen (saisonbereinigt +7,2%) und Hochbauleistungen (ohne Wohnungsbau) sowie Wohnungsbauleistungen (-7,3% und -3,1%) resultiert. Die ifo Geschäftserwartungen für das Bauhauptgewerbe waren zuletzt zwar weniger pessimistisch, der Wert liegt jedoch leicht unter dem 10-jährigen Durchschnitt. Dagegen zeigen die Baugenehmigungen in den einzelnen Bausparten einen deutlichen Aufwärtstrend.

Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts waren die Konsumausgaben der privaten Haushalte im 3. Quartal leicht höher als im Vorquartal (preis-, kalender- und saisonbereinigt). Bereits der RWI-Konsumindikator deutete auf eine Ausweitung der Privaten Konsumausgaben in den Sommermonaten hin. Angesichts einer Seitwärtsbewegung des Einzelhandelsumsatzes ohne Kraftfahrzeuge und des Einzelhandelsumsatzes aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen dürfte die Zunahme des privaten Konsums jedoch geringer ausgefallen sein als im 2. Quartal. Die vorlaufenden Indikatoren signalisieren, dass vom privaten Konsum auch im Schlussquartal positive Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu erwarten sind. So nahmen die Zulassungen für private Kraftfahrzeuge im Oktober kräftig zu und erreichten damit das höchste Niveau seit einem Jahr. Auch die Stimmung der Konsumenten ist weiterhin gut. Laut dem Indikator GfK-Konsumklima liegen die Monate Oktober und November zusammengenommen leicht über dem Niveau des 3. Quartals. Die günstigen Einschätzungen der Verbraucher sind insbesondere auf den anhaltenden Beschäftigungsaufbau sowie erwartete Einkommenssteigerungen zurückzuführen. Die Bundesregierung ist in ihrer Herbstprojektion von einem Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,1% in diesem und 2,9% im

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



nächsten Jahr ausgegangen. Darüber hinaus dürfte die moderate Preisniveauentwicklung die Kaufkraft der Verbraucher auch weiterhin begünstigen. Hinzu kommt, dass angesichts des niedrigen Zinsniveaus die Konsumenten laut GfK-Umfrage eher langlebige Güter anschaffen wollen, anstatt ihr Geld anzulegen. Die Indikatoren stützen die Erwartungen, dass die privaten Konsumausgaben eine wichtige Säule des Wachstums bleiben.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich nach wie vor stabil. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl blieb im Oktober nahezu auf dem Niveau des Vormonats. Damit schwächte sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit am aktuellen Rand ab. Die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungswerten) lag im Oktober bei 2,80 Millionen Personen. Das Vorjahresniveau wurde um 48 000 Personen überschritten. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,5 % und veränderte sich damit gegenüber dem Vorjahr nicht.

Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) überschritt nach Ursprungswerten im September erstmals die Schwelle von 42 Millionen Personen. Dies bedeutet ein Plus von 250 000 Personen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresniveau. Auch in saisonbereinigter Betrachtung setzte sich der Anstieg der Erwerbstätigenzahl fort. Dabei fiel im Durchschnitt des 3. Quartals der Beschäftigungsaufbau mit einer Zunahme um rund 70 000 Personen etwas höher aus als im 2. Vierteljahr (jeweils gegenüber dem

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Vorquartal). Die Ausweitung der Beschäftigung verlor im Quartalsverlauf jedoch an Tempo.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im August (nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit) saisonbereinigt vergleichsweise geringfügig um 9 000 Personen an, nachdem sie im Juli um 47 000 Personen zugenommen hatte. Nach Ursprungswerten wurde das Vorjahresergebnis um 353 000 Personen beziehungsweise 1,2 % sehr deutlich überschritten. Dabei verzeichneten die Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen) den höchsten Beschäftigungsaufbau. Auch in den Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen und Verkehr/ Lagerei übertraf die Beschäftigtenzahl das Vorjahresniveau deutlich.

Hinsichtlich der Zunahme der Arbeitslosigkeit schlägt insbesondere zu Buche, dass sich das Arbeitsangebot aufgrund von Zuwanderung merklich ausgeweitet hat. Außerdem war der arbeitsmarktpolitische Instrumenteneinsatz rückläufig. Währenddessen profitiert die Arbeitskräftenachfrage - neben der Zuwanderung – ebenfalls von einer höheren Erwerbsbeteiligung. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion für den Jahresdurchschnitt 2013 eine leichte Zunahme der Arbeitslosenzahl um rund 50 000 Personen. Für 2014 wird wieder mit einem leichten Rückgang gerechnet. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Durchschnitt dieses Jahres voraussichtlich um 0,6 % ansteigen (2014: +0,4%). Damit halbiert sich der Anstieg aus dem Jahr 2012 (+1,1%) nahezu. Die Abschwächung der in den vergangenen beiden Jahren sehr dynamischen Aufwärtsentwicklung ist insbesondere auf das bereits erreichte hohe Beschäftigungsniveau zurückzuführen.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland stieg im Oktober um 1,2% gegenüber dem Vorjahr an. Damit hat sich die jährliche Teuerungsrate den dritten Monat in Folge verlangsamt. Dies war vor allem auf eine weitere Verbilligung von Mineralölprodukten zurückzuführen. So kosteten Kraftstoffe (-5,8%) und leichtes Heizöl (-10,4%) erheblich weniger als vor einem Jahr. Ohne Berücksichtigung der Preise dieser beiden Produkte hätte die jährliche Inflationsrate bei +1,7% gelegen. Nahrungsmittelpreise stiegen erneut überdurchschnittlich an (+4,2%). Die Dynamik hat sich jedoch etwas abgeschwächt.

Der Preisniveaurückgang bei Mineralölprodukten ist auf eine weitere Abnahme der Rohölpreise auf dem Weltmarkt im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen. So gab der Ölpreis in US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent im Oktober um 2,1% nach. Darüber hinaus stieg der Eurowechselkurs zum US-Dollar an, was den Importpreis von Rohöl zusätzlich senkte.

Angesichts der rückläufigen Importund Erzeugerpreise dürfte die Preisniveauentwicklung auf der Verbraucherstufe weiterhin in ruhigen Bahnen verlaufen. Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion daher einen Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um 1,5 %. Im Verlauf des nächsten Jahres dürfte der Preisniveauanstieg mit der weiteren konjunkturellen Erholung in Deutschland und in der Welt etwas dynamischer ausfallen, sodass in der Herbstprojektion von einer jährlichen Inflationsrate von 1,8 % ausgegangen wird. Die Kerninflation – Anstieg des Verbraucherpreisniveaus ohne Energie und Nahrungsmittel – dürfte im Jahr 2014 dann leicht über dem 10-jährigen Durchschnitt von 1,2 % liegen (+ 1,6 %). Von seit Kurzem von verschiedener Seite in die Diskussion gebrachten Deflationsgefahren kann daher keine Rede sein.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM OKTOBER 2013

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2013

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Oktober 2013 im Vorjahresvergleich um 3,7 % gestiegen. Dieses Ergebnis ist vorrangig auf den Zuwachs im Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern und der Ländersteuern zurückzuführen. Die gemeinschaftlichen Steuern überschritten das Vorjahresniveau insgesamt um 4,8 %. Auch die Ländersteuern (+7,7%) hatten Mehreinnahmen aufzuweisen. Demgegenüber lagen die Bundessteuern im Berichtsmonat um 1,0 % unter dem Vorjahresmonat. Die Einnahmen des Bundes stiegen um 5,5 %. Neben dem Wachstum der gemeinschaftlichen Steuern trug hierzu auch der Rückgang der EU-Abführungen und der Bundesergänzungszuweisungen bei. Die Länder blieben mit 3,4% über dem Ergebnis des Vorjahresmonats.

Kumuliert konnten im Zeitraum Januar bis Oktober 2013 die Einnahmen des Bundes das Vorjahresniveau übertreffen (+1,4%), während das Ergebnis bei den Einnahmen der Länder um 3,2% höher lag. Die EU-Kommission hat im bisherigen Jahresverlauf 2013 von ihrer Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Rahmen für den Abruf der sogenannten Eigenmittel bei den Mitgliedstaaten voll auszuschöpfen. Ungeachtet dessen, dass im Oktober keine MWSt-Eigenmittel abgerufen wurden und der Abfluss von BNE-Eigenmitteln geringer ausfiel als im Vorjahresmonat, führt dies im Januar bis Oktober 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu einer stärkeren Minderung der Einnahmen des Bundes durch die EU-Abführungen. Wie hoch die jährlichen Eigenmittelabführungen der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt tatsächlich sind, lässt sich erst am Ende des Haushaltsjahres beziffern. Der den Gemeinden zufließende Teil der gemeinschaftlichen Steuern verzeichnete ebenfalls einen deutlichen Zuwachs (+6,9%).

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer lagen im Oktober 2013 um 6,7 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld (-0,3%) blieben leicht unter dem Niveau des Vorjahresmonats. In der Bruttobetrachtung (also vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) weist die Lohnsteuer einen Anstieg von 5,1% auf. Nach wie vor begünstigen die Beschäftigungsexpansion und Lohnsteigerungen das Lohnsteueraufkommen. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2013 übertrafen die Kasseneinnahmen das Niveau des Vorjahreszeitraums um 6,1%.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer brutto unterschritten im Oktober 2013 das Ergebnis des Vorjahresmonats um 4,2 %. Dabei stiegen die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG um 4,5 %, während die Zahlungen an Investitionszulagen fast halbiert wurden. Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer verringerte sich somit von - 0,2 Mrd. € auf nunmehr - 0,3 Mrd. €. In kumulierter Betrachtung für den Zeitraum Januar bis Oktober 2013 stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer allerdings um 15,5 %.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer verbesserten sich im Berichtsmonat Oktober 2013 nur geringfügig um 0,1 Mrd. € auf nunmehr - 1,1 Mrd. €. Das Aufkommensniveau der Körperschaftsteuer ist im Zeitraum Januar bis Oktober 2013 um 15,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf insgesamt 13,7 Mrd. € gestiegen.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto gingen im Oktober gegenüber dem Vorjahresmonat um 16,5 % zurück. Nach Berücksichtigung der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern belief sich die Minderung des Kassenaufkommens der nicht veranlagten

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2013

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2013	Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2013 ⁴	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12 095	+6,7	125 397	+6,1	157 800	+5,9
veranlagte Einkommensteuer	-284	Х	31 365	+15,5	41 750	+12,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	690	-8,8	15 159	-16,7	17 200	-14,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	497	+1,2	7 401	+3,9	8 550	+3,8
Körperschaftsteuer	-1 100	Х	13 651	+15,3	19840	+17,2
Steuern vom Umsatz	16123	+4,5	162 459	+1,4	197 450	+1,4
Gewerbesteuerumlage	754	+0,7	2 824	+1,4	3914	+2,2
erhöhte Gewerbesteuerumlage	717	-3,8	2 446	-1,6	3 3 2 2	+0,4
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	29 492	+4,8	360 701	+3,7	449 826	+3,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 423	-3,3	27 668	+0,0	39 400	+0,2
Tabaksteuer	1318	-7,9	10 822	-0,7	13 950	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	158	-2,6	1716	-1,1	2 100	-1,0
Versicherungsteuer	519	-0,6	10 253	+3,8	11 575	+3,9
Stromsteuer	558	-5,6	5 967	+2,2	7 050	+1,1
Kraftfahrzeugsteuer	688	+1,9	7 329	+0,9	8 520	+0,9
Luftverkehrsteuer	103	-4,9	783	+0,4	960	+1,2
Kernbrennstoffsteuer	133	X	983	-31,0	1300	-17,6
Solidaritätszuschlag	757	+5,6	11 386	+4,9	14300	+5,0
übrige Bundessteuern	124	+9,5	1 209	-2,7	1 483	-2,5
Bundessteuern insgesamt	7 780	-1,0	78 118	+0,7	100 638	+0,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	425	+4,8	3 830	+5,1	4 508	+4,7
Grunderwerbsteuer	735	+10,9	7 023	+14,5	8 460	+14,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	146	-0,3	1 385	+15,9	1 640	+14,6
Biersteuer	59	+9,6	571	-2,9	674	-3,2
Sonstige Ländersteuern	18	+15,0	336	+3,8	394	+3,9
Ländersteuern insgesamt	1 383	+7,7	13 145	+10,6	15 676	+10,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	397	+6,5	3 522	-5,1	4 200	-5,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	0	Х	1 880	+9,1	2 180	+7,5
BNE-Eigenmittel	1134	-11,2	20 525	+21,7	24750	+24,8
EU-Eigenmittel insgesamt	1 531	-13,9	25 927	+16,3	31 130	+18,3
Bund ³	18 317	+5,5	204 652	+1,4	259 990	+1,4
Länder ³	17 050	+3,4	197 262	+3,2	244 320	+3,4
EU	1 531	-13,9	25 927	+16,3	31 130	+18,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 153	+5,6	27 645	+6,9	34 899	+6,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 051	+3,7	455 485	+3,3	570 340	+3,4

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

 $^{^4\,\}mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$ "Steuerschätzungen" vom November 2013.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM OKTOBER 2013

Steuern vom Ertrag auf - 8,8 %. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2013 lagen die Kasseneinnahmen insgesamt um 16,7 % unter dem Vorjahresergebnis.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge verzeichnet im Oktober 2013 einen Anstieg um 1,2 %. In kumulierter Rechnung (Januar bis Oktober 2013) wurde ein Aufkommenszuwachs von 3,9 % erreicht.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat Oktober 2013 das Vorjahresniveau um 4,5 %. Der rückläufige Trend der Einfuhrumsatzsteuer setzte sich - ausgehend von einer niedrigen Vorjahresbasis - mit - 0,9 % verlangsamt fort. Das Aufkommen aus der (Binnen-) Umsatzsteuer stieg in Verbindung mit der positiven Entwicklung des inländischen Konsums um 6,5 %. Die Steuern vom Umsatz lagen im Zeitraum Januar bis Oktober 2013 insgesamt um 1,4 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Oktober 2013 im Vorjahresvergleich Mindereinnahmen von 1,0 %. Die erheblichen Rückgänge bei der Energiesteuer (-3,3%), der Tabaksteuer (-7,9%) und der Stromsteuer (-5,6%) wurden durch Mehreinnahmen bei der Kernbrennstoffsteuer (+0,1 Mrd. €) und beim Solidaritätszuschlag (+5,6%) nicht ausgeglichen. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2013 erreichten die Bundessteuern insgesamt jedoch noch einen leichten Aufkommensanstieg von 0,7%.

Die reinen Ländersteuern nahmen im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,7 % zu. Getragen wurde diese Entwicklung wie in den Vormonaten vor allem von der Grunderwerbsteuer. Sie konnte ausgehend von einem hohen Vorjahresstand nochmals einen Zuwachs von 10,9% verzeichnen. Dabei schlugen Steuersatzanhebungen sowie Steigerungen von Immobilienpreisen und -käufen zu Buche. Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer stieg um 4,8%. Auch die Feuerschutzsteuer (+13,3%) und die Biersteuer (+9,6%) weisen Mehreinnahmen auf, während die Rennwettund Lotteriesteuer das Vorjahresergebnis mit - 0,3% nur knapp verfehlte. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2013 verzeichneten die Einnahmen aus den Ländersteuern einen Anstieg von 10,6 %.

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH OKTOBER 2013

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2013

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Oktober auf 260,7 Mrd. €. Das kumulierte Ergebnis liegt somit um 2,6 Mrd. € (+1,0%) über dem Wert des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Wesentlicher Grund hierfür ist die Zuweisung an das Sondervermögen "Aufbauhilfe" für die Betroffenen der Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013 (+8 Mrd. €). Hinzu kommen Mehrausgaben in anderen Bereichen. Dem gegenüber stehen der im Vergleichszeitraum des Vorjahres bereits entrichtete zweite Teilbetrag der deutschen Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der in diesem Jahr erst im November bezahlt wurde (-4,3 Mrd. €), und die entfallene Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (- 3,6 Mrd. €).

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes beliefen sich bis einschließlich Oktober auf 223.8 Mrd. €. Sie lagen um 3,2 Mrd. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+1,4%). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 203,6 Mrd. €. Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 1,9 Mrd. € (+0,9%) an. Dies spiegelt die bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen unterstellte und mit der aktuellen Steuerschätzung bestätigte, positive Tendenz wider. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 20,2 Mrd. € um 7,0% über dem Ergebnis bis einschließlich Oktober 2012.

Finanzierungssaldo

Eine exakte Prognose der voraussichtlichen Neuverschuldung dieses Jahres lässt sich u. a. wegen der noch ausstehenden beiden Steuermonate weiterhin nicht treffen. Insbesondere lässt sich eine belastbare Vorhersage weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von -36,9 Mrd. € ableiten.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2012	Soll 2013 ¹	Ist - Entwicklung ² Oktober 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	310,0	260,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,0
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	223,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	203,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,9
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-25,4	-36,9
Finanzierung durch:	22,8	25,4	36,9
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	35,7
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (Mrd. €)	22,5	25,1	1,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Inklusive Nachtrag 2013.

² Buchungsergebnisse.

³ (-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2013

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	So	II ¹	Ist-Entwicklung
	20	13	Januar bis Oktober 2013
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €
Allgemeine Dienste	72 949	23,5	56 310
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 181	2,0	4 459
Verteidigung	32 807	10,6	25 964
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,3	11 41
Finanzverwaltung	3 878	1,3	3 10
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 952	6,1	14 63
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	2 28
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,4	7 3 5
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	46,8	127 59
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	31,9	89 04
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	0	0,0	78
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,3	27 06
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,1	1652
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 700	1,5	3 92
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	5 50
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	2 00
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	1 20
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,7	1 73
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	0,6	1 49
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	51
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5	3 02
Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2	47
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	0,5	137
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,4	12 15
Straßen	7 196	2,3	5 46
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5	3 40
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 649	15,0	43 80
Zinsausgaben	31 596	10,2	30 20
Ausgaben zusammen	310 000	100,0	260 69

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2013

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II ¹	Ist - Entw	ricklung	Untoriöbrigo	
	20	12	20	13	Januar bis Oktober 2012	Januar bis Oktober 2013	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjah in %	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o. €	11170	
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	275 599	88,9	231 715	238 796	+3,	
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,2	23 955	24 414	+1.	
Aktivbezüge	20 619	6,7	20 825	6,7	17 416	17 699	+1	
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	6 5 3 8	6715	+2	
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	7,9	17 439	17 059	-2	
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1384	0,5	1 343	0,4	971	1 042	+7	
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10396	3,4	7 135	5 851	-18	
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,2	9 3 3 3	10 166	+8	
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,2	30 017	30 202	+0	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	190 271	61,4	159 880	166 642	+4	
an Verwaltungen	17 090	5,6	27 419	8,8	14230	23 497	+65	
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	52,5	145 673	142 363	-2	
darunter:								
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,3	20 060	20 953	+4	
Renten, Unterstützungen u. a.	26307	8,6	26 456	8,5	22 426	22 991	+2	
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	33,4	97 938	92 108	-6	
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	424	478	+12	
Investive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,2	26 383	21 903	-17	
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,6	21 043	16 588	-21	
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14692	4,7	10744	10894	+1	
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	1 612	1 294	-19	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	3,4	8 862	2,9	8 687	4 400	-49	
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	5 340	5 315	-0	
Baumaßnahmen	6 147	2,0	6 703	2,2	4535	4 5 2 9	-0	
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	604	581	-3	
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	201	205	+2	
Globalansätze	0	0,0	- 402	-0,1	0	0		
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	310 000	100,0	258 098	260 699	+1	

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Oktober 2013

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	t	Sol	l ¹	Ist - Entw	vicklung	Unteriährige
	201	12	201	3	Januar bis Oktober 2012	Januar bis Oktober 2013	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	0.€	11170
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	201 727	203 582	+0,9
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	163 881	169 639	+3,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104 528	36,7	78 109	82 633	+5,8
davon:							
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	48 421	51 642	+6,
veranlagte Einkommensteuer	15 838	5,6	16 852	5,9	11 540	13 329	+15,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10 028	3,5	7 742	2,7	9 096	7 581	-16,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4 141	1,5	3 133	3 256	+3,
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	5 9 1 8	6 825	+15,
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	84710	85 924	+1,
Gewerbesteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	1 062	1 083	+2,
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	27 667	27 668	+0,
Tabaksteuer	14 143	5,0	14 450	5,1	10897	10822	-0,
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14 050	4,9	10851	11386	+4,
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	9 8 7 5	10 253	+3,
Stromsteuer	6 973	2,5	6 400	2,2	5837	5 9 6 7	+2,
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 305	2,9	7 2 6 5	7329	+0,
Kernbrennstoffsteuer	1577	0,6	1 400	0,5	1 425	983	-31,
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	1737	1718	-1,
Kaffeesteuer	1 054	0,4	1 045	0,4	849	829	-2,
Luftverkehrsteuer	948	0,3	970	0,3	780	783	+0,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10842	-3,8	-8 495	-8 050	-5,
BNE-Eigenmittel der EU	-19826	-7,0	-23 950	-8,4	-16 863	-21 424	+27,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	-1724	-1 965	+14,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	-5 904	-5 992	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-6 744	-6744	+0,
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	18 858	20 186	+7,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 5 6 0	1,6	5 511	1,9	3 606	4 0 6 4	+12,
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	225	175	-22,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	3 010	3 883	+29,
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	220 585	223 768	+1,

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

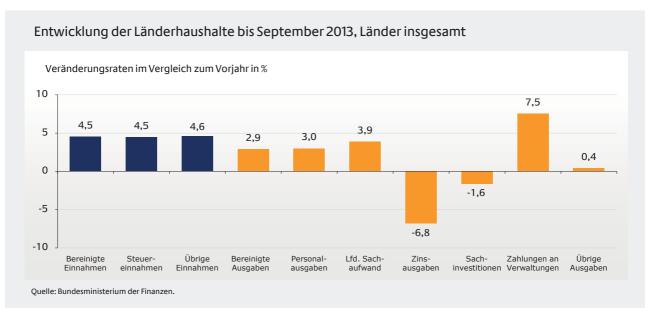
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2013

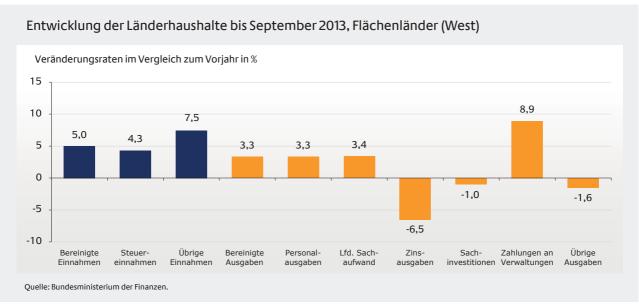
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2013

Das BMF legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich September 2013 vor.

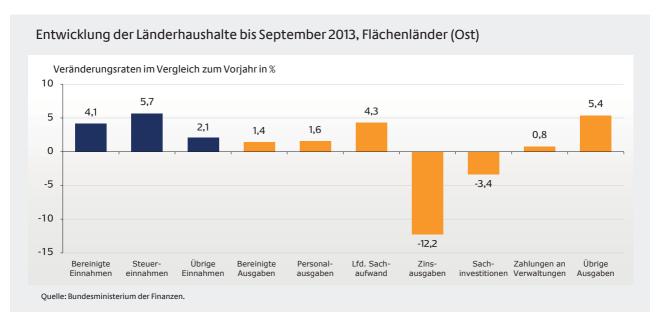
Bei der Ländergesamtheit setzt sich die positive Entwicklung in den Haushalten auch bis Ende September weiter fort. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt fällt mit 0,8 Mrd. € um knapp 3,4 Mrd. € günstiger

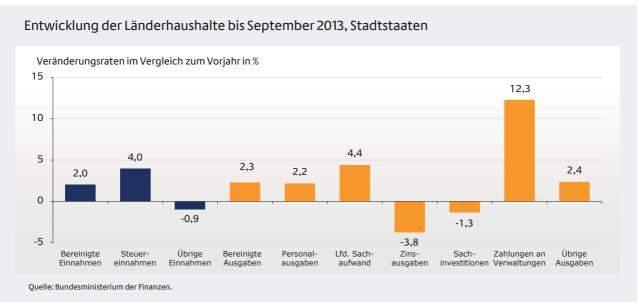
aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 %, während die Einnahmen um 4,5 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich um 4,5 %. Derzeit planen die Länder insgesamt für das Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von rund 12,8 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2013





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Oktober durchschnittlich 2,96 % (3,14 % im September).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Oktober 1,81% (1,93% Ende September).

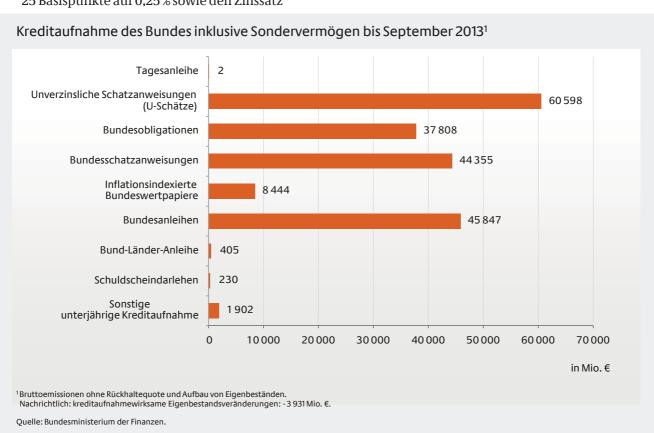
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Oktober auf 0,23 % (0,23 % Ende September).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 7. November 2013 beschlossen, mit Wirkung vom 13. November den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf 0,25 % sowie den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 25 Basispunkte auf 0,75 % zu senken. Der Zinssatz für die Einlagefazilität wird unverändert bei 0,00 % belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 9 034 Punkte am 31. Oktober (8 594 Punkte am 30. September). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 893 Punkten am 30. September auf 3 068 Punkte am 31. Oktober.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im September bei 2,1% nach 2,3% im August und 2,2% im Juli. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Juli bis September 2013 bei 2,2%, verglichen mit 2,3% in der Vorperiode.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat September auf -1,1% nach -1,2% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen - 0,07% im September gegenüber - 0,23% im August.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

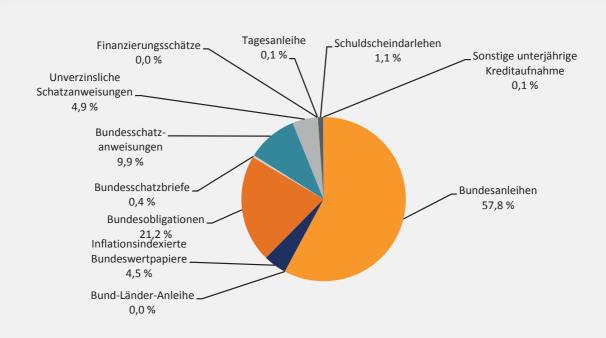
Bis einschließlich September 2013 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 199,6 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 193,4 Mrd. €, inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 8,0 Mrd. € und sonstige Instrumente in Höhe von 1,9 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Kauf von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 3,9 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 215,6 Mrd. € (davon 187,1 Mrd. € Tilgungen und 28,5 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 16,0 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 187,4 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 9,1 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 3,1 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 30. September 2013



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1 148,8 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 45,2 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Inflations indexierte Bundeswert papiere	-	-	-	11,0	-	-	-	-	-				11,0
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	22,0	-					46,0
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-	-	-	-	-				17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	18,0	-	-	17,0	-	-	17,0				52,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	7,0	7,0	3,0	3,0	7,0	7,2	7,0				55,2
Bundesschatzbriefe	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,3	0,6	0,0				1,8
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				0,2
Tagesanleihe	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				0,3
Schuldscheindarlehen	-	-	0,0	-	-	0,0	0,0	-	0,0				0,0
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,6	-	-	2,2	-	-	0,7				3,5
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,3	7,2	25,9	35,3	3,1	22,4	29,4	7,8	24,7				187,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul in Mrd. €	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	10,8	0,8	0,1	3,5	0,0	0,4	12,3	0,1	0,6				28,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $Quelle: Bundesministerium \ der \ Finanzen.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2013 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Aufstockung	3. Juli 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137420 WKN113742	Aufstockung	10. Juli 2013	2 Jahre/fällig 12. Juni 2015 Zinslaufbeginn 17. Mai 2013 erster Zinstermin 12. Juni 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Aufstockung	17. Juli 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	31. Juli 2013	30 Jahre fällig/4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Aufstockung	7. August 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Aufstockung	14. August 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137438 WKN 113743	Neuemission	21. August 2013	2 Jahre/fällig 11. September 2015 Zinslaufbeginn 23. August 2013 erster Zinstermin 11. September 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141679 WKN 114164	Neuemission	4. September 2013	5 Jahre/fällig 12. Oktober 2018 Zinslaufbeginn 6. September 2013 erster Zinstermin 12. Oktober 2014	5 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE00011002325 WKN 110232	Neuemission	11. September 2013	10 Jahre/fällig 15. August 2023 Zinslaufbeginn 15. August 2013 erster Zinstermin 15. August 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137438 WKN113743	Aufstockung	18. September 2013	2 Jahre/fällig 11. September 2015 Zinslaufbeginn 23. August 2013 erster Zinstermin 11. September 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
			3. Quartal 2013 insgesamt	43 Mrd. €	43 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

 $\label{thm:prop:prop:prop:prop:prop:prop:prop:gen:Quelle:Bundesministerium der Finanzen.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2013 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119865 WKN 111986	Neuemission	8. Juli 2013	6 Monate/fällig 15. Januar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119873 WKN 111987	Neuemission	22. Juli 2013	12 Monate/fällig 23. Juli 2014	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119881 WKN 111988	Neuemission	12. August 2013	6 Monate/fällig 12. Februar 2014	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119899 WKN 111989	Neuemission	26. August 2013	12 Monate/fällig 27. August 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119907 WKN 111990	Neuemission	9. September 2013	6 Monate/fällig 12. März 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119915 WKN 111991	Neuemission	23. September 2013	12 Monate/fällig 24. September 2014	3 Mrd. €	3 Mrd.€
			3. Quartal 2013 insgesamt	20 Mrd. €	20 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2013 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 1030534	Aufstockung	9. Juli 2013	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	10. September 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
			3. Quartal 2013 insgesamt	2 - 3 Mrd.€/ 2,0 Mrd. €	2 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 14. und 15. Oktober 2013 in Luxemburg

In der Eurogruppe wurde der erfolgreiche Abschluss der elften Programmüberprüfung in Irland bestätigt. Der Abschluss der Programmüberprüfung ist Voraussetzung für die Freigabe der letzten Tranche des Darlehens der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) in Höhe von 2,3 Mrd. €.

Zu Portugal berichtete die Troika, dass die Umsetzung des Programms weitgehend planmäßig verlaufe. Die Wachstumsaussichten hätten sich verbessert.

Die Troika berichtete außerdem über den Stand der laufenden Programmüberprüfung in Griechenland. Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas und der Wettbewerbsfähigkeit begännen zu wirken. Verzögerungen gebe es jedoch bei der Privatisierung und den administrativen Reformen.

Schließlich befassten sich die Minister mit den wesentlichen Ergebnissen der vierten Überprüfung der Umsetzung des Finanzsektorprogramms in Spanien. Die EU-Kommission führte aus, dass die Programmumsetzung nach Plan verlaufe. Die Finanzierungslage des spanischen Bankensektors habe sich verbessert.

Im ECOFIN-Rat am 15. Oktober 2013 wurden die Verordnungen zur Errichtung eines Einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Finanzinstitute formal verabschiedet und somit die Grundlage für die erste Säule der europäischen Bankenunion geschaffen. Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus wird sich aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Aufsichtsbehörden zusammensetzen. Die EZB hat mit den Vorbereitungsarbeiten bereits begonnen. Die Aufnahme der Aufsichtstätigkeit durch die

EZB ist zwölf Monate nach Inkrafttreten der Verordnungen vorgesehen.

Im Zusammenhang mit der einheitlichen Aufsicht werden 2014 Bilanzbewertungen und Stresstests für Finanzinstitute durchgeführt. Bei den Tagungen herrschte Einigkeit, dass die anstehenden Prüfungen der Banken durch die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) und die EZB gleichermaßen streng und glaubwürdig sein sollten. Diskutiert wurde zudem die Frage, wie mit etwaigen Kapitallücken bei den Finanzinstituten umgegangen werden solle. Es bestand Einvernehmen. dass an erster Stelle private Mittel zur Rekapitalisierung herangezogen werden müssten. Erst danach könnten nationale Fonds oder öffentliche Mittel eingesetzt werden. Wenn ein Mitgliedstaat nicht in der Lage ist, Rekapitalisierungsmaßnahmen durchzuführen, ohne seine Finanzstabilität zu gefährden, könne er Hilfe durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) entsprechend seiner Regeln beantragen.

Zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 24. und 25. Oktober 2013 befassten sich die Minister zum einen mit den möglichen Indikatoren und Politikbereichen, die im Rahmen einer verstärkten Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu berücksichtigen sind. Zum anderen diskutierten die Minister die Initiativen der EU-Kommission und der Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Verbesserung der KMU-Finanzierung. Es bestand eine Präferenz für das am schnellsten umsetzbare Instrument, um möglichst kurzfristig die Finanzierungslage von kleinen und mittleren Unternehmen in den betroffenen Ländern zu verbessern.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Zudem tauschten sich die Minister über ihre Erfahrungen im diesjährigen Europäischen Semester und mögliche Verbesserungen aus. Das Europäische Semester dient der EU-weiten Koordinierung der Haushalts-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitiken der Mitgliedstaaten. Es bestand gemeinsames Verständnis, dass das Europäische Semester in diesem Jahr reibungsloser verlaufen sei. Weiteren Verbesserungsbedarf sahen die Minister bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen und dem zeitlichen Ablauf des Verfahrens. Das nächste Europäische Semester wird mit der

Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts der EU-Kommission im November 2013 beginnen.

In Vorbereitung auf die 19. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention vom 11. bis 22. November 2013 in Warschau verabschiedete der ECOFIN-Rat Schlussfolgerungen zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen. Der Rat bestätigt darin für die EU die Zusage der Industrieländer, bis 2020 insgesamt 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen zu mobilisieren.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

9./10. Dezember 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
19./20. Dezember 2013	Europäischer Rat in Brüssel
27./28. Januar 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
13./14. Februar 2014	Europäischer Rat in Brüssel
17./18. Februar 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
22./23. Februar 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Sydney

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013
Januar 2014	Dezember 2013	31. Januar 2014
Februar 2014	Januar 2014	21. Februar 2014
März 2014	Februar 2014	25. März 2014
April 2014	März 2014	22. April 2014
Mai 2014	April 2014	22. Mai 2014
Juni 2014	Mai 2014	20. Juni 2014
Juli 2014	Juni 2014	21. Juli 2014
August 2014	Juli 2014	22. August 2014
September 2014	August 2014	22. September 2014
Oktober 2014	September 2014	20. Oktober 2014
November 2014	Oktober 2014	21. November 2014
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014

 $^{^{1}} Nach \, IWF-Special \, Data \, Dissemination \, Standard \, (SDDS), siehe \, http://dsbb.imf.org.$

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 \in / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	71
1	Kreditmarktmittel	71
2	Gewährleistungen	72
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	73
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	75
5	Bundeshaushalt 2012 bis 2017	77
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017	70
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	/ 0
,	Soll 2013	80
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	84
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	86
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	90
12	Entwicklung der Staatsquote	91
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	92
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	95
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	96
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	99
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	. 101
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	. 102
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013	. 102
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2012/2013	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis September 2013	. 103
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2013	. 105
Gesa	mtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	109
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	. 110
2	Produktionspotenzial und -lücken	. 111
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	. 112
4	Bruttoinlandsprodukt	
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
6	Kapitalstock und Investitionen	
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
Q	Projectund Löhne	121

☐ Statistiken und Dokumentationen

Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	123
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	125
4	Einkommensverteilung	126
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	127
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	128
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	129
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	130
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	131
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	132
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	133
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	137

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. August 2013	Zunanne	Abhainne	30. September 2013
	Gliederung nach Schuldenar	ten		
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	51 000	1 000	0	52 000
Anleihen ¹	659 000	5 000	0	664 000
Bund-Länder-Anleihe	405	0	0	405
Bundesobligationen	238 000	5 000	0	243 000
Bundesschatzbriefe ²	4986	0	16	4970
Bundesschatzanweisungen	126 000	5 000	17 000	114000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	56 986	5 9 9 6	7 000	55 982
Finanzierungsschätze ³	69	0	9	60
Tagesanleihe	1 480	0	16	1 464
Schuldscheindarlehen	12 222	0	0	12 222
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 125	226	666	686
Kreditmarktmittel insgesamt	1 151 273			1 148 789

	Stand:		Stand:
	31. August 2013		30. September 2013
Gliederu	ng nach Restlaufzeite	en	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	207 355		204138
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	371 083		360 829
langfristig (mehr als 4 Jahre)	572 836		583 822
Kreditmarktmittel insgesamt	1 151 273		1 148 789

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

¹10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2013	Belegung am 30. September 2013	Belegung am 30. September 2012
		in Mrd. €	
Ausfuhren	145,0	132,2	124,0
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	42,4	41,4
FZ-Vorhaben	12,5	5,7	4,0
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	107,7	108,5
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,2	56,1
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	95,3	142,1

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governr	ment Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2013	Dezember	-	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-	-
	Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4245
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
	Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
	Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 3 6 7
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168
	Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222
2012	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
	Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
		108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
	April	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
	März	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
	Februar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	-250
2011	Januar	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
2011	Dezember	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34280
	November Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
		227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
	September	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
	August	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
	Juli 	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
	Juni				9300	94	
	Mai	129 439	102 355	-27 051			-36 257
	April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
	März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
	Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
	Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	ment Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74930	-32 137	-2 388	- 38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	- 653	- 115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118
2009 Dezember	292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148
November	270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083
Oktober	243 983	204 784	-39 150	-14 675	188	-24 287
September	218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203
August	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176
Juli	176 517	148 441	-28 039	-9 391	134	-18 514
Juni	141 466	126 776	-14 658	11 937	112	-26 483
Mai	120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022
April	101 674	79 274	-22 381	-27 150	-2	4767
März	78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832
Februar	57 615	36 464	-21 152	-19 760	- 122	-1 513
Januar	39 796	17 472	-22 323	-22 607	- 117	167

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

				Central Government D	ebt	
		Kr	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistunger
			Outsta	nding debt		Gewanneistunger
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in Mi	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2013	Dezember	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-
	September	201 138	360 829	583 822	1 148 789	470
	August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-
	Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-
	Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474
	Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-
	April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-
	März	216723	368 251	558 954	1 143 928	472
	Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-
	Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-
	September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508
	August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-
	Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-
	Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
	Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-
	April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-
	März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454
	Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-
		219 621	344 056	542 868	1 106 545	-
2011	Januar	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
2011	Dezember	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-
	November	232 949	346 948	536 229	1 116 125	_
	Oktober	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
	September	237 224	357 519	534 543	1 129 286	3.0
	August	237 224	350 434	528 649	1 118 277	
	Juli 				1 128 355	261
	Juni	238 249	351 835	538 272		361
	Mai	232 210	364702	534 474	1 131 385	-
	April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-
	März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
	Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-
	Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			Central Government D	ebt	
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Cowährleistungen
		Outsta	nding debt		Gewährleistungen
	Kurzfristig (bis zu 1Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2010 Dezember	234 986	335 073	534 991	1 105 505	343
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-
April	238 248	334207	499 124	1 071 579	-
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-
2009 Dezember	243 437	320 444	489 805	1 053 686	341
November	251 872	329 401	487 457	1 068 730	-
Oktober	254 058	323 454	476 480	1 053 992	-
September	257 522	315 355	483 546	1 056 424	328
August	251 615	320 988	471 494	1 044 097	-
Juli	248 055	320 433	465 971	1 034 460	-
Juni	250 611	318 393	482 266	1 051 270	325
Mai	239 984	330 289	469 327	1 039 601	-
April	229 180	322 200	456 371	1 007 751	-
März	214 171	306 352	482 537	1 003 060	319
Februar	211 359	313 238	470 572	995 170	-
Januar	202 507	323 261	464 608	980 375	-

 $^{^{1}} Ge w\"{a}hr le ist ungsdaten werden quartalsweise gemeldet.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2012 bis 2017 Gesamtübersicht

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll ¹	Entwurf		Finanzplan	
			Mr	d . €		
1. Ausgaben	306,8	310,0	292,4	299,6	308,3	317,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,6	+1,1	- 4,7	+1,4	+2,9	+3,0
2. Einnahmen ²	284,0	284,6	289,0	299,3	308,0	317,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	+2,0	+0,2	+ 1,5	+3,6	+2,9	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	256,1	260,6	268,7	279,4	292,9	300,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,2	+1,8	+3,1	+4,0	+4,9	+2,6
3. Finanzierungssaldo	-22,8	-25,4	-6,5	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	7,4	8,2	2,2	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	245,2	240,1	216,5	201,6	178,8	220,3
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	9,9	9,2	-1,3	0,0	-2,6	0,7
6. Tilgungen (+)	232,6	224,2	209,0	201,6	176,2	221,0
7. Nettokreditaufnahme	22,5	25,1	6,2	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	36,3	34,8	29,7	25,2	24,9	24,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+43,0	-4,8	- 14,8	- 15,2	- 1,1	- 0,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,6	1,5	2,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2013.

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

 $^{^2}$ Gem. BHO \S 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^3\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Ber\"{u}cksichtigung}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Eigenbestandsver\"{a}nderung}$

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgabeart	Ist	Soll ¹	Entwurf		Finanzplan	
			in Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 046	28 478	28 318	28 094	27 981	27 867
Aktivitätsbezüge	20 619	20 825	20 624	20 320	20 121	19 975
Ziviler Bereich	9 289	10 501	10 561	10 601	10 606	10 638
Militärischer Bereich	11 331	10324	10 063	9719	9515	9 3 3 7
Versorgung	7 427	7 653	7 694	7 774	7 861	7 892
Ziviler Bereich	2 538	2 651	2 695	2 733	2 729	2716
Militärischer Bereich	4889	5 003	4 999	5 041	5 131	5 176
Laufender Sachaufwand	23 703	24 642	24 348	24 280	24 381	24 379
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1384	1 343	1 282	1 292	1 295	1 301
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10287	10 396	10 174	10 143	10 279	10395
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	12 903	12 893	12 845	12 807	12 682
Zinsausgaben	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
an andere Bereiche	30 487	31 596	29 034	31312	32 458	34 127
Sonstige	30 487	31 596	29 034	31312	32 458	34 127
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	30 446	31 554	28 992	31 271	32 417	34 085
an Ausland	0	0	0	-	0	(
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	190 271	184 995	191 453	199 435	207 321
an Verwaltungen	17 090	27 419	20 792	21 073	26 429	31 196
Länder	11 529	13 498	14 158	14318	14595	15 012
Gemeinden	8	9	7	7	6	5
Sondervermögen	5 552	13 912	6 626	6 747	11828	16 178
Zweckverbände	1	1	1	1	1	C
an andere Bereiche	170 644	162 852	164203	170 380	173 006	176 125
Unternehmen	24 225	25 872	26 256	26 264	26 236	26 219
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	26 307	26 456	26 492	26 885	27 114	27 264
an Sozialversicherung	113 424	103 453	103 796	110 051	112318	115 603
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 668	1 697	1 865	1 871	1874	1 878
an Ausland	5 0 1 7	5 3 7 2	5 792	5 3 0 7	5 462	5 160
an Sonstige	2	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	269 971	274 987	266 695	275 140	284 256	293 694

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgabeart	Ist	Soll ¹	Entwurf		Finanzplan	
			in Mic	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 760	8 248	7 408	7 229	7 220	7 208
Baumaßnahmen	6 147	6 703	5 9 1 7	5 7 7 6	5719	5 5 6 2
Erwerb von beweglichen Sachen	983	964	928	926	904	900
Grunderwerb	629	581	563	528	596	746
Vermögensübertragungen	16 005	15 304	16 631	16 759	16 590	16 408
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 524	14 692	16 019	16 150	15 982	15 799
an Verwaltungen	5 789	4800	4788	4761	4712	4 651
Länder	5 152	4737	4709	4 676	4 624	4 566
Gemeinden und Gemeindeverbände	56	62	78	84	87	85
Sondervermögen	581	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	9 735	9 892	11 230	11 389	11 271	11 148
Sonstige - Inland	6234	6396	6379	6 550	6 475	6 3 6 2
Ausland	3 501	3 497	4851	4839	4 795	4786
Sonstige Vermögensübertragungen	480	612	612	609	608	609
an andere Bereiche	480	612	612	609	608	609
Unternehmen - Inland	4	42	30	30	30	30
Sonstige - Inland	129	146	134	132	129	129
Ausland	348	424	449	447	449	450
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	13 040	11 864	6 230	1 774	1 669	1 724
Darlehensgewährung	2 736	3 002	1 744	1 773	1 668	1 629
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 735	3 001	1 744	1 772	1 668	1 629
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 070	1 380	1 330	1 384	1 269	1 204
Ausland	1 666	1 621	414	388	399	425
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10304	8 862	4 486	1	1	95
Inland	0	175	143	1	1	95
Ausland	10304	8 687	4 3 4 3	0	0	C
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	36 804	35 415	30 270	25 762	25 478	25 340
Darunter: Investive Ausgaben	36 324	34804	29 658	25 153	24871	24731
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 402	-1 565	-1 302	-1 434	-1 334
Ausgaben zusammen	306 775	310 000	295 400	299 600	308 300	317 700

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	72 949	58 873	24 939	19 889	-	14 045
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 329	13 117	3 697	1520	-	7 900
02	Auswärtige Angelegenheiten	17950	4885	541	183	-	4161
03	Verteidigung	32 807	32 607	15 327	16 244	-	1 036
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 5 2 5	4 0 3 9	2 470	1 235	-	334
05	Rechtsschutz	459	427	291	110	-	26
06	Finanzverwaltung	3 878	3 798	2614	597	-	587
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 952	15 608	507	936	-	14 165
13	Hochschulen	4794	3 880	11	10	-	3 859
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	2 675	2 672	-	-	-	2 672
15	Sonstiges Bildungswesen	273	203	10	67	-	126
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	8 3 1 5	485	854	-	6976
19	Übrige Bereiche aus 1	751	539	1	5	-	533
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	144 568	190	397	-	143 981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	98 861	54	-	-	98 807
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	6 474	-	5	-	6 469
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	2 005	-	29	-	1 976
25	Arbeitsmarktpolitik	31 925	31 807	1	79	-	31 727
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	343	340	-	25	-	315
29	Übrige Bereiche aus 2	5 089	5 082	135	260	-	4 687
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 740	1 013	342	347	-	324
31	Gesundheitswesen	536	473	201	213	-	59
32	Sport und Erholung	132	115	-	4	-	110
33	Umwelt- und Naturschutz	427	258	86	71	-	101
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	167	54	59	-	53
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	815	-	11	-	804
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	805	-	2	-	804
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	595	10	-	10	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	6	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	559	13	215	-	331
52	Landwirtschaft und Ernährung	947	535	-	206	-	329
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	162	162	-	104	-	58
529	Übrige Bereiche aus 52	786	374	-	102	-	271
599	Übrige Bereiche aus 5	27	24	13	9	-	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

- 1		Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	1.000	2.500	in Mio. €	14.076	44040
0	Allgemeine Dienste	1 063	2 698	10 315	14 076	14 048
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
02	Auswärtige Angelegenheiten	150	2 607	10 308	13 065	13 064
03	Verteidigung	135	59	7	201	174
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	455	31	-	486	486
05	Rechtsschutz	32	-	-	32	32
06	Finanzverwaltung	80	0	-	80	80
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	135	3 208	-	3 344	3 344
13	Hochschulen	1	912	-	913	913
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	134	2 011	-	2 145	2 145
19	Übrige Bereiche aus 1	0	211	-	212	212
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	550	1	556	14
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	425	1	427	3
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	4	4	-	7	7
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	534	193	-	727	727
31	Gesundheitswesen	55	8	-	63	63
32	Sport und Erholung		17	-	17	17
33	Umwelt- und Naturschutz	4	165	-	169	169
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	476	3	-	479	479
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 496	4	1 500	1 500
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie		905	4	909	909
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung		585	-	585	585
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	6	-	6	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	412	1	415	415
52	Landwirtschaft und Ernährung		411	1	412	412
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	411	1	412	412
599	Übrige Bereiche aus 5	3	1	_	3	3

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	2 465	66	461	-	1 938
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	1 543	-	0	-	1 543
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	354	306	-	34	-	272
65	Handel und Tourismus	409	407	-	350	-	57
66	Geld- und Versicherungswesen	57	15	-	15	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 488	108	-	42	-	65
69	Regionale Fördermaßnahmen	601	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	79	77	66	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	4 072	1 003	1 983	-	1 086
72	Straßen	7 196	1 094	-	947	-	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 778	897	542	286	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	77	-	5	-	72
75	Luftfahrt	363	194	54	23	-	116
799	Übrige Bereiche aus 7	2 871	1810	407	722	-	681
8	Finanzwirtschaft	46 649	47 013	1 418	402	31 596	13 598
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13 598	13 598	-	-	-	13 598
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-	-
83	Schulden	31 602	31 602	-	7	31 596	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	568	568	568	-	-	-
88	Globalposten	448	850	850	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	395	395	-	395	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	310 000	274 987	28 478	24 642	31 596	190 271

¹Inklusive Nachtrag 2013.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	773	1 350	2 124	2 082
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	33	-	33	33
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	48	-	48	48
65	Handel und Tourismus	-	2	-	2	2
66	Geld- und Versicherungswesen	-	42	-	42	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	30	1 350	1 380	1380
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 506	5 935	194	12 635	12 635
72	Straßen	4 693	1 409	-	6 102	6102
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4396	25	4 421	4421
75	Luftfahrt	1	-	169	170	170
799	Übrige Bereiche aus 7	931	130	-	1 062	1 062
8	Finanzwirtschaft	0	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	-	-	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	8 248	15 304	11 864	35 415	34 804

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degensiand der Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	-1,4	- 1,0	+3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	-11,4	-23,9	- 25,6	- 23,8	-3
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	- 0,2	-0,1	-
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	-
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	1
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	1
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	5
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	3
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	19
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	8
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Steueraufkommen ³ Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 3
Anteil an den Bundesausgaben	wird.e	0,0	19,1	12,6	8,7	- 23,3	10,8	9,7	1
Anteil a.d. investiven Ausgaben des						•			
Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	5
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 48
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	90

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ¹
				Ist-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	310
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	1
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	C
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	-34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 25
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 25
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	- 0,3	- 0,3	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	-0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	12
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	:
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10
Anteil an den Zinsausgaben des	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	4
öffentl. Gesamthaushalts ⁴									
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	-3,8	- 2,7	43,1	
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	1
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	38
Steuereinnahmen ²	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	80
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	9
Anteil am gesamten	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	42
Steueraufkommen ³	76	41,7	42,8	42,0	43,3	42,0	43,3	42,5	4,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 2!
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	8
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	72
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 68,8	-2 254,1	- 111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,9	-84,9	- 12
öffentl. Gesamthaushalts ⁴	,0	,5		,_	,,	,3	,5	,3	
nachrichtlich: Schuldenstand ⁴		1 5 45 4	1 550 1	1 577 6	1.604.	2011	2020.0		
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0		

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

 $^{^2 {\}it Nach\,Abzug\,der\,Erg\"{a}nzungszuweisungen\,an\,L\"{a}nder.}$

 $^{^3\,\}mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Gesamt}$ deutschland.

 $^{^4}$ Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	776,2
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	749,9
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-26,2
davon:							
Bund ²							
Kernhaushalt							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	75,4	63,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	80,6	65,1
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	5,3	1,3
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	357,0	353,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	344,5	331,7
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-12,4	-21,4
Länder ³							
Kernhaushalt							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7	299,3
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4	293,5
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2	-5,7
Extrahaushalte							
Ausgaben		-	-	-	-	48,4	44,2
Einnahmen	_	-	-	-	-	48,0	44,8
Finanzierungssaldo	_	-	-	-	-	-0,4	0,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben		-	_	-	-	319,6	323,6
Einnahmen		-	-	-	-	308,9	317,9
Finanzierungssaldo		_	_	_	_	-10,6	-5,6
Gemeinden ⁴							
Kernhaushalt							
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3	187,0
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6	188,8
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7	1,8
Extrahaushalte	_,-	-,-	-,-	,,_	-,-	.,.	.,3
Ausgaben	_	_	_	_	_	12,3	12,2
Einnahmen	_	_	_	_	_	11,1	11,3
Finanzierungssaldo	_		_	_	_	-1,2	-0,9
Gemeinden insgesamt ¹						1,2	5,5
Ausgaben	_	_	_	_	_	194,2	196,6
Einnahmen			_		_	191,3	197,5
Finanzierungssaldo						-2,9	0,9

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
			Veränderun	gen gegenübei	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	0,5
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,5
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-15,4
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-19,3
Bund insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-1,1
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-3,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3	0,9
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-8,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-6,7
Länder insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,3
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	2,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-0,9
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	1,8
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,2
Einnahmen	-	-	_	-	_	-	3,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $Seit \, dem \, Jahr \, 2011 \, werden \, die \, Extrahaushalte \, nach \, dem \, Schalenkonzept \, finanzstatistisch \, dargestellt.$

Stand: September 2013.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $^{^3\,}Kernhaushalte: bis\,2010\,Rechnungsergebnisse.\,Kern-\,und\,Extrahaushalte:\,2011\,und\,2012\,Kassenergebnisse.$

 $^{^4\,\}text{Kernhaushalte:}\,\text{bis}\,\text{2011}\,\text{Rechnungs} \text{ergebnisse;}\,\text{2012}\,\text{Kassen} \text{ergebnisse.}\,\text{Extrahaushalte:}\,\text{2011}\,\text{und}\,\text{2012}\,\text{Kassen} \text{ergebnisse.}$

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	inagaaamt		dav	von	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublik	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 ²	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	615,2	314,3	300,9	51,1	48,9
2014 ²	638,5	330,7	307,8	51,8	48,2
2015 ²	661,9	347,8	314,1	52,6	47,4
2016 ²	683,7	363,2	320,5	53,1	46,9
2017 ²	704,5	378,6	325,9	53,7	46,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2013.

² Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2013.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (Gesamtrechnungen ²	Abgre	enzung der Finanzsta	atistik ³
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation z	um BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,3
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,5	22,7	16,7	37,7	22,0	15,8
2012	40,0	23,2	16,8	38,4	22,5	15,9

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
t. b.	t	darunte	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,2	28,2	18,0
1992	47,1	27,9	19,2
1993	48,1	28,2	19,9
1994	48,0	28,0	20,0
1995 ⁴	48,2	27,7	20,6
1995	54,9	34,3	20,6
1996	49,1	27,6	21,4
1997	48,2	27,0	21,2
1998	48,0	26,9	21,1
1999	48,2	27,0	21,3
2000 ⁵	47,6	26,4	21,2
2000	45,1	23,9	21,2
2001	47,6	26,3	21,4
2002	47,9	26,2	21,7
2003	48,5	26,4	22,0
2004	47,1	25,8	21,3
2005	46,9	26,0	20,9
2006	45,3	25,4	19,9
2007	43,5	24,5	19,0
2008	44,1	25,0	19,1
2009	48,3	27,2	21,1
2010	47,9	27,5	20,3
2011	45,2	25,7	19,5
2012	44,7	25,3	19,4

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

 ² Ausgaben des Staats in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite		-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte		-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel iwS		-	-	986	1 124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 383 804	1 454 113	1 524 867	1 573 937	1 583 745	1 652 797	1 769 893
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	_						7 493

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte		-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel iwS		-	-	-	-	-	531
Kassenkredite		-	-	-	-	-	
Extrahaushalte		-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel iwS		-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil a	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung		-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,8
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,5
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetziche Sozialversicherung		-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,6	68,0	65,2	66,8	74,5
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,2
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zu züglich Kassen kredite.\\$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, eigene \ Berechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik¹

	2010	2012	2013
		in Mio. €	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289
in Relation zum BIP in $\%$	80,6	77,6	77,6
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179
Kassenkredite	16 256	7313	14338
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214635
Postbeamtenversorgungskasse	17 302	11 000	11 395
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626
Kassenkredite	4930	3 748	6 304
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 54
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178
Wertpapierschulden und Kredite	84363	85 613	87 758
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 33
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661
Kassenkredite	0	58	4
Kernhaushalte	506	735	627
Extrahaushalte ⁴	32	88	38
Schulden insgesamt (€)			
je Einwohner	24 607	25 215	25 685
Maastricht-Schuldenstand	2 057 308	2 086 816	2 160 193
in Relation zum BIP in %	82,5	80,0	81,0
nachrichtlich:			
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 495	2 610	2 666
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746

¹Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; \ Bundesministerium \ der \ Finanzen, \ eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\,}Einschließlich \, aller \, \ddot{o}ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$

 $^{^3}$ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}$ haus halte der gesetzlichen Sozial versicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesam	trechungen ²		Abgrenzung der Finanzstatisti		
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher G	esamthaushalt³	
		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-	
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0	
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1	
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9	
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7	
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0	
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7	
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1	
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6	
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2	
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3	
1995 ⁴	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0	
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3	
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5	
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5	
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3	
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-	
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2	
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7	
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2	
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0	
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4	
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8	
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0	
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4	
2009	-73,6	-59,3	-14,3	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8	
2010	-104,3	-108,4	4,1	-4,2	-4,3	0,2	-78,7	-3,2	
2011	-21,5	-36,6	15,2	-0,8	-1,4	0,6	-25,9	-1,0	
2012	2,3	-16,0	18,3	0,1	-0,6	0,7	-26,2	-1,0	

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2010 Rechnungsergebniss; 2011: Kassenergebnisse; 2012: Schätzung.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in% des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-4,2	-0,8	0,1	0,0	0,1	0,	
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-3,7	-3,7	-4,0	-2,8	-2,6	-2,	
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	0,2	1,1	-0,2	-0,4	-0,1	-0,	
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,9	1,6	-30,6	-13,1	-8,2	-7,4	-5,0	-3,0	
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-10,7	-9,5	-9,0	-13,5	-2,0	-1,	
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-9,6	-9,6	-10,6	-6,8	-5,9	-6,6	
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,1	-5,3	-4,8	-4,1	-3,8	-3,7	
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-4,5	-3,8	-3,0	-3,0	-2,7	-2,5	
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-5,3	-6,3	-6,4	-8,3	-8,4	-6,3	
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	0,1	-0,6	-0,9	-1,0	-2,7	
Malta	-	-	-	-3,7	-5,7	-2,9	-3,5	-2,8	-3,3	-3,4	-3,4	-3,5	
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,1	-4,3	-4,1	-3,3	-3,3	-3,0	
Österreich	-2,1	-3,1	-2,6	-5,8	-1,7	-1,7	-4,5	-2,5	-2,5	-2,5	-1,9	-1,5	
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-9,8	-4,3	-6,4	-5,9	-4,0	-2,5	
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-5,9	-6,3	-3,8	-5,8	-7,1	-3,8	
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-7,7	-5,1	-4,5	-3,0	-3,2	-3,8	
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-0,7	-1,8	-2,2	-2,3	-2,0	
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,2	-4,2	-3,7	-3,1	-2,5	-2,4	
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-3,1	-2,0	-0,8	-2,0	-2,0	-1,8	
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-4,7	-3,2	-4,4	-2,9	-3,0	-3,5	
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,5	-1,8	-4,1	-1,7	-1,7	-2,7	
Kroatien	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-5,0	-5,4	-6,5	-6,2	
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-8,1	-3,6	-1,3	-1,4	-1,0	-1,0	
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	-2,5	-1,9	
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,3	4,3	-2,0	-2,9	-3,0	-2,7	
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,9	-5,0	-3,9	-4,8	4,6	-3,3	
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-6,8	-5,6	-3,0	-2,5	-2,0	-1,8	
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	0,3	0,2	-0,2	-0,9	-1,2	-0,5	
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,8	3,5	-3,4	-10,1	-7,7	-6,1	-6,4	-5,3	-4,3	
EU	-	-	-	-6,9	0,6	-2,5	-6,5	-4,4	-3,9	-3,5	-2,7	-2,6	
USA	-2,2	-4,7	-3,9	-3,1	1,5	-3,1	-10,9	-9,8	-9,1	-6,4	-5,7	-4,9	
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,3	-8,9	-9,6	-9,6	-7,2	-5,8	

 $^{^{\}rm 1}$ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose und Statistischer Annex, November 2013.

Stand: November 2013.

 $^{^2 \, \}text{Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erl\"{o}se.}$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	82,5	80,0	81,0	79,6	77,1	74,1
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	98,0	99,8	100,4	101,3	101,0
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	6,7	6,1	9,8	10,0	9,7	9,1
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	37,0	27,2	91,2	104,1	117,4	124,4	120,8	119,1
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	110,0	148,3	170,3	156,9	176,2	175,9	170,9
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	61,7	70,5	86,0	94,8	99,9	104,3
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,5	66,8	82,4	85,8	90,2	93,5	95,3	96,0
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,6	105,7	119,3	120,7	127,0	133,0	134,0	133,1
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	61,3	71,5	86,6	116,0	124,4	127,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	19,5	18,7	21,7	24,5	25,7	28,7
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,8	69,5	71,3	72,6	73,3	74,1
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	63,4	65,7	71,3	74,8	76,4	76,9
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	72,3	72,8	74,0	74,8	74,5	73,5
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	94,0	108,2	124,1	127,8	126,7	125,7
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	38,7	47,1	54,4	63,2	70,1	74,2
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	41,0	43,4	52,4	54,3	57,2	58,1
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	48,7	49,2	53,6	58,4	61,0	62,5
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,5	85,6	87,9	92,6	95,5	95,9	95,4
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	16,2	16,3	18,5	19,4	22,6	24,1
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	38,4	41,4	46,2	49,0	50,6	52,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	42,7	46,4	45,4	44,3	43,7	45,1
Kroatien	-	-	-	-	-	-	44,9	51,6	55,5	59,6	64,7	69,0
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	44,4	41,9	40,6	42,5	39,3	33,4
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	37,8	38,3	40,5	39,9	40,2	39,6
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	82,2	82,1	79,8	80,7	79,9	79,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	54,9	56,2	55,6	58,2	51,0	52,5
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	30,5	34,7	37,9	38,5	39,1	39,5
Schweden	38,5	59,8	40,6	72,8	53,9	50,4	39,4	38,6	38,2	41,3	41,9	41,0
Vereinigtes Königreich	52,0	51,0	32,7	50,0	40,5	41,7	78,4	84,3	88,7	94,3	96,9	98,6
EU	-	-	-	-	61,8	62,9	80,0	82,9	86,6	89,7	90,2	90,0
USA	41,2	54,1	62,0	68,8	53,0	64,9	95,1	99,4	102,7	104,7	105,2	103,8
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	216,0	230,3	238,0	243,4	242,0	242,6

 $Quellen: \ EU-Kommission, Herbstprognose \ und \ Statistischer \ Annex, November \ 2013.$

Stand: November 2013.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

lond					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuern und	Sozialabgabe	n in % des BIP			
Laliu	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

land					Gesamtau	ısgaben de:	s Staates in S	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,0	45,4	45,1
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,2	54,7	54,1	54,2
Estland	-	_	41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	40,5	39,6	37,6
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,7	55,6	56,3	56,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	55,9	56,6	57,2	57,1
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,9	54,7	47,3	46,5
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,6	66,1	48,2	42,2	42,3	39,4
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	50,7	51,1	50,2
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,9	41,8	43,0	43,1	43,4
Malta	-	_	38,5	39,5	43,6	43,2	42,4	42,0	42,1	43,9	44,6	44,7
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	50,4	50,9	50,8
Österreich	53,1	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,5	51,2	51,3	50,8
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,5	49,4	47,4	48,6	46,6
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,9	41,6	40,0	38,3	37,4	36,9	36,3
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	44,3	49,3	50,4	50,8	49,0	50,3	49,1
Spanien	-	_	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	47,0	43,3	42,9
Zypern	-	_	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,0	46,3	47,1	47,5
Bulgarien	-	_	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	35,7	37,5	38,2
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	58,0	57,5	57,5	59,5	57,8	56,8
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	43,8	43,4	38,4	36,4	35,5	34,7
Litauen	-	_	34,4	38,9	33,2	37,2	44,9	42,4	38,8	36,1	35,6	34,8
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,4	42,3	41,6	41,0
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	39,4	36,4	36,6	36,8
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,8	52,2	51,5
Tschechien	-	_	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	44,5	43,4	43,3
Ungarn	-	_	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,4	49,6	50,3
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,4	36,8	43,8	47,7	51,4	50,5	48,6	48,5	48,5	47,8
Euroraum	-	_	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,9	49,7	49,3
EU-27	-	_	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,4	49,2	48,8
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,3	39,6	39,1
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,7	42,0	42,5	42,8	42,3

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: Mai 2013.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		EU-Hausl	halt 2011 ¹			EU-Haus	EU-Haushalt 2012 ²					
	Verpflicht	ıngen	Zahlun	igen	Verpflich	tungen	Zahlu	ngen				
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%				
1	2	3	4	5	6	7	8	9				
Rubrik												
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9				
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0				
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2				
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1				
4. EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4				
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1				
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4				
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0				

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	- 215,8
4. EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2 360,9

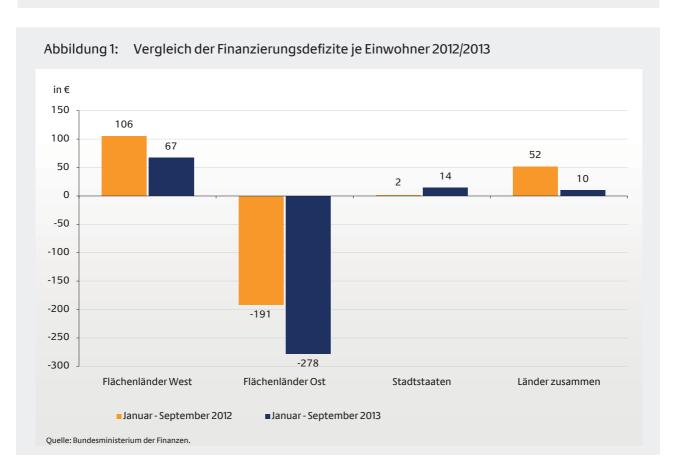
² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013

	Flächenlän	der (West)	Flächenlä	nder (Ost)	Stadts	taaten	Länder zus	sammen			
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist			
		in Mio. €									
Bereinigte Einnahmen	213 620	162 290	52 488	39 870	36 915	28 781	296 403	225 58			
darunter:											
Steuereinnahmen	167 466	125 747	30 145	23 156	23 565	17743	221 176	166 64			
Übrige Einnahmen	46 154	36 542	22 343	16714	13 350	11 038	75 227	58 93			
Bereinigte Ausgaben	224 382	166 479	52 944	36 393	38 531	28 864	309 237	226 37			
darunter:											
Personalausgaben	87 640	65 487	13 032	9 448	11 146	9 147	111819	8408			
Lfd. Sachaufwand	14 449	10 087	3 808	2 590	8 3 3 4	6918	26 591	19 59			
Zinsausgaben	12 852	9 640	2 635	1 795	3 948	2887	19 435	1432			
Sachinvestitionen	4 401	2 244	1 755	845	799	426	6 9 5 5	3 51			
Zahlungen an Verwaltungen	65 320	49 807	18 220	13 144	814	676	77 733	58 26			
Übrige Ausgaben	39 720	29 215	13 495	8 572	13 489	8 8 1 0	66 704	46 59			
Finanzierungssaldo	-10 762	-4 189	-456	3 477	-1 605	- 83	-12 823	- 79			



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2013

						in Mio. €			. ,		
		Se	ptember 201	2	F	August 2013		September 2013			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	199 188	215 866	400 809	176 302	196 823	359 736	202 085	225 582	412 603	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	196319	207 812	404 131	172 949	189 160	362 108	198 537	217 458	415 995	
111	Steuereinnahmen	182 671	159 525	342 195	160 112	145 282	305 394	184682	166 646	351 328	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 441	40311	42 753	1 592	35 575	37 167	1815	42 082	43 89	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 123	2 123	-	1 398	1 398	-	2 2 4 6	2 246	
1122	3	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 869	8 054	10 923	3 354	7 664	11 017	3 548	8 124	11 672	
121	Veräußerungserlöse	1 129	1 038	2 167	1 783	204	1 987	1 846	221	2 06	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	987	781	1 768	1 669	70	1 739	1717	70	1 780	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	374	4 351	4724	490	4123	4613	472	4433	4 90!	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	225 415	220 039	431 209	206 802	198 812	392 225	228 296	226 378	439 610	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	209 990	200 358	410 348	189 184	182917	372 100	209 014	207 762	416 77	
211	Personalausgaben	21 638	81 633	103 271	19611	75 129	94740	22 035	84081	106 11	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	6349	24034	30 383	5 784	22 586	28 370	6517	25 250	31 76	
212	Laufender Sachaufwand	14413	18 862	33 275	12 736	17 559	30 295	14224	19 595	33 81	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	7 674	12 141	19815	7 675	11316	18 990	8 558	12 600	21 158	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	28 351	15361	43 712	27 941	12985	40 927	28 953	14322	43 27	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	12800	48 055	60 855	12 228	42 930	55 158	14221	51 692	65 91	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-142	- 142	-	-134	- 134	-	- 178	- 178	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7	44945	44 952	5	41 191	41 195	5	48 262	48 26	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	15 426	19 680	35 106	17 619	15 895	33 514	19282	18 616	37 89	
221	Sachinvestitionen	4515	3 573	8 089	3 638	3 021	6 659	4388	3 5 1 5	7 90	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 011	6 135	9 145	2 779	5 3 2 0	8 099	2 921	6576	9 49	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	15 090	19298	34387	17 236	15 377	32 613	18886	18 076	36 96	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2013

						in Mio. €					
		Se	ptember 201	2	А	ugust 2013		September 2013			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-26 173 ²	-4 172	-30 346	-30 478 ²	-1 990	-32 467	-26 162 ²	- 796	-26 958	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	197931	55 306	253 237	164 458	51 099	215 557	186 490	57 809	244 300	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	182 235	69 658	251 892	157 408	64 341	221 748	182 245	72 089	254335	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	15 697	-14352	1 345	7 050	-13 242	-6 192	4 2 4 5	-14 280	-10 035	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-10344	8 762	-1 582	4709	4764	9 473	1 096	3 027	4124	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	19 269	19 269	-	16 001	16 001	-	15 152	15 152	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	10345	-8 938	1 407	-4709	-3 726	-8 435	-1 095	-3 735	-4831	

 $Abweichung en \, durch \, Rundung \, der \, Zahlen \, m\"{o}glich.$

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2013

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
ı	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	29 607	36 011 a	8 046	15 925	5 395	20 098	41 558	10 119	2 609
11	Einnahmen der laufenden Rechung	28 879	34 680 b	7 451	15 537	5 046	19 502	40 278	9784	2 564
111	Steuereinnahmen Einnahmen von	22 154	27 800	4617	12 709	2 992	15317 4	33 048	7 400	1 87
112	Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 3 0 9	3 507	2 346	1 935	1 784	2 462	5 142	1 728	599
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	175	-	139	100	40	109	38
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	413	-	357	218	235	206	7
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	728	1331 °	595	388	349	596	1 280	336	4!
121	Veräußerungserlöse	0	0	7	11	3	4	8	57	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	3	-	57	:
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	431	712	161	335	140	502	771	165	3.
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	30 391	34 153 ^d	7 215	16 866	5 050	19 656	45 143	11 108	2 88
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	28 124	30 888 d	6 450	15 566	4375	18 654	41 504	10 065	2 67
211	Personalausgaben	12 280	14 635	1 800	6181	1 292	7 684 ²	16 3 3 0 ²	4412	1 130
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4119	4337	166	2 062	92	2 550	5 751	1 446	45
212	Laufender Sachaufwand	1 360	2 475 ^e	421	1 301	312	1 279	2 454	734	13
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 255	1 964 ^e	361	1 032	274	1 019	1 801	618	11!
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 352	814 ^f	333	1 136	235	1 349	3 195	799	39
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 163	9 699	2 640	4464	1 693	5 341	11 742	2 632	44
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 829	3 080	-	1 105	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7 245	6 532	2 254	3 306	1 436	5 195	11 076	2 562	44
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 267	3 265	765	1 299	675	1 001	3 639	1 043	21
221	Sachinvestitionen	375	973	53	385	151	154	216	47	2
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 040	1 166	245	529	238	207	1 577	345	5
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 158	3 162	764	1 270	675	1 001	3 473	998	19

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2013

						in Mio. €	<u> </u>			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 783	1 858 ^g	831	- 941	345	443	-3 586	- 989	- 273
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	3 924	1 376 ^h	1 763	3 960	778	3 164	14718	5 688	996
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 302	2 848 ⁱ	3 589	5 241	754	5 895	15 634	6 1 6 7	990
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 378	-1 472 ^j	-1 826	-1 281	24	-2 730	-916	- 479	7
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	235	-	-	-	6	-
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 115	839	0	1 171	302	2 102	2 548	3	566
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 292	- 39	- 401	-1 050	979	- 643	574	- 5	300

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne Oktober-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 780,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 329,3 Mio. €, d 280,6 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 280,1 Mio. €, g 499,9 Mio. €, h 177,0 Mio. €, i 125,0 Mio. €, j 52,0 Mio. €.

⁴ NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2013

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen		
ı	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	12 344	7 250	7 196	6 835	17 279	3 232	8 367	225 58		
1	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechung	11 651	6 878	6 998	6 463	16 622	3 170	8 246	217 45		
11	Steuereinnahmen	7 478	4054	5 440	4015	9 094	1 771	6 8 7 8	166 64		
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3713	2 492	1114	2 123	6 041	1 094	692	42 08		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	307	173	76	171	767	135	15	2 24		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	747	425	104	425	2 704	386	-			
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	693	372	199	372	657	62	122	8 12		
121	Veräußerungserlöse	0	1	1	7	109	0	6	22		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	0	1	0	5	7		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	400	154	110	184	190	52	94	4 43		
_	Bereinigte Ausgaben ¹	11 102	C 903	7 115	6 122	16 572	2.546	8 844	226 37		
2	für das laufende Haushaltsjahr	11 102	6 893	7 115	6 133	16 372	3 546	0 044	226 37		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	9 707	6349	6 790	5 5 7 6	15 833	3 264	8 237	207 76		
211	Personalausgaben	2 830	1 791	2 8 3 5	1734	5 3 9 6	1 073	2 678	8408		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	173	154	1 036	130	1 442	371	969	25 25		
212	Laufender Sachaufwand	712	708	354	436	4029	567	2 3 2 3	19 59		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	505	236	290	258	1 762	266	846	12 60		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	244	516	603	466	1 727	515	646	1432		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende	3 604	1 997	2112	1 873	227	132	218	51 69		
2141	Rechnung) darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	98	- 17		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 022	1 639	1 968	1 559	5	9	15	48 26		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 395	544	326	558	740	282	607	18 61		
221	Sachinvestitionen	373	132	66	136	135	32	259	3 51		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	472	209	123	174	59	95	43	6 57		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 395	544	324	557	677	276	607	18 07		

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2013

				·	in Mic).€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 243	357	81	702	706	- 313	- 476	- 796
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 634	1 333	963	5 3 2 7	7 250	2 937	57 809
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	754	3 218	2 139	1 228	6784	7 433	3 116	72 089
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 754	416	-806	- 265	-1 456	- 183	- 179	-14280
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 889	-	-	12	441	444	3 027
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 911	68	-	100	438	553	1 436	15 152
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 024	1 082	739	-3	- 296	- 655	-3 735

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Oktober-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 780,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 329,3 Mio. €, d 280,6 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 280,1 Mio. €, g 499,9 Mio. €, h 177,0 Mio. €, i 125,0 Mio. €, j 52,0 Mio. €.

 $^{^4}$ NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. \in .

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 23. Oktober 2013

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der

- mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission hat diese neue Definition erstmalig in der Winterprojektion 2013 verwendet.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstprojektion 2013 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist. neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden. (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)	budgetsermesiastizitat	in Mrd. € (nominal)	
2014	2 849,3	2 826,2	-23,1	0,210	-4,8
2015	2 929,3	2 910,7	-18,5	0,210	-3,9
2016	3 009,4	2 997,8	-11,6	0,210	-2,4
2017	3 093,0	3 087,5	-5,5	0,210	-1,1
2018	3 179,9	3 179,9	0,0	0,210	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken				
	preisbo	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	nom	ninal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1980	1 383,6		835,3		32,1	2,3	19,4	2,3	
1981	1 414,1	+2,2	889,3	+6,5	9,1	0,6	5,7	0,6	
1982	1 442,5	+2,0	948,8	+6,7	-24,9	-1,7	-16,4	-1,7	
1983	1 471,2	+2,0	994,8	+4,9	-31,3	-2,1	-21,2	-2,1	
1984	1 501,2	+2,0	1 035,3	+4,1	-20,7	-1,4	-14,2	-1,4	
1985	1 532,2	+2,1	1 079,1	+4,2	-17,2	-1,1	-12,1	-1,1	
1986	1 566,9	+2,3	1 136,7	+5,3	-17,3	-1,1	-12,5	-1,1	
1987	1 603,7	+2,3	1 178,2	+3,7	-32,3	-2,0	-23,7	-2,0	
1988	1 643,6	+2,5	1 227,9	+4,2	-13,9	-0,8	-10,4	-0,8	
1989	1 689,3	+2,8	1 298,5	+5,7	3,8	0,2	2,9	0,2	
1990	1 739,6	+3,0	1 382,5	+6,5	42,6	2,4	33,8	2,4	
1991	1 792,9	+3,1	1 468,8	+6,2	80,3	4,5	65,8	4,5	
1992	1 847,2	+3,0	1 595,1	+8,6	61,7	3,3	53,3	3,3	
1993	1 895,7	+2,6	1 702,2	+6,7	-5,9	-0,3	-5,3	-0,3	
1994	1 935,5	+2,1	1 781,2	+4,6	1,1	0,1	1,0	0,1	
1995	1 970,2	+1,8	1 849,6	+3,8	-1,1	-0,1	-1,1	-0,1	
1996	2 001,8	+1,6	1 891,2	+2,3	-17,1	-0,9	-16,2	-0,9	
1997	2 031,5	+1,5	1 924,4	+1,8	-12,4	-0,6	-11,8	-0,6	
1998	2 061,3	+1,5	1 964,1	+2,1	-4,6	-0,2	-4,4	-0,2	
1999	2 093,3	+1,6	1 998,4	+1,7	1,9	0,1	1,8	0,1	
2000	2 126,7	+1,6	2 016,7	+0,9	32,5	1,5	30,8	1,5	
2001	2 159,7	+1,6	2 071,0	+2,7	32,2	1,5	30,9	1,5	
2002	2 190,9	+1,4	2 131,0	+2,9	1,2	0,1	1,2	0,1	
2003	2 219,5	+1,3	2 182,5	+2,4	-35,6	-1,6	-35,0	-1,6	
2004	2 247,7	+1,3	2 233,9	+2,4	-38,4	-1,7	-38,2	-1,7	
2005	2 275,3	+1,2	2 275,3	+1,9	-50,9	-2,2	-50,9	-2,2	
2006	2 304,9	+1,3	2 312,1	+1,6	1,8	0,1	1,8	0,1	
2007	2 334,9	+1,3	2 380,4	+3,0	47,2	2,0	48,1	2,0	
2008	2 363,2	+1,2	2 427,9	+2,0	44,7	1,9	45,9	1,9	
2009	2 384,8	+0,9	2 479,0	+2,1	-100,8	-4,2	-104,8	-4,2	
2010	2 409,1	+1,0	2 530,1	+2,1	-33,4	-1,4	-35,1	-1,4	
2011	2 438,9	+1,2	2 593,0	+2,5	15,9	0,7	16,9	0,7	
2012	2 473,3	+1,4	2 668,1	+2,9	-1,6	-0,1	-1,7	-0,1	
2013	2 509,3	+1,5	2 764,4	+3,6	-26,4	-1,1	-29,1	-1,1	
2014	2 545,4	+1,4	2 849,3	+3,1	-20,6	-0,8	-23,1	-0,8	
2015	2 576,7	+1,2	2 929,3	+2,8	-16,3	-0,6	-18,5	-0,6	
2016	2 606,4	+1,2	3 009,4	+2,7	-10,0	-0,4	-11,6	-0,4	
2017	2 637,6	+1,2	3 093,0	+2,8	-4,7	-0,2	-5,5	-0,2	
2018	2 670,0	+1,2	3 179,9	+2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in%ggü.Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,8	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,2	0,5	0,4	0,4
2012	+1,4	0,5	0,5	0,4
2013	+1,5	0,5	0,6	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,4
2015	+1,2	0,6	0,2	0,4
2016	+1,2	0,6	0,1	0,4
2017	+1,2	0,7	0,1	0,4
2018	+1,2	0,7	0,1	0,5

 $^{^{1}} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,-
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,-
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,!
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,
1997	2 019,1	+1,7	1 912,6	+2,
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbe	reinigt ¹	nom	inal
	in Mrd. €	in%ggü.Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 3 1 3, 9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,0	-5,1	2 374,2	-4,0
2010	2 375,7	+4,0	2 495,0	+5,1
2011	2 454,8	+3,3	2 609,9	+4,6
2012	2 471,8	+0,7	2 666,4	+2,2
2013	2 482,9	+0,5	2 735,2	+2,6
2014	2 524,8	+1,7	2 826,2	+3,3
2015	2 560,4	+1,4	2 9 1 0, 7	+3,0
2016	2 596,4	+1,4	2 997,8	+3,0
2017	2 633,0	+1,4	3 087,5	+3,0
2018	2 670,0	+1,4	3 179,9	+3,0

 $^{^{1}} Verkettete \, Volumen angaben, \, berechnet \, auf \, Basis \, der \, vom \, Statistischen \, Bundesamt \, ver\"{o}ffentlichten \, Indexwerte \, (2005 = 100).$

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı
960	54 632			59,9	32 275	
961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4
962	54803	+0,2		60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2
964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,8
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
				24.4	25.004	
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	ionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7	
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3	
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6	
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9	
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3	
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1	
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6	
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7	
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2	
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 372	+0,1	
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 587	+0,5	
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 152	+1,4	
2012	63 195	-0,0	69,4	69,5	41 608	+1,1	
2013	63 167	-0,0	69,7	69,8	41 843	+0,6	
2014	63 061	-0,2	70,0	70,1	42 023	+0,4	
2015	62 866	-0,3	70,3	70,3	42 089	+0,2	
2016	62 613	-0,4	70,5	70,5	42 156	+0,2	
2017	62 387	-0,4	70,7	70,7	42 223	+0,2	
2018	62 164	-0,4	71,0	70,9	42 290	+0,2	
2019	61 938	-0,4	71,2	71,2			
2020	61 812	-0,2	71,4	71,4			
2021	61 726	-0,1	71,7	71,7			

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvoraus berechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes; Variante\ 1-W1, angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	cunden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw	. 3			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 165		25 095		1,4	
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27814	+2,9	0,5	1,1
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,1
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,2
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,3
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,5
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,8
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,2
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,6
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30337	+2,0	2,4	4,2
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1712	-0,9	1711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,1
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 5 7 9	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,2
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,2
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,3
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5
1996	1516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	Tatsächlich bzw. prognostiziert				NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Erwerbs- personen	NAVVKU
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,7
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,5
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,2
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8
2009	1 405	-0,4	1 382	-2,8	35 901	+0,1	7,4	7,3
2010	1 401	-0,3	1 404	+1,6	36 111	+0,6	6,8	6,8
2011	1 398	-0,2	1 405	+0,1	36 604	+1,4	5,7	6,3
2012	1 395	-0,2	1 393	-0,9	37 060	+1,2	5,3	5,8
2013	1 394	-0,1	1 388	-0,4	37 345	+0,8	5,1	5,2
2014	1 393	-0,0	1 393	+0,3	37511	+0,4	5,0	4,7
2015	1 394	+0,0	1 395	+0,1	37 577	+0,2	4,7	4,4
2016	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 644	+0,2	4,5	4,3
2017	1 396	+0,1	1 397	+0,1	37711	+0,2	4,3	4,2
2018	1 398	+0,1	1 399	+0,1	37778	+0,2	4,1	4,2
2019	1 399	+0,1	1 400	+0,1				
2020	1 401	+0,1	1 401	+0,1				
2021	1 402	+0,1	1 401	+0,1				

 $^{^{1}12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

² NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	reinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in%ggü.Vorjahr	in%
1980	6110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,:
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,:
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,
1984	6823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,0
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,
1987	7315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 8 7 6, 2	+2,7	346,9	+8,0	1,
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,-
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,:
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,
1996	9 3 8 4, 7	+2,7	378,6	-0,6	1,
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,
1998	9 8 6 2, 1	+2,5	397,4	+4,0	1,
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,
2001	10601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,:
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,7
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,7
2008	11830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,7
2009	11 983,4	+1,3	389,9	-11,7	2,
2010	12 113,1	+1,1	412,2	+5,7	2,
2011	12 252,5	+1,2	440,5	+6,9	2,
2012	12 394,7	+1,2	431,3	-2,1	2,
2013	12 535,3	+1,1	430,2	-0,3	2,:
2014	12 672,1	+1,1	448,8	+4,3	2,:
2015	12 814,3	+1,1	461,3	+2,8	2,
2016	12 968,8	+1,2	474,1	+2,8	2,
2017	13 132,4	+1,3	487,3	+2,8	2,
2018	13 305,1	+1,3	500,9	+2,8	2,

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4394
1981	-7,4270	-7,4294
1982	-7,4314	-7,4191
1983	-7,4141	-7,4077
1984	-7,3961	-7,3953
1985	-7,3814	-7,3822
1986	-7,3718	-7,3681
1987	-7,3662	-7,3531
1988	-7,3450	-7,3367
1989	-7,3180	-7,3194
1990	-7,2866	-7,3015
1991	-7,2573	-7,2839
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2534
1994	-7,2351	-7,2408
1995	-7,2238	-7,2297
1996	-7,2171	-7,2197
1997	-7,2052	-7,2103
1998	-7,2001	-7,2011
1999	-7,1966	-7,1918
2000	-7,1770	-7,1820
2001	-7,1639	-7,1723
2002	-7,1615	-7,1632
2003	-7,1628	-7,1549
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1396
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1254
2008	-7,1081	-7,1197
2009	-7,1473	-7,1153
2010	-7,1258	-7,1105
2011	-7,1064	-7,1058
2012	-7,1051	-7,1011
2013	-7,1059	-7,0962
2014	-7,0980	-7,0907
2015	-7,0896	-7,0849
2016	-7,0815	-7,0787
2017	-7,0736	-7,0721
2018	-7,0659	-7,0651

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	105,0	+1,0	106,2	+2,0	1 268,6	+3,0
2011	106,3	+1,2	108,4	+2,1	1 324,0	+4,4
2012	107,9	+1,5	110,2	+1,6	1 375,9	+3,9
2013	110,2	+2,1	112,0	+1,6	1 414,5	+2,8
2014	111,9	+1,6	114,0	+1,8	1 457,7	+3,1
2015	113,7	+1,6	115,9	+1,7	1 498,0	+2,8
2016	115,5	+1,6	117,9	+1,7	1 539,3	+2,8
2017	117,3	+1,6	119,9	+1,7	1 581,8	+2,8
2018	119,1	+1,6	121,9	+1,7	1 625,5	+2,8

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	1
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	inderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,2	2,9	6,8	+4,0	+3,5	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,3	+1,9	+1,8	18,1
2012	41,6	+1,1	53,5	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,5	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+0,9	53,1	3,0	6,8	+0,7	-0,1	+0,3	17,9

 $^{^{1}}$ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,} Erwerbspersonen\, (inländische\, Erwerbstätige + Erwerbslose\, [ILO])\, in\,\%\, der\, Wohnbev\"{o}lkerung\, nach\, ESVG\, 95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,} Anteil\, der\, Bruttoanlage investitionen\, am\, Bruttoinlandsprodukt\, (nominal).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	1.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+4,2	-0,3	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+1,0	-2,1	+1,9	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,6	+1,2	-2,3	+2,2	+2,1	+2,1	+0,8
2012	+2,2	+1,5	-0,4	+1,7	+1,6	+2,0	+2,8
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,9	+1,1	-0,4	+1,4	+1,5	+1,6	+2,1

 $^{^{1}} Einschlie {\tt Blich private Organisation} en ohne {\tt Erwerbszweck.}$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,4	-13,9	116,7	144,6	42,5	37,5	4,9	6,1
2010	+17,9	+17,6	140,2	158,8	47,6	42,0	5,6	6,4
2011	+11,2	+13,1	135,7	159,2	50,6	45,4	5,2	6,1
2012	+4,5	+3,1	157,9	186,0	51,8	45,9	5,9	7,0
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,8	+4,6	146,0	163,7	48,0	42,1	5,8	6,5

 $^{^{1}}$ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	V	eränderung in % p.a	3.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991			•	70,8	70,8		
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,3	+0,3	68,0	69,5	+0,0	+0,4
2010	+6,0	+12,4	+3,0	66,1	67,5	+2,3	+1,7
2011	+4,7	+5,3	+4,4	65,9	67,3	+3,3	+0,4
2012	+2,1	-1,4	+3,9	67,1	68,4	+2,9	+1,1
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7
2012/07	+1,8	-0,4	+3,0	65,9	67,3	+2,2	+0,6

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Lond					jährliche\	Veränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+2,6	+5,1	+1,7	+3,1	+0,7	+4,0	+3,3	+0,7	+0,5	+1,7	+1,9
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	+2,3	+1,8	-0,1	+0,1	+1,1	+1,4
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	+2,6	+9,6	+3,9	+1,3	+3,0	+3,9
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,6	+6,1	-1,1	+2,2	+0,2	+0,3	+1,7	+2,5
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-4,9	-7,1	-6,4	-4,0	+0,6	+2,9
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-0,2	+0,1	-1,6	-1,3	+0,5	+1,7
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	+1,7	+2,0	+0,0	+0,2	+0,9	+1,7
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	+1,7	+0,5	-2,5	-1,8	+0,7	+1,2
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+1,3	+0,4	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	+3,1	+1,9	-0,2	+1,9	+1,8	+1,1
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,6	+4,0	+1,6	+0,8	+1,8	+1,9	+2,0
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,5	+0,9	-1,2	-1,0	+0,2	+1,2
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	+1,8	+2,8	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+1,9	-1,3	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+1,3	+0,7	-2,5	-2,7	-1,0	+0,7
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+4,4	+3,0	+1,8	+0,9	+2,1	+2,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+3,4	+2,7	-0,8	-0,6	+0,6	+1,6
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	+1,9	+1,6	-0,7	-0,4	+1,1	+1,7
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,8	+0,5	+1,5	+1,8
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	+2,5	+1,8	-1,0	-1,0	+1,8	+2,2
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	+1,1	-0,4	+0,3	+1,7	+1,8
Kroatien	-	-	-	+3,8	+4,3	-2,3	+0,0	-2,0	-0,7	+0,5	+1,2
Lettland	-	-	-0,9	+5,3	+10,1	-1,3	+5,3	+5,0	+4,0	+4,1	+4,2
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+1,6	+6,0	+3,7	+3,4	+3,6	+3,9
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+1,1	+1,6	-1,7	+0,7	+1,8	+2,1
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+3,9	+4,5	+1,9	+1,3	+2,5	+2,9
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-1,1	+2,2	+0,7	+2,2	+2,1	+2,4
Schweden	+2,2	+0,8	+3,9	+4,5	+3,2	+6,6	+2,9	+1,0	+1,1	+2,8	+3,5
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,4	+3,2	+1,7	+1,1	+0,1	+1,3	+2,2	+2,4
EU	-	-	-	+3,9	+2,2	+2,0	+1,7	-0,4	+0,0	+1,4	+1,9
USA	+4,2	+1,9	+2,7	+4,1	+3,4	+2,5	+1,8	+2,8	+1,6	+2,6	+3,1
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	+4,7	-0,6	+2,0	+2,1	+2,0	+1,3

 $Quellen: \ EU-Kommission, Herbstprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ November\ 2013.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlicl	ne Veränderunge	n in %		
Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,7	+1,7	+1,6
Belgien	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,3	+1,3	+1,5
Estland	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,4	+2,8	+3,1
Irland	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+0,8	+0,9	+1,2
Griechenland	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	+0,3
Spanien	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,8	+0,9	+0,6
Frankreich	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+1,4	+1,3
Italien	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,5	+1,6	+1,5
Zypern	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6
Luxemburg	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,8	+1,7	+1,6
Malta	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,1	+1,8	+2,1
Niederlande	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,7	+1,7	+1,6
Österreich	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8
Portugal	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,6	+1,0	+1,2
Slowenien	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,1	+1,9	+1,5
Slowakei	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,7	+1,6	+1,9
Finnland	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,9	+1,8
Euroraum	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4
Bulgarien	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+0,5	+1,4	+2,1
Tschechien	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,5	+1,6
Dänemark	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+0,6	+1,5	+1,7
Kroatien	+2,2	+1,1	+2,2	+3,4	+2,6	+1,8	+2,0
Lettland	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+0,3	+2,1	+2,1
Litauen	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+1,4	+1,9	+2,4
Ungarn	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+2,1	+2,2	+3,0
Polen	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+1,0	+2,0	+2,2
Rumänien	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+3,3	+2,5	+3,4
Schweden	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,6	+1,3	+1,8
Vereinigtes Königreich	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+2,3	+2,1
EU	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,7	+1,6	+1,6
USA	-0,3	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,9	+2,1
Japan	-1,3	-0,7	-0,3	+0,0	+0,3	+2,6	+1,2

 $\label{thm:prognose} \mbox{Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2013.}$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				i	n % der zivile	en Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,1	5,9	5,5	5,4	5,3	5,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,2	7,6	8,6	8,7	8,4
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	16,9	12,5	10,2	9,3	9,0	8,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	14,7	13,3	12,3	11,7
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	12,6	17,7	24,3	27,0	26,0	24,0
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	20,1	21,7	25,0	26,6	26,4	25,3
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,7	9,6	10,2	11,0	11,2	11,3
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	8,4	8,4	10,7	12,2	12,4	12,1
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	6,3	7,9	11,9	16,7	19,2	18,4
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,8	5,1	5,7	6,4	6,5
Malta	-	4,9	5,0	6,7	7,3	6,9	6,5	6,4	6,4	6,3	6,3
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	4,5	4,4	5,3	7,0	8,0	7,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	4,2	4,3	5,1	5,0	4,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	12,0	12,9	15,9	17,4	17,7	17,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	7,3	8,2	8,9	11,1	11,6	11,6
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	14,5	13,7	14,0	13,9	13,7	13,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,4	7,8	7,7	8,2	8,3	8,1
Euroraum	9,1	7,6	10,7	8,5	9,1	10,1	10,1	11,4	12,2	12,2	11,8
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	10,3	11,3	12,3	12,9	12,4	11,7
Tschechien	-	-	4,0	8,8	7,9	7,3	6,7	7,0	7,1	7,0	6,7
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	7,5	7,6	7,5	7,3	7,2	7,0
Kroatien	-	-	-	15,8	12,8	11,8	13,5	15,9	16,9	16,7	16,1
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	19,8	16,2	15,0	11,7	10,3	9,0
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	18,0	15,4	13,4	11,7	10,4	9,5
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	10,9	11,0	10,4	10,1
Polen	-	-	13,3	16,1	17,9	9,7	9,7	10,1	10,7	10,8	10,5
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	7,3	7,4	7,0	7,3	7,1	7,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,6	7,8	8,0	8,1	7,9	7,4
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,8	8,0	7,9	7,7	7,5	7,3
EU	-	-	-	8,9	9,1	9,7	9,7	10,5	11,1	11,0	10,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,6	8,9	8,1	7,5	6,9	6,5
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	4,6	4,3	4,0	3,9	3,8

 $Quellen: \hbox{EU-Kommission, Herbst prognose und Statistischer Annex, November 2013.}$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoir	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
		Veränderung gege			nüber Vorjahr in %				in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+2,1	+3,4	+10,1	+6,5	+6,5	+5,9	4,4	2,9	2,1	1,6
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+1,5	+3,0	+8,4	+5,1	+6,7	+5,7	5,1	3,7	2,9	2,3
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,4	+1,5	+8,0	+0,6	+0,0	+1,9	-6,3	-8,4	-7,3	-7,4
Asien	+7,8	+6,4	+6,3	+6,5	+6,3	+4,7	+5,0	+4,7	0,9	0,9	1,1	1,3
darunter												
China	+9,3	+7,7	+7,6	+7,3	+5,4	+2,6	+2,7	+3,0	1,9	2,3	2,5	2,7
Indien	+6,3	+3,2	+3,8	+5,1	+8,4	+10,4	+10,9	+8,9	-4,2	-4,8	-4,4	-3,8
Indonesien	+6,5	+6,2	+5,3	+5,5	+5,4	+4,3	+7,3	+7,5	0,2	-2,7	-3,4	-3,1
Malaysia	+5,1	+5,6	+4,7	+4,9	+3,2	+1,7	+2,0	+2,6	11,6	6,1	3,5	3,6
Thailand	+0,1	+6,5	+3,1	+5,2	+3,8	+3,0	+2,2	+2,1	1,7	0,0	0,1	-0,2
Lateinamerika	+4,6	+2,9	+2,7	+3,1	+6,6	+5,9	+6,7	+6,5	-1,4	-1,9	-2,4	-2,4
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+3,5	+2,8	+9,8	+10,0	+10,5	+11,4	-0,6	0,0	-0,8	-0,8
Brasilien	+2,7	+0,9	+2,5	+2,5	+6,6	+5,4	+6,3	+5,8	-2,1	-2,4	-3,4	-3,2
Chile	+5,8	+5,6	+4,4	+4,5	+3,3	+3,0	+1,7	+3,0	-1,3	-3,5	-4,6	-4,0
Mexiko	+4,0	+3,6	+1,2	+3,0	+3,4	+4,1	+3,6	+3,0	-1,0	-1,2	-1,3	-1,5
Sonstige												
Türkei	+8,8	+2,2	+3,8	+3,5	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-6,1	-7,4	-7,2
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,0	+2,9	+5,0	+5,7	+5,9	+5,5	-3,4	-6,3	-6,1	-6,

¹ Prognosen des IWF.

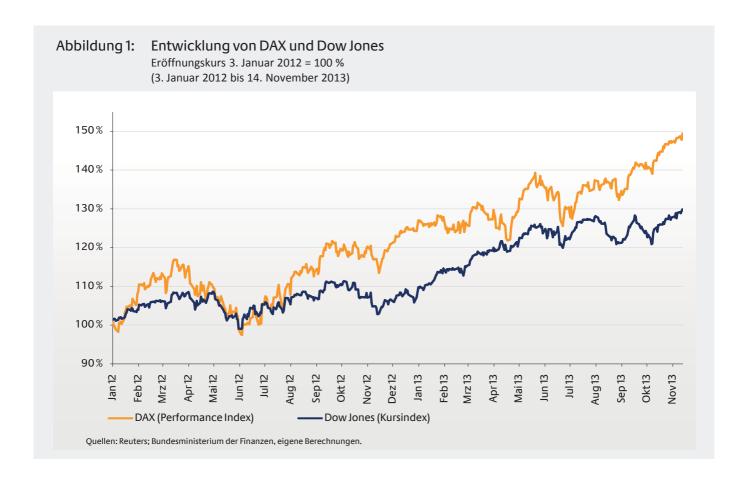
Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

T I II O		
Tabelle 9.	Übersicht Weltfinar	nzmarkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.11.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
Dow Jones	15 822	13 104	+20,7	12 101	15 822
Euro Stoxx 50	3 021	2 636	+14,6	2 069	3 068
Dax	9 055	7612	+19,0	5 969	9 108
CAC 40	4 240	3 641	+16,4	2 950	4300
Nikkei	14 567	10 395	+40,1	8 296	15 627
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.11.2013	2012	US-Bond	2012/2013	2012/2013
USA	2,72	1,77	-	1,39	3,02
Deutschland	1,78	1,32	-0,9	1,14	2,05
Japan	0,60	0,79	-2,1	0,45	1,05
Vereinigtes Königreich	2,85	1,83	+0,1	1,42	3,05
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.11.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
US-Dollar/Euro	1,34	1,32	+1,6	1,21	1,38
Yen/US-Dollar	99,22	86,74	+14,4	76,18	103,18
Yen/Euro	133,27	113,61	+17,3	94,63	135,11
Pfund/Euro	0,84	0,82	+2,4	0,78	0,88

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	+0,7	+0,5	+1,7	+1,9	+2,1	+1,7	+1,7	+1,6	5,5	5,4	5,3	5,1
OECD	+0,9	+0,4	+1,9	-	+2,1	+1,6	+2,0	-	5,3	5,0	4,8	-
IWF	+0,9	+0,5	+1,4	+1,4	+2,1	+1,6	+1,8	+1,8	5,5	5,6	5,5	5,5
USA												
EU-KOM	+2,8	+1,6	+2,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,9	+2,1	8,1	7,5	6,9	6,5
OECD	+2,2	+1,9	+2,8	-	+2,1	+1,6	+1,9	-	8,1	7,5	7,0	-
IWF	+2,8	+1,6	+2,6	+3,4	+2,1	+1,4	+1,5	+1,8	8,1	7,6	7,4	6,9
Japan												
EU-KOM	+2,0	+2,1	+2,0	+1,3	+0,0	+0,3	+2,6	+1,2	4,3	4,0	3,9	3,8
OECD	+2,0	+1,6	+1,4	-	-0,0	-0,1	+1,8	-	4,3	4,2	4,1	-
IWF	+2,0	+2,0	+1,2	+1,1	-0,0	+0,0	+2,9	+1,9	4,4	4,2	4,3	4,3
Frankreich												
EU-KOM	+0,0	+0,2	+0,9	+1,7	+2,2	+1,0	+1,4	+1,3	10,2	11,0	11,2	11,3
OECD	+0,0	-0,3	+0,8	-	+2,2	+1,1	+1,0	-	9,9	10,7	11,1	-
IWF	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,5	+1,5	10,3	11,0	11,1	10,9
Italien												
EU-KOM	-2,5	-1,8	+0,7	+1,2	+3,3	+1,5	+1,6	+1,5	10,7	12,2	12,4	12,1
OECD	-2,4	-1,8	+0,4	-	+3,3	+1,6	+1,2	-	10,6	11,9	12,5	-
IWF	-2,4	-1,8	+0,7	+1,1	+3,3	+1,6	+1,3	+1,2	10,7	12,5	12,4	12,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,1	+1,3	+2,2	+2,4	+2,8	+2,6	+2,3	+2,1	7,9	7,7	7,5	7,3
OECD	+0,3	+0,8	+1,5	-	+2,8	+2,8	+2,4	-	7,9	8,0	7,9	-
IWF	+0,2	+1,4	+1,9	+2,0	+2,8	+2,7	+2,3	+2,0	8,0	7,7	7,5	7,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+1,8	+1,4	+2,3	-	+1,5	+1,3	+1,7	-	7,3	7,1	6,9	-
IWF	+1,7	+1,6	+2,2	+2,4	+1,5	+1,1	+1,6	+1,9	7,3	7,1	7,1	7,0
Euroraum												
EU-KOM	-0,7	-0,4	+1,1	+1,7	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4	11,4	12,2	12,2	11,8
OECD	-0,5	-0,6	+1,1	-	+2,5	+1,5	+1,2	-	11,2	12,1	12,3	-
IWF	-0,6	-0,4	+1,0	+1,4	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4	11,4	12,3	12,2	12,0
EZB	+1,5	-0,6	-0,4	+1,0	+2,7	+2,5	+1,5	+1,3	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	-0,4	+0,0	+1,4	+1,9	+2,6	+1,7	+1,6	+1,6	10,5	11,1	11,0	10,7
IWF	-0,3	+0,0	+1,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,7	+1,7	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; September 2013 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 und 2014 Mittelwertberechnung).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-0,1	+0,1	+1,1	+1,4	+2,6	+1,3	+1,3	+1,5	7,6	8,6	8,7	8,4
OECD	-0,3	+0,0	+1,1	-	+2,6	+1,4	+1,2	-	7,6	8,4	8,8	-
IWF	-0,3	+0,1	+1,0	+1,3	+2,6	+1,4	+1,2	+1,2	7,6	8,7	8,6	8,4
Estland												
EU-KOM	+3,9	+1,3	+3,0	+3,9	+4,2	+3,4	+2,8	+3,1	10,2	9,3	9,0	8,2
OECD	+3,2	+1,5	+3,6	-	+4,2	+3,4	+2,9	-	10,1	9,7	9,3	-
IWF	+3,9	+1,5	+2,5	+3,5	+4,2	+3,5	+2,8	+2,5	10,2	8,3	7,0	6,3
Finnland												
EU-KOM	-0,8	-0,6	+0,6	+1,6	+3,2	+2,2	+1,9	+1,8	7,7	8,2	8,3	8,1
OECD	-0,2	-0,0	+1,7	-	+3,2	+2,6	+2,4	-	7,7	8,2	8,1	-
IWF	-0,8	-0,6	+1,1	+1,4	+3,2	+2,4	+2,4	+2,2	7,8	8,0	7,9	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-6,4	-4,0	+0,6	+2,9	+1,0	-0,8	-0,4	+0,3	24,3	27,0	26,0	24,0
OECD	-6,4	-4,8	-1,2	-	+1,0	-0,7	-1,7	-	24,2	27,8	28,4	-
IWF	-6,4	-4,2	+0,6	+2,9	+1,5	-0,8	-0,4	+0,3	24,2	27,0	26,0	24,0
Irland												
EU-KOM	+0,2	+0,3	+1,7	+2,5	+1,9	+0,8	+0,9	+1,2	14,7	13,3	12,3	11,7
OECD	+0,9	+1,0	+1,9	-	+1,9	+1,0	+1,1	-	14,7	14,3	14,1	-
IWF	+0,2	+0,6	+1,8	+2,5	+1,9	+1,0	+1,2	+1,4	14,7	13,7	13,3	12,8
Luxemburg												
EU-KOM	-0,2	+1,9	+1,8	+1,1	+2,9	+1,8	+1,7	+1,6	5,1	5,7	6,4	6,5
OECD	+0,3	+0,8	+1,7	-	+2,9	+1,8	+1,7	-	6,1	6,7	6,7	-
IWF	+0,3	+0,5	+1,3	+1,6	+2,9	+1,8	+1,9	+2,8	6,1	6,6	7,0	7,1
Malta												
EU-KOM	+0,8	+1,8	+1,9	+2,0	+3,2	+1,1	+1,8	+2,1	6,4	6,4	6,3	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,0	+1,1	+1,8	+2,0	+3,2	+2,0	+2,0	+2,1	6,3	6,4	6,3	6,2
Niederlande												
EU-KOM	-1,2	-1,0	+0,2	+1,2	+2,8	+2,7	+1,7	+1,6	5,3	7,0	8,0	7,7
OECD	-1,0	-0,9	+0,7	-	+2,8	+2,7	+1,5	-	5,2	6,4	7,0	-
IWF	-1,2	-1,3	+0,3	+1,6	+2,8	+2,9	+1,3	+0,8	5,3	7,1	7,4	7,0
Österreich												
EU-KOM	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8	4,3	5,1	5,0	4,7
OECD	+0,8	+0,5	+1,7	-	+2,6	+2,0	+1,5	-	4,3	4,7	4,7	-
IWF	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8	4,3	4,8	4,8	4,6

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Portugal													
EU-KOM	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5	+2,8	+0,6	+1,0	+1,2	15,9	17,4	17,7	17,3	
OECD	-3,2	-2,7	+0,2	-	+2,8	-0,0	+0,2	-	15,6	18,2	18,6	-	
IWF	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5	+2,8	+0,7	+1,0	+1,5	15,7	17,4	17,7	17,3	
Slowakei													
EU-KOM	+1,8	+0,9	+2,1	+2,9	+3,7	+1,7	+1,6	+1,9	14,0	13,9	13,7	13,3	
OECD	+2,0	+0,8	+2,0	-	+3,7	+1,7	+1,6	-	14,0	14,6	14,7	-	
IWF	+2,0	+0,8	+2,3	+2,8	+3,7	+1,7	+2,0	+2,1	14,0	14,4	14,4	13,9	
Slowenien													
EU-KOM	-2,5	-2,7	-1,0	+0,7	+2,8	+2,1	+1,9	+1,5	8,9	11,1	11,6	11,6	
OECD	-2,3	-2,3	+0,1	-	+2,8	+2,1	+1,2	-	8,8	10,2	10,3	-	
IWF	-2,5	-2,6	-1,4	+0,9	+2,6	+2,3	+1,8	+2,1	8,9	10,3	10,9	10,5	
Spanien													
EU-KOM	-1,6	-1,3	+0,5	+1,7	+2,4	+1,8	+0,9	+0,6	25,0	26,6	26,4	25,3	
OECD	-1,4	-1,7	+0,4	-	+2,4	+1,5	+0,4	-	25,0	27,3	28,0	-	
IWF	-1,6	-1,3	+0,2	+0,5	+2,4	+1,8	+1,5	+1,2	25,0	26,9	26,7	26,5	
Zypern													
EU-KOM	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6	11,9	16,7	19,2	18,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6	11,9	17,0	19,5	18,7	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote					
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	+0,8	+0,5	+1,5	+1,8	+2,4	+0,5	+1,4	+2,1	12,3	12,9	12,4	11,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,8	+0,5	+1,6	+2,5	+2,4	+1,4	+1,5	+2,3	12,4	12,4	11,4	10,4
Dänemark												
EU-KOM	-0,4	+0,3	+1,7	+1,8	+2,4	+0,6	+1,5	+1,7	7,5	7,3	7,2	7,0
OECD	-0,5	+0,4	+1,7	-	+2,4	+0,8	+1,4	-	7,5	7,4	7,3	-
IWF	-0,4	+0,1	+1,2	+1,5	+2,4	+0,8	+1,9	+1,8	7,5	7,1	7,1	7,0
Kroatien												
EU-KOM	-2,0	-0,7	+0,5	+1,2	+3,4	+2,6	+1,8	+2,0	15,9	16,9	16,7	16,1
OECD	-	_	-	-	-	-	-	-	_	-	-	-
IWF	-2,0	-0,6	+1,5	+2,0	+3,4	+3,0	+2,5	+2,7	16,2	16,6	16,1	15,2
Lettland												
EU-KOM	+5,0	+4,0	+4,1	+4,2	+2,3	+0,3	+2,1	+2,1	15,0	11,7	10,3	9,0
OECD	-	_	-	-	-	-	-	-	_	-	-	-
IWF	+5,6	+4,0	+4,2	+4,2	+2,3	+0,7	+2,1	+2,3	15,0	11,9	10,7	10,1
Litauen												
EU-KOM	+3,7	+3,4	+3,6	+3,9	+3,2	+1,4	+1,9	+2,4	13,4	11,7	10,4	9,5
OECD	-	_	-	-	-	-	-	-	_	-	-	-
IWF	+3,6	+3,4	+3,4	+3,5	+3,2	+1,3	+2,1	+2,3	13,2	11,8	11,0	10,0
Polen												
EU-KOM	+1,9	+1,3	+2,5	+2,9	+3,7	+1,0	+2,0	+2,2	10,1	10,7	10,8	10,5
OECD	+2,0	+0,9	+2,2	-	+3,6	+0,7	+1,0	-	10,1	10,8	11,3	-
IWF	+1,9	+1,3	+2,4	+2,7	+3,7	+1,4	+2,0	+2,1	10,1	10,9	11,0	10,8
Rumänien												
EU-KOM	+0,7	+2,2	+2,1	+2,4	+3,4	+3,3	+2,5	+3,4	7,0	7,3	7,1	7,0
OECD		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,7	+2,0	+2,2	+2,5	+3,3	+4,5	+2,8	+2,9	7,0	7,1	7,1	6,9
Schweden												
EU-KOM	+1,0	+1,1	+2,8	+3,5	+0,9	+0,6	+1,3	+1,8	8,0	8,1	7,9	7,4
OECD	+1,2	+1,3	+2,5	-	+0,9	+0,2	+1,3	-	8,0	8,2	8,1	-
IWF	+1,0	+0,9	+2,3	+2,3	+0,9	+0,2	+1,6	+2,4	8,0	8,0	7,7	7,5
Tschechien						· ·						
EU-KOM	-1,0	-1,0	+1,8	+2,2	+3,5	+1,4	+0,5	+1,6	7,0	7,1	7,0	6,7
OECD	-1,2	-1,0	+1,3	-	+3,3	+1,6	+1,3	-	7,0	7,3	7,5	-
IWF	-1,2	-0,4	+1,5	+2,1	+3,3	+1,8	+1,8	+2,0	7,0	7,4	7,5	7,3
Ungarn	·		,-		.,-	,	,-				,-	, ,
EU-KOM	-1,7	+0,7	+1,8	+2,1	+5,7	+2,1	+2,2	+3,0	10,9	11,0	10,4	10,1
OECD	-1,8	+0,5	+1,3	-	+5,7	+2,8	+3,5	-	10,9	11,4	11,5	-
IWF	-1,7	+0,2	+1,3	+1,5	+5,7	+2,4	+3,0	+3,0	10,9	11,3	11,1	11,0

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te)		
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,0	0,1	0,2	81,0	79,6	77,1	74,1	7,0	7,0	6,6	6,4
OECD	0,2	-0,2	0,0	-	81,9	80,6	77,8	-	7,1	6,7	6,0	-
IWF	0,1	-0,4	-0,1	0,0	81,9	80,4	78,1	75,2	7,0	6,0	5,7	5,4
USA												
EU-KOM	-9,1	-6,4	-5,7	-4,9	103,1	107,6	110,6	111,3	-2,7	-2,6	-2,7	-3,0
OECD	-8,7	-5,4	-5,3	-	106,3	109,1	110,4	-	-3,0	-3,1	-3,3	-
IWF	-8,3	-5,8	-4,7	-3,9	102,7	106,0	107,3	107,0	-2,7	-2,7	-2,8	-2,9
Japan												
EU-KOM	-9,6	-9,6	-7,2	-5,8	232,0	237,5	243,6	242,9	1,0	1,2	1,8	2,3
OECD	-9,9	-10,3	-8,0	-	219,1	228,4	233,1	-	1,0	1,0	1,9	-
IWF	-10,1	-9,5	-6,8	-5,7	238,0	243,5	242,3	242,4	1,0	1,2	1,7	1,9
Frankreich												
EU-KOM	-4,8	-4,1	-3,8	-3,7	90,2	93,5	95,3	96,0	-2,1	-1,8	-1,5	-1,5
OECD	-4,9	-4,0	-3,5	-	90,7	94,5	97,2	-	-2,3	-2,2	-1,9	-
IWF	-4,9	-4,0	-3,5	-2,8	85,8	90,2	93,5	94,8	-2,2	-1,6	-1,6	-1,1
Italien												
EU-KOM	-3,0	-3,0	-2,7	-2,5	127,0	133,0	134,0	133,1	-0,5	1,0	1,2	1,1
OECD	-2,9	-3,0	-2,3	-	127,0	131,7	134,3	-	-0,6	0,9	2,0	-
IWF	-2,9	-3,2	-2,1	-1,8	127,0	132,3	133,1	131,8	-0,7	0,0	0,2	0,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-6,1	-6,4	-5,3	-4,3	88,7	94,3	96,9	98,6	-3,8	-4,3	-4,4	-4,3
OECD	-6,5	-7,1	-6,5	-	90,0	93,9	97,9	-	-3,7	-2,9	-2,5	-
IWF	-7,9	-6,1	-5,8	-4,9	88,8	92,1	95,3	97,9	-3,8	-2,8	-2,3	-1,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-3,2	-2,9	-2,1	-	85,5	85,2	85,3	-	-3,7	-3,7	-3,4	-
IWF	-3,4	-3,4	-2,9	-2,3	85,3	87,1	85,6	84,9	-3,4	-3,1	-3,1	-2,8
Euroraum												
EU-KOM	-3,7	-3,1	-2,5	-2,4	92,6	95,5	95,9	95,4	1,8	2,7	2,9	3,0
OECD	-3,7	-3,0	-2,5	-	92,8	95,4	96,3	-	1,9	2,5	2,8	-
IWF	-3,7	-3,1	-2,5	-2,1	93,0	95,7	96,1	95,3	1,9	2,3	2,5	2,6
EU-27												
EU-KOM	-3,9	-3,5	-2,7	-2,6	86,6	89,7	90,2	90,0	0,9	1,6	1,7	1,8
IWF	-4,2	-3,4	-2,9	-2,5	86,8	89,5	90,0	89,7	0,9	1,5	1,6	1,7

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Belgien													
EU-KOM	-4,0	-2,8	-2,6	-2,5	99,8	100,4	101,3	101,0	-0,2	0,9	0,9	0,8	
OECD	-4,0	-2,6	-2,3	-	99,8	100,4	100,2	-	-1,4	-1,2	-0,8	-	
IWF	-4,0	-2,8	-2,5	-1,5	99,8	100,9	101,2	100,2	-1,6	-0,7	-0,3	0,0	
Estland													
EU-KOM	-0,2	-0,4	-0,1	-0,1	9,8	10,0	9,7	9,1	-2,8	-2,1	-2,2	-2,2	
OECD	-0,3	0,0	0,3	-	10,1	11,4	10,8	-	-1,2	-3,0	-2,6	-	
IWF	-0,2	0,3	0,2	0,1	9,7	11,0	10,4	9,8	-1,8	-0,7	-0,2	0,3	
Finnland													
EU-KOM	-1,8	-2,2	-2,3	-2,0	53,6	58,4	61,0	62,5	-1,8	-1,2	-1,3	-1,1	
OECD	-2,3	-2,3	-1,8	-	53,1	56,0	59,7	-	-1,9	-1,6	-0,9	-	
IWF	-2,3	-2,8	-2,1	-1,6	53,6	58,0	59,8	60,5	-1,8	-1,6	-1,8	-1,7	
Griechenland													
EU-KOM	-9,0	-13,5	-2,0	-1,1	156,9	176,2	175,9	170,9	-5,3	-2,3	-1,9	-1,6	
OECD	-10,0	-4,1	-3,5	-	157,0	175,1	180,6	-	-3,4	-1,1	0,9	-	
IWF	-6,3	-4,1	-3,3	-2,1	156,9	175,7	174,0	168,6	-3,4	-1,0	-0,5	0,1	
Irland													
EU-KOM	-8,2	-7,4	-5,0	-3,0	117,4	124,4	120,8	119,1	4,4	4,1	4,6	4,9	
OECD	-7,5	-7,5	-4,6	-	117,6	123,6	120,7	-	4,9	5,0	5,2	-	
IWF	-7,6	-7,6	-5,0	-2,9	117,4	123,3	121,0	118,3	4,4	2,3	3,1	3,1	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,6	-0,9	-1,0	-2,7	21,7	24,5	25,7	28,7	5,9	6,7	6,8	5,8	
OECD	-0,8	-0,7	-0,6	-	20,8	22,8	24,4	-	5,6	4,1	5,5	-	
IWF	-0,8	-0,7	-0,9	-1,6	20,8	22,9	24,6	26,6	5,7	6,0	6,6	5,7	
Malta													
EU-KOM	-3,3	-3,4	-3,4	-3,5	71,3	72,6	73,3	74,1	1,1	1,8	1,4	0,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-3,5	-3,6	-3,6	71,6	73,4	74,0	74,4	1,1	1,1	0,8	0,9	
Niederlande													
EU-KOM	-4,1	-3,3	-3,3	-3,0	71,3	74,8	76,4	76,9	7,7	9,6	10,0	11,0	
OECD	-4,0	-3,7	-3,6	-	71,1	72,8	74,2	-	9,9	9,4	9,0	-	
IWF	-4,1	-3,0	-3,2	-4,8	71,3	74,4	75,6	76,7	10,1	10,9	11,0	11,4	
Österreich													
EU-KOM	-2,5	-2,5	-1,9	-1,5	74,0	74,8	74,5	73,5	1,8	2,5	2,8	3,1	
OECD	-2,5	-2,3	-1,7	-	73,5	75,3	75,5	-	1,8	2,4	2,9	-	
IWF	-2,5	-2,6	-2,4	-1,9	74,1	74,4	74,8	74,2	1,8	2,8	2,4	2,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssc	huldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Portugal													
EU-KOM	-6,4	-5,9	-4,0	-2,5	124,1	127,8	126,7	125,7	-1,9	0,9	0,9	1,0	
OECD	-6,4	-6,4	-5,6	-	123,6	127,7	132,1	-	-1,5	-0,9	0,5	-	
IWF	-6,4	-5,5	-4,0	-2,5	123,8	123,6	125,3	124,2	-1,5	0,9	0,9	0,9	
Slowakei													
EU-KOM	-4,5	-3,0	-3,2	-3,8	52,4	54,3	57,2	58,1	1,6	4,3	4,3	5,4	
OECD	-4,3	-2,6	-2,2	-	52,1	54,4	55,8	-	2,3	2,1	2,3	-	
IWF	-4,3	-3,0	-3,8	-3,2	52,1	55,3	57,5	58,2	2,3	3,5	4,2	4,3	
Slowenien													
EU-KOM	-3,8	-5,8	-7,1	-3,8	54,4	63,2	70,1	74,2	3,1	5,0	6,0	6,5	
OECD	-4,0	-7,8	-3,4	-	54,1	63,8	68,1	-	2,5	4,1	4,8	-	
IWF	-3,2	-7,0	-3,8	-3,9	52,8	71,5	75,3	77,6	3,3	5,4	7,0	6,9	
Spanien													
EU-KOM	-10,6	-6,8	-5,9	-6,6	86,0	94,8	99,9	104,3	-1,2	1,4	2,6	3,1	
OECD	-10,6	-6,9	-6,4	-	84,1	91,4	97,0	-	-1,1	2,1	3,5	-	
IWF	-10,8	-6,7	-5,8	-5,0	85,9	93,7	99,1	102,5	-1,1	1,4	2,6	3,8	
Zypern													
EU-KOM	-6,4	-8,3	-8,4	-6,3	86,6	116,0	124,4	127,4	-6,6	-2,0	-0,6	-0,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-6,3	-6,7	-7,5	-5,3	85,8	114,1	123,0	125,7	-6,5	-2,0	-0,6	-0,9	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Bulgarien													
EU-KOM	-0,8	-2,0	-2,0	-1,8	18,5	19,4	22,6	24,1	-1,3	0,3	0,0	-0,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,5	-1,8	-1,7	-1,2	17,6	16,0	19,0	18,3	-1,3	1,2	0,3	-1,5	
Dänemark													
EU-KOM	-4,1	-1,7	-1,7	-2,7	45,4	44,3	43,7	45,1	5,8	5,4	5,6	5,8	
OECD	-4,1	-1,8	-1,8	-	45,7	45,5	45,2	-	5,6	5,0	4,7	_	
IWF	-4,2	-1,7	-2,0	-2,9	45,6	47,1	47,8	49,2	5,6	4,7	4,8	4,9	
Kroatien													
EU-KOM	-5,0	-5,4	-6,5	-6,2	55,5	59,6	64,7	69,0	-0,2	0,1	0,7	0,1	
OECD		-		-	_	-		_	-	_	_	-	
IWF	-3,8	-4,7	-4,7	-4,2	53,7	57,8	60,7	62,2	0,1	0,4	-0,7	-0,9	
Lettland													
EU-KOM	-1,3	-1,4	-1,0	-1,0	40,6	42,5	39,3	33,4	-2,5	-1,6	-2,0	-2,6	
OECD		-		_		-				-			
IWF	0,1	-1,4	-0,5	-0,7	36,4	38,4	34,6	28,0	-1,7	-1,1	-1,3	-1,6	
Litauen								· ·					
EU-KOM	-3,2	-3,0	-2,5	-1,9	40,5	39,9	40,2	39,6	-1,1	-0,5	-0,8	-1,4	
OECD	_	-	-	-	-	-	_	-	-	-	_	-	
IWF	-3,3	-2,9	-2,7	-2,6	41,2	42,0	42,3	42,3	-0,5	-0,3	-1,2	-1,7	
Polen		,-		,-		,-	,-	,-				,	
EU-KOM	-3,9	-4,8	4,6	-3,3	55,6	58,2	51,0	52,5	-3,3	-1,5	-1,3	-1,4	
OECD	-3,9	-3,4	-2,7	_	55,6	57,7	58,7		-3,5	-3,1	-2,6		
IWF	-3,9	-4,6	-3,4	-2,8	55,6	57,6	50,0	50,7	-3,5	-3,0	-3,2	-3,2	
Rumänien													
EU-KOM	-3,0	-2,5	-2,0	-1,8	37,9	38,5	39,1	39,5	-4,0	-1,2	-1,5	-1,7	
OECD		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,5	-2,3	-2,0	-1,8	38,2	38,2	38,1	37,2	-3,9	-2,0	-2,5	-2,8	
Schweden													
EU-KOM	-0,2	-0,9	-1,2	-0,5	38,2	41,3	41,9	41,0	6,2	5,9	5,6	5,3	
OECD	-0,7	-1,6	-1,1	-	38,2	42,1	42,1	-	7,2	7,1	7,0	-	
IWF	-0,7	-1,4	-1,5	-0,5	38,3	42,2	42,2	40,5	6,0	5,7	5,5	5,5	
Tschechien													
EU-KOM	-4,4	-2,9	-3,0	-3,5	46,2	49,0	50,6	52,3	-2,6	-1,6	-1,1	-1,0	
OECD	-4,4	-3,3	-3,0	-	45,9	49,3	51,9	-	-2,5	-3,0	-2,9	-	
IWF	-4,4	-2,9	-2,9	-2,6	45,9	47,6	48,9	49,6	-2,4	-1,8	-1,5	-1,5	
Ungarn													
EU-KOM	-2,0	-2,9	-3,0	-2,7	79,8	80,7	79,9	79,4	1,1	3,0	2,7	1,8	
OECD	-2,0	-2,8	-3,2	-	79,0	78,7	78,7	-	1,5	2,4	3,2	-	
IWF	-2,0	-2,7	-2,8	-3,0	79,2	79,8	80,0	79,7	1,7	2,2	2,0	1,3	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, November 2013

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X